

Preussische Allgemeine



Nr. 32 · 13. August 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Schule ohne Lehrer

Jedes Jahr zu Schulbeginn stellt die Politik fest, dass es zu wenige Lehrkräfte gibt. Über ein vermeidbares Ärgernis
Seiten 2 und 8



Vorbeugung Wo sich Zivil- und Katastrophenschutz ändern müssen Seite 3



Geschichte Als die USA globale Führungsmacht wurden Seite 10

AUFGEFALLEN

Bratwurst mit Olaf

„Unwort des Jahres“ sollte der Begriff „Bratwurst-Impfen“ werden. Inzwischen kann sich so ziemlich jeder die Spritzen geben lassen, die gegen Corona schützen sollen. Man kann sich mit guten Argumenten dafür oder dagegen entscheiden, damit sollte es sein Bewenden haben. Offiziell wird massiv um weitere Impfungen geworben. Mit Anreizen, die zeigen, wie manch Regierung die Bevölkerung einschätzen. Die Vorstellung zum Beispiel, Menschen, die ursprünglich keine Impfung wünschten, täten dies wegen einer Prämie in Form einer Bratwurst, ist absurd. Dass Olaf Scholz allen Ernstes dafür wirbt, dass Menschen, die sich impfen lassen, eine kostenlose Bratwurst bekommen, sagt viel über den SPD-Kanzlerkandidaten.

Nicht weniger abstoßend ist eine Aktion des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Sachsen, für die es den Beifall der Landesgesundheitsministerin gab. Dort gibt es für Geimpfte nun „Rabattgutscheine“ von „Partnerunternehmen“. Nachweisen muss man die Impfung dafür nicht. Über diese „Angebote“ führt das DRK den Unternehmen Kunden zu. Sachsen will zudem den öffentlichen Dienst mit zusätzlichen Urlaubstagen locken. Auch aus der Opposition gibt es Anreiz-Überlegungen, Linksfraktionschef Dietmar Bartsch will eine Prämie von 50 Euro zahlen.

Mit derartigen Ideen wird die Gesellschaft weiter infantilisiert. Es geht um mündige Erwachsene! Grund für eine Impfung darf ausschließlich der Wunsch sein, sich vor einer Krankheit zu schützen und nicht ein peinliches Bonbon vom Staat. Erik Lommatzsch

POLITIK

Ignoranz gegenüber Bürgern und Abgeordneten

Mit ihren jüngsten Beschlüssen verschärfen Karlsruhe und Berlin die Krise des Parlamentarismus

VON RENÉ NEHRING

Nach fest kommt ab. An dieses alte Sprichwort aus der Welt der Handwerker mag man denken, wenn man dieser Tage in die politische Landschaft schaut.

Da ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus der vergangenen Woche, dass der Rundfunkbeitrag rückwirkend zum 20. Juli auf 18,36 Euro steigen darf. Das Land Sachsen-Anhalt hatte der Erhöhung im vergangenen Jahr die Zustimmung verweigert und musste nun zur Kenntnis nehmen, dass „Karlsruhe“ der Meinung ist, dass die Landtage nur das „Recht“ haben, „Ja“ zu sagen.

Obwohl erst wenige Tage zuvor der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei der Berichterstattung vor und während der tödlichen Hochwasserfluten im Westen Deutschlands versagte, obwohl laut einschlägigen Umfragen immer weniger Bundesbürger Vertrauen in die Berichterstattung von ARD und ZDF haben und viele insbesondere deren Neutralität anzweifeln, und obwohl der „Staatsfunk“ in Deutschland seit Jahren der teuerste der Welt ist, entschied das oberste deutsche Gericht, dass die Sender nicht nur machen können, was sie wollen (was man im Sinne der Rundfunkfreiheit vielleicht noch verstehen kann), sondern dass sie auch noch selbst bestimmen können, wie viel sie dafür den Bürgern in Rechnung stellen.

Was die Karlsruher Richter freilich nicht bedacht haben, ist, dass durch die Abschirmung des Rundfunksystems gegenüber jedem Anstoß von außen auf lange Sicht Reformen nur noch möglich sind, indem man die Sender insgesamt infrage stellt. Nach fest kommt – wie gesagt – ab.

Ein anderes „Weiter so“ vollzieht sich gerade in Sachen Corona. Obwohl inzwischen mehr als 50 Millionen Bürger – davon die Angehörigen aller Risikogruppen – vollen Impfschutz haben, obwohl es keine Überlastung des Gesundheitswesens gibt und angesichts der Impffzahlen auch keine absehbar ist, hat der „Corona-Gipfel“ keine Erleichterungen oder gar Abschaffung der Corona-Maßnahmen beschlossen, sondern Verschärfungen. Und obwohl stets betont wurde, dass es keine Impfpflicht gibt, wird nun allenthalben überlegt, wie man diese doch faktisch einführen kann. Dabei würde es doch reichen, wenn man allen Impfgegnern sagen würde, dass der etwaige Schaden einer Corona-Infektion ihr eigener wäre.

Die Parlamentarier schweigen

Und obwohl die Demonstrationen gegen die Corona-Politik zu den größten Protesten in der jüngeren Geschichte unseres Landes zählen (die Teilnehmerzahlen sind ein Vielfaches höher als bei den „Fridays for Future“-Demos 2019) – und daran Bürger aus allen gesellschaftlichen Richtungen teilnehmen – fragt niemand

aus dem Kreise der Verantwortlichen, was diese Menschen umtreibt. Stattdessen schweigen Politik und Medien, wenn die Berliner Polizei zum wiederholten Male hart gegen friedliche Demonstranten vorgeht.

Was beide „Weiter so“ verbindet, ist nicht nur das Ignorieren eines Großteils der Bürger, sondern auch des Parlamentarismus. In Sachsen-Anhalt war es ja nicht die Staatskanzlei, die missliebige Journalisten in die Knie zwingen wollte, sondern Abgeordnete, die im Sinne der Bürger die Notwendigkeit von „noch mehr Geld für die Sender“ hinterfragten – und die im Gegensatz zu den Verantwortlichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom Volke gewählt sind. Auch in der Corona-Politik sind die Parlamente in Bund und Ländern seit Beginn der Pandemie als Entscheidungsinstanz weitgehend ausgeschaltet. Wenn überhaupt fällt ihnen allenfalls noch die Rolle des Abnickers zu. Erschreckend ist, wie schnell sich die Abgeordneten daran gewöhnt haben.

Dabei sind sie es, denen in der modernen Staatstheorie die Gesetzgebung zufällt. Und sie sind es, denen die Kontrolle der Regierung obliegt. Insofern ist es höchste Zeit, dass die Abgeordneten – gern parteiübergreifend – über ihr Selbstverständnis und etwaige Konsequenzen daraus nachdenken. Denn Parlamentarier, die sich in Grundsatzfragen zur Seite schieben lassen, braucht niemand.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Durch die stetige Inflation befinden sich die Notenbanken in der Zwickmühle
Seite 7

Kultur
Die Franckeschen Stiftungen zeigen Sammlungen zum „Heilen an Leib und Seele“
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Die unterschätzte Gefahr – in der Ostsee häufen sich tödliche Badeunfälle
Seite 13

Lebensstil
Weltkulturerbe – Wo Prachtbauten die Kur zur Nebensache machen
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Lehrermangel Zu Beginn des aktuellen Schuljahrs 2021/2022 zeigt sich an etlichen Schulen der Republik, dass freie Stellen aus mehreren Gründen nicht mit qualifiziertem Personal besetzt werden können

Realität abseits der Wahlversprechen

Das neue Schuljahr offenbart, dass sich die Probleme vor allem an Grundschulen verschärft haben

VON NORMAN HANERT

Ahnlich wie schon in den vergangenen Jahren haben die Bundesländer auch zum Start des Schuljahres 2021/22 große Probleme, offene Stellen an Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zu besetzen. Erschwert wird die Lage in diesem Jahr durch die Corona-Pandemie. Zum Teil werden Lehrer mit Vorerkrankungen im Präsenzunterricht nicht vor ihren Klassen stehen können. Zusätzliches Personal wird durch die Pflicht zu Corona-Schnelltests an den Schulen nötig.

Um in dieser Lage offene Stellen an Schulen noch mit ausgebildeten Fachkräften besetzen zu können, geht eine ganze Reihe von Bundesländern mittlerweile in ganz Deutschland auf die Suche nach voll ausgebildeten Lehrern. Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und auch Brandenburg werben sogar schon ganz gezielt außerhalb der Bundesrepublik um Lehrpersonal. Auch die Pädagogische Hochschule Weingarten bietet mittlerweile ausländischen Lehrern die Möglichkeit an, sich für den Schuldienst in Baden-Württemberg zu qualifizieren.

Als besonders prekär gilt die Lage in Berlin. Nicht zuletzt durch starke Zuwanderung aus dem Ausland steigen seit Jahren die Schülerzahlen. Im Schuljahr 2020/21 gibt es in Berlin insgesamt 331.049 Schüler, 5524 mehr als im vorangegangenen Schuljahr.

Als einziges Bundesland verzichtet Berlin seit 2004 darauf, Lehrer zu verbeamen. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern dennoch Lehrkräfte zu finden, zahlt Berlin mittlerweile bundesweit die höchsten Einstiegsgehälter für Grundschullehrer. Trotz solcher Anreize gelingt es vielen Berliner Schulen nicht, genug Personal zu finden, das ein reguläres Lehramtsstudium durchlaufen hat. Laut der Berliner Senatsbildungsverwaltung haben rund 60 Prozent der zum Schuljahr 2021/22 neu eingestellten Lehrkräfte kein Lehramtsstudium absolviert.

Rund 800 der neuen Lehrer sind sogenannte Quereinsteiger, die zumindest ein zu ihrem Schulfach passendes Fach studiert haben. Zudem weist die Statistik in diesem Jahr über 400 „sonstige Lehrkräfte“ aus. Hierbei handelt es sich unter anderem um Künstler oder um Lehrkräfte



Lehrer gesucht: Das Land Thüringen nutzt Linienbusse als Werbefläche

Foto: pa

für „Willkommensklassen“ von zugewanderten Kindern. Gerade im Fall von Berlin wird deutlich, wie wichtig Lehrer sind, die sich per Lehramtsstudium auf ihren Beruf vorbereitet haben. Gut 40 Prozent der Schulkinder stammen aus nichtdeutschen Familien. Entsprechend hoch ist damit der Aufwand, an den Schulen deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln.

Bereits Anfang 2020 war bekannt geworden, dass der Anteil nicht ausgebildeter Lehrer an Grundschulen in sozialen Brennpunktvierteln extrem hoch war. Hervorgegangen war diese Information durch die Senatsantwort auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck. Demnach lag im Schuljahr 2019/20 der Quereinsteigeranteil an sieben Schu-

len sogar über 30 Prozent. Für die Gottfried-Röhl-Grundschule im Wedding wurde sogar ein Wert von 36 Prozent angegeben. Schon Daten für das Schuljahr 2018/19 hatten zutage gefördert, dass Förderschulen (3,8 Prozent) und Gymnasien (5,4 Prozent) den geringsten Anteil von Quereinsteigern hatten.

Für Langenbrinck war dies Anlass, „Chancengleichheit für alle Schüler und alle Kieze“ zu fordern. Pikanterweise sind es die Sozialdemokraten, die ununterbrochen seit 25 Jahren im Senat für das Bildungsressort zuständig sind. Im aktuellen Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl im September kündigen die Genossen an: „Daher möchte die Berliner SPD ein Bildungssystem, das den Lernerfolg nicht von der sozialen Herkunft abhängig macht. Kein Kind darf zurückbleiben.“

Im Kontrast dazu steht die Ballung nicht regulär ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen. Gerade hier werden die Grundlagen für den Erfolg oder das Misslingen des Bildungswegs gelegt. Ganz bewusst haben sich einige Bundesländer dafür entschieden, Quereinsteiger möglichst nicht an Grundschulen einzusetzen.

Einschätzungen von der Basis



Astrid-Sabine Busse

Für die Vorsitzende des Interessenverbands Berliner Schulleitungen (IBS) sind Lehrer die wichtigsten Akteure: „Die sind so knapp wie Goldstaub.“



Simone Fleischmann

Die Präsidentin des Bayerischen Lehrerverbandes warnte bereits 2019 vor den Folgen des Lehrermangels: „Die Hütte brennt.“



Sven Zimmerschied

von der Berliner Vereinigung der Schulleiter von Sekundarschulen hält es für unrealistisch, Stellen mit ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen

QUEREINSTEIGER

Von den Folgen der eigenen Politik überrascht

Viele Bundesländer bildeten zu wenig Lehrer aus und sind nun auf Akademiker ohne Lehramtsstudium angewiesen

Im Jahr 2013 einigte sich die Kultusministerkonferenz der Länder darauf, Akademiker, die eine Qualifizierung durchlaufen haben, unter bestimmten Bedingungen als Lehrer anzuerkennen. Bundesweit hat mittlerweile jeder zehnte neu eingestellte Lehrer kein Lehramtsstudium absolviert. Wie stark auf Quer- und Seiteneinsteiger zurückgegriffen wird, ist in den Ländern sehr unterschiedlich.

Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg haben in der Vergangenheit über den eigenen Bedarf Lehrer ausgebildet. Auch diese Länder bekommen nun den bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Lehrer stärker zu spüren. Die östlichen Bundesländer inklusive Berlin,

aber auch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind schon seit Jahren in erheblichem Umfang auf sogenannte Quereinsteiger als Lehrer angewiesen. Um bei der Suche nach Lehrern mit einem regulären Lehramtsstudium bessere Chancen zu haben, hat Sachsen 2019 eine Kehrtwende eingeleitet. Bis dahin hat der Freistaat wie Berlin Lehrer nicht verbeamtet. Der Mangel an Lehrern führte jedoch dazu, dass der Freistaat inzwischen Lehrern wieder eine Verbeamtung anbietet.

Die bundesweite Personallücke bei Lehrern hat mehrere Gründe. Generell gilt, dass die Kultusministerkonferenz bei ihren Prognosen zu Schülerzahlen in den vergangenen Jahrzehnten öfter daneben-

lag. Obwohl Bundes- und Landesregierungen intensiv für die Idee vom „Einwanderungsland Deutschland“ getrommelt haben, ging die Kultusministerkonferenz jahrelang von bundesweit sinkenden Schülerzahlen und einem dementsprechend sinkenden Bedarf an Lehrern aus.

Diese Annahme ist spätestens seit 2015, seit der großen Massenzuwanderungswelle, hinfällig. Auch der von der Politik erwünschte Ausbau an Angeboten für Ganztagschulen sorgt für einen steigenden Bedarf an Lehrpersonal. Die beiden Bildungsforscher Dirk Zorn und Klaus Klemm prognostizierten 2018 in einer Studie der Bertelsmann Stiftung, dass allein an den Grundschulen Deutsch-

Jahrelang ging die Kultusministerkonferenz trotz der Idee vom „Einwanderungsland Deutschland“ von sinkenden Schülerzahlen aus

lands bis 2025 aufgrund steigender Schülerzahlen und des Ausbaus der Ganztagschulen rund 105.000 neue Lehrkräfte eingestellt werden müssten. Demgegenüber steht die geschätzte Zahl von lediglich 70.000 Absolventen, die bis 2025 ihr Lehramtsstudium abschließen werden.

Viele Bundesländer haben zudem zu wenig Nachwuchs eingestellt. Nun müssen diese Länder mit einer hohen Zahl von Pensionierungen kämpfen. Obendrein bewegen sich schon seit einigen Jahren die Zahlen von Lehrern auf hohem Niveau, die vorzeitig in den Ruhestand gehen. Lediglich jede vierte Lehrkraft arbeitet noch bis zum Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze. N.H.

GEGENMASSNAHME

Brandenburg richtet ein Stipendium ein

Nachdem das Land Brandenburg seit zwei Jahren schon mit einem Landärzteeprogramm medizinischen Nachwuchs für den ländlichen Raum sucht, läuft nun auch ein Pilotprogramm für den Bildungssektor an.

Erstmals im Wintersemester 2021/22 legt die Landesregierung in Potsdam ein „Brandenburg-Stipendium Landlehrerinnen und Landlehrer“ auf. Im Rahmen des Pilotprogramms können Lehramtsstudenten aus dem gesamten Bundesgebiet ab dem fünften Fachsemester 600 Euro monatlich erhalten, wenn sie nach ihrer Ausbildung für eine bestimmte Zeit in der Mark Brandenburg unterrichten.

Einsetzen will das Bildungsministerium die Lehrer später in Regionen mit einem besonderen Bedarf an voll ausgebildeten Lehrkräften. Aktuell gibt es in Brandenburg etwa 50 Schulen, an denen das Lehrpersonal bereits zu mehr als einem Viertel aus Seiteneinsteigern besteht.

600 Euro pro Monat

Als weitgehend gescheitert angesehen werden muss Brandenburgs Versuch, mit Hilfe sogenannter Flüchtlinge gegen den Lehrermangel im Land anzugehen. Bundesweit einmalig hatte Brandenburgs Wissenschaftsministerium 2016 ein „Refugee Teachers Program“ gestartet, mit dem „geflüchtete“ Lehrer für den deutschen Schulbetrieb qualifiziert werden sollen.

Für das Programm gab es mehr als 1000 Bewerbungen, über hundert Teilnehmer haben das über vier bis sechs Semester gehende Ausbildungsprogramm der Universität Potsdam erfolgreich abgeschlossen.

Wie der Sender rbb im Juni meldete, sind von den 105 Absolventen aber lediglich vier Lehrkräfte an Schulen als entfristet übernommen worden. Weitere 34 Programmteilnehmer wies das Potsdamer Bildungsministerium als „sonstiges pädagogisches Personal“ aus.

Immerhin 65 Absolventen des Qualifizierungskurses fanden überhaupt keine Beschäftigung im märkischen Bildungssystem. N.H.

Vorsorge statt Nachsehen

Die Katastrophen der jüngsten Zeit lehren uns, dass die Naturgewalten kaum zu beherrschen sind. Das erfordert ein Umdenken in zahlreichen Lebensbereichen, insbesondere jedoch bei Zivil- und Katastrophenschutz

VON RICHARD DREXL

Nach der Covid-Pandemie wurde unser Land vor vier Wochen von neuen Katastrophen heimgesucht. Extremhochwasser in Teilen Nordrhein-Westfalens und von Rheinland-Pfalz forderten eine dreistellige Zahl an Todesopfern und richteten milliardenschwere Schäden an. Zahlreiche Bürger wurden ihrer Existenzgrundlage beraubt. Dass den vom Unglück Betroffenen aus nah und fern geholfen wird und die Menschen in dieser dramatischen Notlage zusammenstehen, ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts in unserer dem Ego verfallenen Gesellschaft.

Ob wir in einer derartigen Situation die politischen und medialen Sirenen mit dem Beklagen des Klimawandels benötigen, steht auf einem anderen Blatt. Es fällt eben leichter, die Erderwärmung verantwortlich zu machen als zuzugeben, dass Brücken nicht hoch genug gebaut waren um zu verhindern, dass sich Autos, Bäume und Treibgut darin verkeilen und sich das Hochwasser dann zwangsläufig seinen Weg durch die Ortskerne suchen musste. Tatsache bleibt, dass es extreme Wetterphänomene schon immer gegeben hat und weiterhin geben wird. Wenn große Wassermassen in Tälern abregnen, die wie Trichter wirken, strömt die Flut zum tiefsten Punkt und reißt mit, was sich ihr in den Weg stellt.

Deshalb müssen sich Politik und Gesellschaft fragen, ob wir für künftige Katastrophen gerüstet sind. Denn selbst bei Einhaltung der idealistischen deutschen Klimaschutzvorgaben wird es auch künftig Extremfluten geben. Für deren Bewältigung ist es unabdingbar, sich mit konkreten Maßnahmen und baulichen Voraussetzungen zum Hochwasserschutz zu befassen. Umdenken ist angesagt, die Naturgewalten werden sich niemals beherrschen lassen.

Zivil- und Katastrophenschutz

In unserem komplizierten Föderalismus mit abgestuften Zuständigkeiten vom Bund, über die Länder zu den Kommunen scheint es erst mal erforderlich, die unterschiedlichen Befugnisse der staatlichen Ebenen zu sortieren. Als Zivilschutz werden in Deutschland alle nicht-militärischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, von Betrieben und Einrichtungen für das öffentliche Leben im Verteidigungs- oder Spannungsfall bezeichnet. Der Zivilschutz gehört nach Art. 73, Absatz 1 des Grundgesetzes zur ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes; er ist ein Teilbereich der Zivilverteidigung im Bundesministerium des Innern. Dieser steht in Fällen von Pandemie oder Hochwasser zunächst nicht im Mittelpunkt.

Dennoch wurde rasch zum Problem, dass der Zivilschutz nach dem Zerfall des Warschauer Paktes massiv zurückgefahren wurde. Dessen frühere Kapazitäten mit Notkrankenhäusern und in Depots eingelagertem Sanitätsmaterial standen im Rahmen der Pandemie nicht mehr zur Verfügung. Seit 2004 ist ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit Sitz in Bonn auf Bundesebene für den Zivilschutz eingerichtet. Hinzu kommt, dass das Technische Hilfswerk (THW) als Zivilschutzorganisation des Bundes die Länder und Kommunen im Rahmen der Amts- und Katastrophenhilfe unterstützt.

Hingegen fällt der Katastrophenschutz im Frieden gemäß der Art. 30 und 70 Absatz 1 GG in die Zuständigkeit der Bundesländer. Ob diese Trennung heute noch zeitgemäß ist, wird zurecht immer wieder in Frage gestellt. Gleichwohl sind die Bundesländer zweifelsfrei in der Pflicht. Dort sind auch die Aufsichtsbehörden angesiedelt. Es liegt in der Gesetzgebungskompetenz der Länder, den Katastrophenschutz einschließlich Brand-



Bewährter Helfer in jeglichem Katastrophenfall: Die Feuerwehr (hier bei einer Übung)

Foto: pa

schutz und Hilfeleistung im Frieden zu regeln. Das tun diese auch, sie organisieren die Gefahrenabwehr nach ihren jeweiligen Prioritäten und Randbedingungen.

Innerhalb der Landkreise und kreisfreien Städte liegt die Verantwortung bei den Oberbürgermeistern und Landräten. Diese delegieren einen Großteil der Aufgaben jeweils an die Kommunen, rufen den Katastrophenfall aus, leiten die Krisenstäbe und verfügen (hoffentlich) über erprobte Einsatzpläne für Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste. Im günstigsten Fall greifen viele Zahnräder abgestimmt ineinander. Idealerweise funktioniert das Getriebe bereits dann, wenn sich eine Gefahrenlage anbahnt, in dem die Bevölkerung rechtzeitig mit Sirenen, Meldungen oder Durchsagen gewarnt wird.

Anspruch und Wirklichkeit

Spätestens damit begann in einigen Regionen das Verhängnis. Bereits vier Tage vor den verheerenden Niederschlägen wurde über das europäische Hochwasserwarnsystem „Efas“ Alarm geschlagen und relativ präzise vorhergesagt, wo Sturzfluten durch Starkregen entstehen können. Der Deutsche Wetterdienst informierte an den Tagen vor dem 14. Juli über die zu erwartenden Niederschläge. Die zuständigen Katastrophenschutzstellen der Länder, Landkreise und Kommunen waren im Bilde. Bei zahlreichen Bürgern der betroffenen Gebiete kamen diese Warnungen aber offenbar nicht an; sie blieben ahnungslos, bis ihnen das Wasser förmlich den Boden unter den Füßen wegriss. Die Warnsysteme hatten vielerorts versagt oder wurden erst gar nicht eingesetzt.

Eine Ursache dafür ist, dass mit dem Ende des Kalten Krieges keine Notwendigkeit mehr für die Jahrzehnte funktionierenden Luftschutzsirenen gesehen wurde. Sie wurden den Kommunen übergeben, die sie größtenteils ersatzlos abgebaut haben. Über anderweitig mögliche Warnmittel moderner Medien wird zwar geredet, sie existieren aber nur ansatzweise. Ein bundesweiter Probealarm hat im September 2020 denn auch die Fehlstellen im deutschen Warnsystem aufgezeigt. Sirenen, Warnapps wie auch die Informationen über Radio und Fernsehen drangen vielerorts nicht durch. Das Bundesinnenministerium stufte den Probealarm als Fehlschlag ein.

Die Verantwortung für das unvollständige Warnsystem wird nun zwischen den Beteiligten hin und her geschoben. „Unsere Warninfrastruktur hat geklappt im Bund“, so Armin Schuster, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Was ist das aber für eine Infrastruktur, wenn sie lückenhaft und auf funktionierende Stromkreise angewiesen ist, die mit der Flut als erste ausfallen mussten? Dass der Westdeutsche Rundfunk statt aktueller Warnmeldungen sein seichtes Unterhaltungsprogramm fortführte, passt ins Bild einer offensichtlich existenzielle Gefahren ausblendenden Gesellschaft. Gegen den Landrat des Landkreises Ahrweiler hat die Staatsanwaltschaft inzwischen Ermittlungen wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung durch Unterlassen eingeleitet.

Der Handlungsbedarf ist offenkundig. Er beginnt bei der (so nur in Deutschland vorhandenen) künstlichen Trennung zwischen dem Zivilschutz als Bundes- und dem Katastrophenschutz als Landeskompetenz. Diese Aufspaltung ist heutzutage völlig sinnlos: Sie rührt aus der Nachkriegszeit, in der es die Siegermächte untersagt hatten, den Luftschutz aus dem Dritten Reich fortzuführen. Es gilt, nunmehr endlich die für den Schutz der Bürger erforderlichen Teile in einem angemessenen Gesamtsystem der Gefahrenabwehr und des Bevölkerungsschutzes mit den verfügbaren Kräften aller Ebenen zusammenzuführen. Im Hinblick auf allseits knappe finanzielle, materielle und nicht zuletzt menschliche Ressourcen sind die Kräfte durchgängig zu bündeln. Dabei ist klar, dass die Vor-Ort-Verantwortung bei den Landräten und Bürgermeistern zu bleiben hat. Zentralisierte Zuständigkeiten im fernen Berlin sind keine Lösung.

Ahnungslose Bürger

Dennoch ist die Notwendigkeit einer Koordinationsfunktion des Bundesinnenministeriums nicht ernsthaft bestreitbar. Ein Flickenteppich an unterschiedlichen Verständnissen, divergierenden Ausstattungen und fehlender Abstimmung vergrößert jedes Katastrophenchaos zusätzlich. Die entsprechenden Aussagen von Bundesinnenminister Horst Seehofer sind überhaupt nicht nachvollziehbar. Er sollte im Interesse der Schadensminimierung im Fall des Falles die Koordinationsaufgabe des

Bundes vorantreiben, anstatt die Selbstständigkeit der Bundesländer hochzuhalten und für die Besitzstandswahrer einzutreten.

Strategien zum Schutz der Bürger vor künftigen Bedrohungen sind der Beginn jedes Handelns. Die Vorsorge gegen mögliche Gefahren für die Bevölkerung hat für staatliche Stellen oberste Priorität. Die derzeitige Situation in Südeuropa zeigt, dass Flächenbrände nicht weniger gefährlich sein können. Der zügige Auf- oder Umbau der Gesamtorganisation nach einheitlichen Kriterien muss den abgestimmten Schutzkonzepten folgen. Am Ende kommt es aber auf die handelnden Personen an. Wenn Örtliche Einsatzleiter unüblich sind, die verfügbaren Kräfte nicht kennen und nicht mal fähig sind, Lagebesprechungen zielgerichtet durchzuführen, können Katastrophenlagen nicht bewältigt werden. So vom Autor dieser Zeilen beim August-Hochwasser 2005 als Führer eines Bundeswehrkontingentes erlebt.

Umdenken ist angesagt

Die Flutkatastrophe hat zudem wieder einmal den Beweis erbracht, dass Starkregen halbwegs adäquat nur mit strikten Raumordnungs- und Bebauungsplänen begegnet werden kann. Das gilt insbesondere für enge Täler, in denen für große Wassermassen kaum Ausweichmöglichkeiten bestehen. Allein schon falsch gebaute Brücken können verhängnisvolle Wirkungen entfalten. Es ist keine neue Erkenntnis, dass Flussbegradigungen Hochwasser begünstigen, im Gegenzug unwälder große Wassermengen aufnehmen können. Insbesondere die Kommunen und Kreise sind gefordert, dem Hochwasserschutz Priorität einzuräumen. Den Fachleuten sind die erforderlichen Maßnahmen bekannt, die politisch Verantwortlichen haben sie auch gegen lokale Widerstände durchzusetzen. Jeder in Hochwasserschutz investierte Euro kommt durch die Verringerung von Schäden dreifach zurück. Wer in Wassernähe baut, hat entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Nicht zuletzt ging erneut an der Bundeswehr kein Weg vorbei. Sie war in den sechseinhalb Jahrzehnten ihres Bestehens wiederholt im Inlandseinsatz: bei Schnee- und Hochwasserkatastrophen, bei Waldbränden, der Pandemie usw. Dass die Bundeswehr bei inneren Notlagen eine notwendige Ergänzung vorhandener ziviler Organisationen darstellt, haben die Covid-Pandemie wie auch die Hochwasserlage wiederum deutlich gemacht. Zehntausende Soldaten unterstützten die Gesundheitsämter wie auch Alten- und Pflegeeinrichtungen. Die Hochwasserlagen im Juli zwangen zuletzt dazu, militärische Einheiten mit schwerem Gerät anzufordern. Gesetzliche und politische Hürden spielen dabei erfreulicherweise nur eine untergeordnete Rolle. Die Bundeswehr hat ohne viel Federlesens den Katastrophenalarm ausgelöst. Damit war es den Kommandeuren vor Ort möglich, auf Hilfeersuchen zu reagieren. Die Pflege altbekannter politischer Feindbilder tritt schnell in den Hintergrund, wenn Soldaten gebraucht werden.

In Anbetracht der Hochwasserkatastrophe wird einmal mehr deutlich, dass der bestmögliche Schutz der Bevölkerung an erster Stelle zu stehen hat. Lassen wir uns nichts vormachen: Die Naturgewalten werden wir niemals im gewünschten Umfang beherrschen können. Die nächste Katastrophe kommt bestimmt, Umdenken ist angesagt.

● **Richard Drexel** ist Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Vor Kurzem erschien die komplett überarbeitete Neuauflage seines gemeinsam mit Josef Kraus verfassten Buches „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“. www.m-vg.de

Im Hinblick auf allseits knappe finanzielle, materielle und nicht zuletzt menschliche Ressourcen sind die Kräfte durchgängig zu bündeln. Dabei ist klar, dass die Vor-Ort-Verantwortung bei den Landräten und Bürgermeistern zu bleiben hat. Zentralisierte Zuständigkeiten im fernen Berlin sind keine Lösung

● MELDUNGEN

Schäden in Milliardenhöhe

Berlin – Die Flutkatastrophe wird ein teures Nachspiel haben. Die Versicherungsschäden gehen in die Milliarden. „Wir rechnen momentan mit versicherten Schäden in Höhe von vier bis fünf Milliarden Euro“, teilte der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Jörg Asmussen, mit. Für den Versicherer Provinzial wird es beispielsweise der teuerste Schaden seiner Firmengeschichte. Bis Anfang der vergangenen Woche hätten die Kunden mehr als 33.000 Schäden mit einem Gesamtvolumen von 761,3 Millionen Euro gemeldet, teilte der zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörende Versicherer mit. Damit zeichnet sich für die Versicherungen das schadensträchtigste Jahr seit 2002 ab. Damals lag der versicherte Unwetterschaden laut GDV bei 10,9 Milliarden Euro. Der tatsächliche Schaden dürfte allerdings noch größer sein. Denn in Deutschland sind nur etwa 45 Prozent der Gebäude gegen Wasserschäden versichert. P.E.

Berlin lobt Corona-Hilfen

Berlin – Nach Ansicht der Bundesregierung ist das vom Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 vorgelegte Konjunkturpaket ein Erfolg. Dank der umfangreichen Finanzhilfen für Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen sei es gelungen, Deutschland besser durch das Krisenjahr 2020 zu manövrieren als es allen anderen großen europäischen Volkswirtschaften gelungen sei, heißt es in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Von den Mitteln, die im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets eingestellt wurden, seien gut 53,5 Milliarden Euro abgeflossen. Durch Steuerentlastungen entgangene Einnahmen seien in dieser Zahl nicht enthalten. Anfang Juni 2021 nannte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) insgesamt die Zahl von 300 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Folgen. Das darin enthaltene Zukunftspaket setze wichtige Impulse auch für Klimaschutz und Digitalisierung. MRK

Das Büro hat überlebt

München – Laut Angaben des Münchener Ifo-Instituts kehrt mit fortschreitenden Impfungen ein Großteil der Beschäftigten in die Büros zurück. Zwar tüftelten die Firmen an neuen Modellen für die Arbeitswelt, wobei das Büro aber weiterhin eine zentrale Rolle spiele. Wechselten vor anderthalb Jahren Millionen Arbeitnehmer aufgrund der Corona-Pandemie ins Homeoffice, arbeite aktuell nur noch etwa ein Viertel zeitweise von zu Hause aus. Laut Ifo-Wissenschaftler Jean-Victor Alipour liegt das nicht nur am Wegfall der Homeoffice-Pflicht für Unternehmen, sondern auch an dem Drang der Menschen nach persönlichem Kontakt. Als robust bezeichneten auch Immobilienmakler die Widerstandskraft der Büromärkte. Hatten sie im Krisenjahr 2020 bei den Vermietungen von Büroräumen in den sieben größten deutschen Städten einen Rückgang um ein Drittel zu verzeichnen, so habe sich der Markt, nicht zuletzt dank der Staatshilfen, wieder gefangen. MRK

VON HERMANN MÜLLER

Noch Wochen vor der Bundestagswahl ist zwischen Grünen und FDP eine Diskussion um den Zuschnitt und die Besetzung von Ministerien in Gang gekommen. Den Auftakt machten die beiden Grünen-Chefs Annalena Baerbock und Robert Habeck, indem sie im Rahmen eines „Klimaschutz-Sofortprogramms“ ein Klima- und Umweltministerium samt Vetorecht für alle übrigen Ressorts beanspruchten. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner nahm den Vorstoß der beiden auf, indem er für den Fall einer schwarz-grünen Koalition einen Anspruch der FDP auf das Finanzministerium anmeldete.

Den Grünen billigte Lindner im Gegenzug das von ihnen gewünschte Klima- und Umweltministerium zu, allerdings ohne Vetorecht.

Das frühe Anmelden von Ansprüchen auf bestimmte Ministerien kommt ersten Sondierungen zu einer Dreierkoalition gleich. Hintergrund sind aktuelle Umfragewerte, die für den neuen Bundestag keine Mehrheit für Schwarz-Grün, wohl aber für eine „Jamaika“-Koalition aus Union, Grünen und FDP sehen. Trotz solcher Aussichten gab es vom FDP-Chef noch einen Seitenhieb auf die Grünen. Auf Twitter versah Christian Lindner die Grünen-Forderung nach einem Superministerium für Klima, Energie und Umwelt mit dem Begriff „Klimakanzleramt“ und erklärte, politisch hätten Baerbock und Habeck damit „das Rennen um Platz 1 wohl verloren gegeben“.

Diskussion um Ministerien

Tatsächlich macht ein neues Superministerium mit umfassendem Veto-Recht eigentlich nur Sinn, wenn die Grünen nur noch Hoffnungen haben, im September Zweitplatzierte zu werden. Als Bundeskanzlerin würde Annalena Baerbock nach Artikel 65 des Grundgesetzes nämlich ohnehin über die Richtlinienkompetenz im Kabinett verfügen. Reicht das Wahlergebnis hingegen nur, um Juniorpartner der Union zu werden, bietet den Grünen ein Klima-Ministerium allein allerdings nur begrenzte die Gelegenheit, ihre Programmatik umzusetzen. Ein Blick auf die Arbeit des Grünen-Justizsenators Dirk Behrendt in Berlin zeigt, dass sich insbesondere das Justizressort für sehr weitreichende politische Weichenstellungen nutzen lässt.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sorgte der Grünen-Politiker Behrendt für Aufsehen. In der allerersten Drucksache, die der frisch ins Amt gekommene Senator im Januar 2017 an das Landesparlament schickte,



Ein Grüner besetzt im Berliner Abgeordnetenhaus bereits ein Schlüsselressort: Justizsenator Dirk Behrendt

Foto: pa

WAHLKAMPF

Grüne Pläne für Deutschland

Gesellschaftsumbau über das Justizressort und ein „Klimakanzleramt“

Justizsenator Behrendt: Neufassung des Neutralitätsgesetzes, Legalisierung von Cannabis und Landes-Antidiskriminierungsgesetz

Behrendt in der Justizministerkonferenz einen Beschlussvorschlag zur bundesweiten Legalisierung von Cannabis ein. Im Interview erklärte Berlins Justizsenator zur Begründung, die bisherige Prohibitivpolitik sei gescheitert, Polizei und Justiz hätten Wichtigeres zu tun, als Kiffer zu verfolgen.

Maßgeblich vom Grünen-Justizsenator angeschoben, bekam Berlin als erstes Bundesland auch ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz für den öffentlichen Dienst. Polizeigewerkschafter und auch die Opposition kritisierten, das Gesetz beinhalte eine Beweislastumkehr und stelle jegliches Handeln der Polizei unter einen Generalverdacht. Ein Jahr, nachdem Rot-Rot-Grün das Gesetz in der deutschen Hauptstadt eingeführt hat, prüfen inzwischen auch Brandenburg, Hamburg, Hessen, Sachsen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes für den öffentlichen Dienst. In allen fünf Ländern sind die Grünen Teil der Regierung.

nicht mehr geben. Sollten die Grünen allerdings aus der Berlin-Wahl im September als Wahlsieger hervorgehen, wird die Novellierung des Neutralitätsgesetzes vermutlich ein wichtiges Thema von Koalitionsverhandlungen sein. Ebenfalls längerfristig angelegt ist auch ein anderes Projekt des Politikers. Im Juni brachte

ging es um die Einführung von Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden. Angesichts der Überlastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften führte dies bei der Opposition zu der Frage, welche Prioritäten der neue Justizsenator eigentlich setzen will. Auch innerhalb der rot-rot-grünen Koalition sorgte Behrendt für Streit. Zur Verärgerung der SPD verkündete der Senator vergangenes Jahr, angehende Richterinnen und Staatsanwältinnen könnten in Gerichtssälen ein Kopftuch tragen. Die Sozialdemokraten werteten den Schritt als Alleingang und als Bruch der Vereinbarung, zunächst einmal eine Urteilsbegründung des Bundesarbeitsgerichts zum Berliner Neutralitätsgesetz abzuwarten.

Anfang dieses Jahres verkündete Behrendt nochmals die Absicht, das Berliner Neutralitätsgesetz reformieren zu wollen. Als Konsequenz würde damit das Tragen religiöser Kleidung an Schulen möglich werden. Kurz vor dem Ende der Legislatur wird es die vom Grünen gewünschte Neufassung des Neutralitätsgesetzes

CORONA-FOLGEN

Sprechstörungen bei Kindern haben zugenommen

Ursache fehlende Behandlungs- und mangelnde Kommunikationsmöglichkeit während der Lockdowns

Schon vor Beginn der Corona-Krise nahmen die Sprach- und Sprechstörungen bei Kindern und Jugendlichen stark zu. Laut einer Ende 2020 veröffentlichten Studie der Kaufmännischen Krankenkasse stieg die Zahl der betroffenen 6- bis 18-Jährigen zwischen 2009 und 2019 um insgesamt 56 Prozent. Damit hatten bereits mehr als sieben Prozent der Heranwachsenden behandlungsbedürftige Probleme, wobei die Quote unter den 6- bis 10-Jährigen sogar bei rund 15 Prozent lag.

Experten wie Katrin Neumann, ihres Zeichens Direktorin der Klinik für Phoniatrie und Pädaudiologie am Universitätsklinikum Münster, gehen jetzt davon aus, dass es durch die Schul- und Kitaschließungen ab März 2020 zu weiteren Beeinträchtigungen der Sprachkompetenz von Minderjährigen gekommen ist. Dafür gibt

es drei mögliche Ursachen: Zum Ersten konnten bereits bestehende Sprachentwicklungsstörungen während der Lockdowns nicht ausreichend diagnostiziert und behandelt werden. Zum Zweiten entstanden infolge des Heimunterrichts oder der Betreuung von Kita-Kindern im elterlichen Haushalt neue Störungen. Das gilt besonders für den Fall, dass Deutsch zuhause nicht die Muttersprache ist.

Laut einer Studie der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen kam es „bei mehrsprachigen Kindern“ zu einer teilweise extremen Regression: Viele beschränkten sich wieder auf Einwortsätze, wenn es ums Deutsche ging. Zum Dritten gingen auch bei Heranwachsenden ohne gravierende Einschränkungen die kommunikativen Fähigkeiten zurück, weil sie

zu wenig Gespräche mit Gleichaltrigen führten und stattdessen auf passiven Medienkonsum auswichen.

Die Folge von all dem dürfte eine deutliche Zunahme der Wortschatzdefizite sein, begleitet von vermehrten Schwierigkeiten, bestimmte Laute zu produzieren sowie auch sinnvolle Sätze zu bilden und zu verstehen. Dazu kommen die psychischen und intellektuellen Folgeschäden der mangelnden Sprachbeherrschung.

Die Behandlung von Sprachentwicklungsstörungen erfolgt in der Regel durch eine logopädische Therapie. Allerdings gibt es hier Wartelisten, welche immer länger werden. So mussten betroffene Kinder in Nordrhein-Westfalen schon 2017 achteinhalb Wochen auf ihren ersten Termin beim Logopäden warten. Diese Situation hat sich seither noch weiter ver-

schlechtert, wie der Deutsche Bundesverband für Logopädie mitteilte. Das resultiert daraus, dass mittlerweile bloß noch 32 potentielle Bewerber auf 100 freie Logopädenstellen kommen, so die Zeitschrift „forum: logopädie“ im November 2020. Einer der Gründe für den Logopädenmangel ist die nicht sonderlich gute Bezahlung: Derzeit liegt der durchschnittliche Vollzeit-Bruttoverdienst quer durch alle Branchen bei knapp 4000 Euro. In Vollzeit beschäftigte Logopäden erhalten hingegen im Mittel nur ein Bruttogehalt von rund 2700 Euro im Monat – im Westen eher mehr und im Osten weniger. Dafür müssen die angehenden Therapeuten eine dreijährige unbezahlte Ausbildung absolvieren und in deren Verlauf oft sogar noch Schulgeld entrichten.

Wolfgang Kaufmann

VERBRECHEN

Auf dem Weg zu schwedischen Zuständen

Kriminelle Großclans tragen ihre Kämpfe zunehmend im öffentlichen Raum der Hauptstadt aus

VON NORMAN HANERT

Im Kampf gegen kriminelle Großfamilien haben Berlins Ermittlungsbehörden seit einigen Jahren den Druck deutlich erhöht. Im Sommer 2018 beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft 77 Immobilien, die einer arabischstämmigen Großfamilie zugerechnet wurden. Auch in Fällen wie dem spektakulären Juwelen-Raub aus Dresdens Grünem Gewölbe oder dem Diebstahl einer Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum gelang es Ermittlern, Tatverdächtige aus dem Clan-Milieu festzunehmen. Doch trotz solcher Erfolge von Polizei und Staatsanwaltschaften scheint die kriminelle Vitalität der Clans ungebrochen. So führen in Berlin Beamte mittlerweile fast täglich Kontrollen in Shisha-Bars, Wettbüros, Geschäften und Lokalen durch, die Clan-Strukturen zugerechnet werden.

Der hohe Ermittlungsdruck hat nicht verhindert, dass sich Angehörige der arabischen Großfamilien nach immer neuen Möglichkeiten für kriminellen Gelderwerb und Geldwäsche umsehen. Bereits seit einigen Jahren sind in Berlin sogenannte Kokstaxis unterwegs, die Kokain oder andere Drogen bis an die Haustür von Kunden liefern. Obwohl die Polizei regelmäßig kleine Erfolge im Kampf gegen die Kokstaxis melden kann, ist mittlerweile von einem Boom bei den Drogen-Lieferdiensten die Rede.

Von Ermittlungen unbeeindruckt

Einen Blick für neue Geschäftsfelder hatten die Clans auch beim Betrug mit Corona-Hilfen. Unter den Tausenden Fällen des Betrugsverdachts, die vom Berliner Landeskriminalamt bearbeitet werden, finden sich mehrere Vorgänge, die mutmaßlich bandenmäßig organisiert worden sind. Bereits als bei Anfangsermittlungen Daten der Investitionsbank Berlin mit Wohn- und Geschäftsadressen von Antragstellern für die Soforthilfen abgeglichen wurden, stießen Finanzexperten der Polizei auf Anschriften, die bereits aus früheren Verfahren gegen Großclans bekannt waren.

Auch bei den aktuellen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Abrechnungsbruch in Corona-Testzentren sind Angehörige mehrerer Clan-Familien ins Visier der Ermittler geraten. Erste Hinweise,



Keine Rücksicht auf zufällige Passanten: Tatort einer Clan-Schießerei in Berlin-Wedding vergangenen Juni

Foto: pa

dass bei den Abrechnungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung kriminelle Clanstrukturen involviert sind, waren bereits im Juni bei Durchsuchungen in Berlin-Neukölln aufgetaucht.

Ende Juli führte die Polizei dann eine Großrazzia durch, bei der die Beamten 150 Teststellen im gesamten Stadtgebiet durchsucht haben. Bei den mutmaßlichen Betrügereien könnte es um erhebliche Summen gehen, die abermals in die Finanzkanäle arabischer Großfamilien geflossen sind.

Insgesamt hat die Kassenärztliche Vereinigung von März bis Mai in Berlin an die Anbieter der kostenlosen Corona-Tests rund 100 Millionen Euro ausbezahlt. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ sprach ein Beamter der Ermittlungsbehörden sogar von einer Art Goldgräberstimmung im Milieu. Bereits im Juni hatte die Berliner Polizei ebenfalls wegen möglichen Betrugs mit Corona-Selbsttests

zwei Männer festgenommen. In diesem Fall richteten sich die Ermittlungen gegen drei Tatverdächtige aus der Großfamilie Al-Z. Allein in diesem Fall soll es um einen Gesamtschaden von einer halben Million Euro gehen.

Der Aufschrei ist ausgeblieben

Nicht nur die Suche nach neuen Geschäftsfeldern deutet darauf hin, dass der verstärkte Ermittlungsdruck von Polizei und Staatsanwaltschaften die arabischen Clans bislang nicht sonderlich beeindruckt. In Berlin scheint überdies eine Entwicklung in Gang zu kommen, die bislang vor allem von den Bandenkämpfen in Schweden bekannt ist. In den Vorstädten von Stockholm, Göteborg und Malmö tragen Banden mit Schießereien und Bombenanschlägen ihre Kämpfe schon seit Jahren ohne Rücksicht auf Anwohner und Passanten ganz selbstverständlich im öffentlichen Raum aus.

Schon vergangenes Jahr hatten sich auch in Berlin Angehörige eines Araberclans und Tschetschenen in aller Öffentlichkeit bekriegt. Jüngstes Beispiel ist nun ein gewalttätiger Streit auf dem Parkplatz eines Berliner Baumarkts. Am 30. Juli waren nur wenige hundert Meter vom Kurt-Schumacher-Platz entfernt Angehörige zweier Großfamilien gegen 18 Uhr zunächst mit Messern aufeinander losgegangen. Schließlich griff einer der Kontrahenten zu einer Schusswaffe. Am Ende der Auseinandersetzung musste die Feuerwehr drei Männer ins Krankenhaus bringen, die durch Schüsse und Stiche schwer verletzt waren. Laut dem „Tagesspiegel“ zeigte sich ein szenekundiger Beobachter verwundert, dass die Schüsse inmitten der Stadt zu keinem öffentlichen Aufschrei geführt haben. Stattdessen wurde der brutal ausgetragene Streit auf einem belebten Parkplatz nur routiniert zur Kenntnis genommen.

BERLIN

Politik bremst Erwerb von Wohneigentum

Verordnung macht Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen grundsätzlich genehmigungspflichtig

Die Berliner Landesregierung erschwert ein weiteres Mal die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Möglich wurde eine neue Verordnung mit diesem Ziel erst, nachdem die Bundesregierung offenbar auf Betreiben der Bundes-SPD einen Teil des Baulandmobilisierungsgesetzes reformiert hatte. Zwar war der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jan-Marco Luczak, eigentlich dagegen: „Das Umwandlungsverbot sehe ich nach wie vor sehr kritisch, denn damit wird Eigentumsbildung erschwert“, so Luczak. Aber schließlich stimmte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU denn doch zu.

Die Verordnung verlangt eine Zustimmung des jeweiligen Bezirksamts, wenn eine Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden soll. Bisher waren derartige Genehmigungen nur

in sogenannten Milieuschutzgebieten erforderlich. Berlins Bausenator Sebastian Scheel (Linkspartei) glaubt: „Die Umwandlung von Mietwohnungen in Wohnungseigentum führt zum Verlust an bedarfsgerechten Mietwohnraum in der gesamten Stadt.“ Zwischen 2011 und 2020 wurden fast 125.000 Mietwohnungen umgewandelt.

Auch Union stimmte im Bund dafür

Auch die Grünen finden Scheels Vorlage richtig. Deren baupolitische Sprecherin Katrin Schmidberger: „Das ist eine Hürde. Ich habe die Hoffnung, dass wir die massiven Umwandlungen damit bremsen. Deshalb ist es ein Pluspunkt, dass nun ganz Berlin unter Schutz gestellt ist.“ Auf den Gedanken, das Angebot an Wohnungen durch Neubauten zu vermehren und durch die Abschiebung der zahlreichen

abgelehnten Asylbewerber die Nachfrage zu verringern, kommen Linkspartei wie Grüne nicht.

Die drei Berliner Oppositionsparteien CDU, AfD und FDP heißen den neuen Senatsvorstoß nicht gut. Der wohnungspolitische Sprecher der CDU, Christian Gräff, meint, dass die Neuregelung Mietern den Weg zum Eigentumserwerb verbauen. Stattdessen bräuchte es Zuschüsse und zinsfreie Teil-Darlehen des Landes für solche Mieter, die ihre Wohnung kaufen möchten. Gräffs Kritik ist ein Stück Heuchelei, denn ohne die Bundestagsfraktion der Union hätte es keine Reform des Baulandmobilisierungsgesetzes und damit auch keine Umwandlungsverhinderungsverordnung des rot-rot-grünen Senats gegeben.

Die AfD kritisiert die Verordnung grundsätzlich. Der bau- und wohnungs-

politische Sprecher der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Harald Laatsch, bemängelt, dass dadurch nicht mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werde. Das Problem des angespannten Wohnungsmarktes löse sich damit nicht. Das einzige, was helfe, sei es, neue Wohnungen zu bauen.

Die Berliner FDP prophezeit: „Die Preise für Eigentumswohnungen werden weiter massiv ansteigen und die Chance gerade für Familien, sich in den Außenbezirken eine Wohnung zur Selbstnutzung zu kaufen und somit fürs Alter vorzusorgen, ist damit in weite Ferne gerückt.“ Sibylle Meister von den Liberalen: „Steigen die Preise, werden immer mehr Menschen nach Brandenburg ziehen.“ Das könne für den „Berliner Wohnungsmarkt keine Lösung sein, für eine Hauptstadt erst recht nicht.“

Frank Bücker

KOLUMNE

Wie in Minsk

VON THEO MAASS

War das wirklich Berlin? Oder vielmehr Weißrussland? Beim Polizeieinsatz gegen die jüngste Querdenkerdemonstration in der Hauptstadt sahen viele Beobachter ein Ausmaß an Willkür und Brutalität am Werk, das sie bislang eher von den Nachrichten aus Minsk kennen.

Neben zahlreichen Angriffen gegen harmlose und gewaltlose „Spaziergänger“, Frauen und sogar Kinder wurden auch der Journalist Boris Reitschuster und die Ehefrau des früheren CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz attackiert. Während die meisten linken Blätter von diesen Vorfällen nur verniedlichend berichteten und der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Ereignisse kaum bemerkt zu haben schien, sind in den sozialen Medien massenhaft Übergriffe zu betrachten. Ein 49-jähriger Mann ist nach seiner Festnahme durch die Polizei verstorben – angeblich ohne Polizeieinwirkung. Rund tausend Anzeigen gegen die Polizei wurden erstattet.

Der Fehler begann eigentlich schon im Vorfeld mit dem Verbot der Demonstration und den anschließenden Richtersprüchen vom Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht, die das Verbot bestätigten, obwohl eine Woche zuvor die Christopher-Street-Day-Parade mit einer größeren Menschenmenge sehr wohl stattfinden durfte. Aber Berlin ist auffällig geworden. Der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer, hat seine Tätigkeit aufgenommen: „Es ist absolut inakzeptabel, wenn die Polizei wegen bloßer Ordnungswidrigkeiten oder zivilem Ungehorsam mit teilweise lebensgefährlicher Gewalt gegen wehrlose Demonstranten vorgeht“, so der Schweizer.

Doch die Vorwürfe gegen die Polizei dürften ungerechtfertigt sein. Die Befehlskette geht vom Innensenator zum Polizeipräsidenten und über den Einsatzleiter zum Beamten vor Ort, der das machen muss, was angeordnet ist, wenn er nicht Beamtenstatus und Pension gefährden will.

MELDUNG

Schutz für das Glockenspiel

Potsdam – Brandenburgs Landesamt für Denkmalpflege hat das Glockenspiel nahe dem historischen Standort der Potsdamer Garnisonkirche auf die Denkmalliste des Landes genommen. Das Glockenspiel war in den 1980er-Jahren von der „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ um Max Klar durch Spenden nach historischem Vorbild nachgebaut und zunächst im westfälischen Iserlohn aufgebaut worden. Im April 1991 wurde es schließlich für den Wiederaufbau der Garnisonkirche gestiftet und auf dem Potsdamer Plantageplatz aufgestellt. Grüne und Linkspartei hatten vergangenes Jahr im Stadtparlament den Antrag gestellt, das Glockenspiel einzuschmelzen. Mit der Eintragung in die Denkmalliste ist die Stadt Potsdam nun jedoch verpflichtet, den Erhalt des Objekts sicherzustellen. Nach Ansicht des Landesamtes für Denkmalschutz muss das Glockenspiel als eigenständiges Denkmal der jüngeren Zeitgeschichte gesehen und bewertet werden.

N.H.

● MELDUNGEN

Protest gegen Zuwanderer

Ankara – In der Türkei leben mittlerweile 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge. Dazu kommen viele reiche Zuwanderer aus dem nahöstlichen Raum, welche sich durch Immobilienkäufe türkische Pässe sicherten. Dadurch gibt es in der 16-Millionen-Metropole Ankara bereits zwei Millionen Einwohner arabischer Herkunft, und in der Grenzprovinz Kilis hat der Anteil der Syrer sogar schon 75 Prozent erreicht. Das überfordert zahlreiche Türken, welche den Immigranten bislang viel Toleranz entgegenbrachten. Auf Twitter machen sie ihrem Unmut unter der Parole „Zeit, dass ihr geht!“ Luft und beklagen, dass sie sich zunehmend als Fremde im eigenen Land fühlen. Dabei gilt der Zorn der Türken zugleich ihrem Staatspräsidenten Erdoğan und dessen „Politik der offenen Tür“. Das wiederum sieht die Opposition als Chance und verspricht, im Falle einer Regierungsübernahme binnen zwei Jahren drei Millionen Syrer „zurückzuführen“. **W.K.**

Litauen schirmt sich ab

Wilna – Als Reaktion auf die EU-Sanktionen gegen Weißrussland, bei deren Zustandekommen Litauen eine tragende Rolle gespielt hat, hält Minsk keine „Flüchtlinge“ aus Asien und Afrika mehr zurück, welche die Grenze zu dem baltischen EU-Staat passieren wollen. Deshalb kamen 2021 bereits 35-mal mehr illegale Einwanderer nach Litauen als im Jahr zuvor. Das führt nun zu heftigen Reaktionen der Einheimischen, die ihre Sicherheit bedroht sehen. In Rudnikai blockierten Anwohner eine Straße, um die Unterbringung der Neuzuwanderer in ihrem Ort zu verhindern, und in Deviniškės gab es ebenfalls laute Proteste unter dem Motto: „Wir brauchen all diese Migranten nicht! ... Wir wollen ohne Angst auf die Straße gehen können.“ Deshalb nahm die Regierung in Wilna jetzt den Bau eines 500 Kilometer langen Zaunes entlang der Grenze zu Weißrussland in Angriff. Allerdings reichte das vorhandene Material bislang nur für viereinhalb Kilometer. **W.K.**

Feuer bedroht Atomzentrum

Sarow – Wegen der sich ausbreitenden Waldbrände im Gebiet Nischnij Nowgorod haben russische Behörden in der Stadt Sarow den Ausnahmezustand verhängt. Dort befindet sich Russlands Kernforschungszentrum, das am Ende des Zweiten Weltkriegs eingerichtet worden war, weshalb Sarow noch heute eine geschlossene Stadt ist, zu dem nicht jedermann Zutritt hat. Massive Brände bedrohen mittlerweile Ortschaften in vielen Regionen des Landes. In insgesamt acht Regionen wurde bereits der Ausnahmezustand verhängt. Unter anderem ist auch die Siedlung Sangar mit Öllagern gefährdet. Wie die russischen Behörden mitteilten, sorgen hohe Windgeschwindigkeiten dafür, dass sich das Feuer rasend schnell ausbreitet. Laut Behördenangaben stehen landesweit 3,5 Millionen Hektar in Flammen. 7000 Löschkräfte seien bei der Brandbekämpfung im Einsatz. **MRK**

TUNESIEN

Präsident Saied ruft den Notstand aus

Regierung entlassen – Muslimbruderschaft-Partei Ennahda spricht von einem Staatsstreich

VON BODO BOST

Mit der Notfallverhängung des tunesischen Präsidenten Kais Saied könnte auch das Mutterland des Arabischen Frühlings wieder in eine autoritäre Zeit zurückfallen.

Am Nationalfeiertag, dem 25. Juli, hat Saied unter Berufung auf Artikel 80 der Verfassung des Landes den Notstand ausgerufen und das Parlament und die Regierung suspendiert. Auch der erfolgreiche Premierminister Hichem Mechichi wurde abgesetzt. Er wollte noch im Januar korrupsionsbelastete Minister gegen den Willen des Präsidenten ernennen.

Tunesien leidet mehr als andere Länder unter der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, vor allem aber unter der Korruption der größten Partei im Parlament, Ennahda, der Partei der Muslimbruderschaft.

Die Ennahda gehörte seit 2011 jeder Regierung an. Präsident Saied selbst gehört keiner Partei an und hatte als bis dato Unbekannter 2019 überraschend als

Parteiloser Juraprofessor die Präsidentenschaftswahl gewonnen.

Pandemie förderte Radikalisierung

Die Unfähigkeit der aufeinanderfolgenden politischen Koalitionen, wirksam auf die Pandemie zu reagieren – Tunesien hat die zweithöchste Zahl von Corona-Toten Afrikas –, haben viele Tunesier davon überzeugt, dass eine radikale Lösung dringend erforderlich sei. Als Präsident Saied den Notstand ausrief, strömten Tausende von Menschen zum Parlamentsgebäude in Tunis, um zu feiern, und viele weitere jubelten in den sozialen Medien.

Tunesien war das einzige Land, in dem sich im Arabischen Frühling 2011 eine Demokratie langfristig durchsetzen konnte, bei den darauffolgenden Parlamentswahlen wurde fast immer die Muslimbruderschaft Ennahda mit dem Motto „Der Islam ist die Lösung“ stärkste Kraft. Die Muslimbruderschaft hatte als Mischung zwischen Partei und religiöser Bruderschaft schon in der Zeit vor 2011 über eine feste Organisation verfügt.

Da der Islam sich jedoch nicht als die Lösung für Tunesiens Probleme erwiesen hat, gewannen bei Präsidentschaftswahlen Vertreter nicht-islamischer Parteien. Deshalb hatte die Ennahda auch 2019 die Wahl von Saied im zweiten Wahlgang unterstützt, nachdem ihr eigener Kandidat ausgeschieden war.

Saied beruft sich auf Verfassung

Die Ennahda verurteilte die Notstandsverhängung als Staatsstreich, obwohl der Präsident immer wieder betonte, dass er als Juraprofessor besser als jeder andere die Verfassung kenne, die er selbst mitverfasst hatte, und sich daran halten werde. Artikel 80 der Verfassung erlaubt dem Präsidenten den Notstand für 30 Tage auszurufen, dieser kann jedoch immer wieder verlängert werden.

Dem Sprecher des tunesischen Parlaments und Vorsitzenden der Ennahda-Partei, Rached al-Ghannouchi, gelang es bislang nicht, seine Anhänger gegen den Präsidenten auf die Straße zu bringen. Von den zwölf führenden politischen Parteien in Tunesien haben sich sechs radi-

kalislamische und linke Parteien eindeutig gegen den Schritt von Präsident Saied ausgesprochen und ihn als unrechtmäßig bezeichnet.

Die liberalen und konservativen Parteien entschieden sich für eine abwartende Haltung und boten dem Präsidenten begrenzte Unterstützung an. Auch der größte Gewerkschaftsverband signalisierte seine Unterstützung.

Angesichts der zunehmenden Kritik in den Medien hatte sich der Präsident dafür entschieden, auch die Medienfreiheit zu beschneiden. Am Tag nach der Notstandsverkündung stürmten 20 Polizeibeamte in Zivil das Büro des Nachrichtensenders Al Jazeera in Tunis und schlossen es. Al Jazeera ist das Organ der Muslimbruderschaft mit Sitz in Katar. Auch 24 hohe Regierungsbeamte wurden wegen Korruption entlassen. Zugleich kündigte Saied eine Anti-Korruptions-Offensive an, die sich gegen 460 Geschäftsleute richtet, die ihre Steuerrückstände von vier Milliarden Euro zurückzahlen müssen.

Unterstützung aus Ägypten

Bislang hielt sich die internationale Gemeinschaft mit Kritik zurück, die EU und US-Außenminister Antony Blinken forderten lediglich die umgehende Wiederansetzung des gewählten Parlaments. Einige Parlamentarier, denen allesamt die Immunität entzogen worden war, waren wegen krimineller Delikte verhaftet worden, auch die Ennahda muss mit einem Prozess wegen unerlaubter Wahlkampffinanzierung im Jahre 2019 rechnen.

Mit der Notstandsaufrufung in Tunesien scheint auch dieses letzte Land des Arabischen Frühlings den Weg Ägyptens einzuschlagen. In Ägypten, dem zweiten zunächst erfolgreichen Land der Arabellion, hatte die Muslimbruderschaft die Macht der Strafe kanalisieren können und mit Mohammed Mursi 2012 einen Präsidenten ins Amt bringen können, der das Land ins Chaos gestürzt hat.

Aus diesem Chaos wollte 2013 der Armeechef Abd al-Fattah as-Sisi mit einem Militärputsch das Land befreien, seitdem führt er Ägypten autoritär als Präsident weiter und garantiert unter anderem die Rechte der großen christlichen Minderheit Ägyptens, die unter Mursi um ihr Leben fürchten musste. Aus Ägypten kam deshalb als erstem arabischen Land Unterstützung für Tunesien.



Aufgebrachte Massen in Tunis: Unterstützer und Gegner des Präsidenten vor dem Regierungsgebäude

Foto: imago/ZUMA Wire

COVID-19

Chinas Retourkutsche gegen die USA

Nach Wuhan-Laborthese – Peking verlangt von WHO Untersuchung der Labore in Fort Detrick

Als im März 2020 erstmals der Verdacht laut wurde, dass das SARS-CoV-2-Virus aus dem Labor des Instituts für Virologie in Wuhan entwichen sein könnte, ging die chinesische Staatspropaganda sofort zum Gegenangriff über und brachte das U.S. Army Medical Research Institute of Infectious Diseases in Fort Detrick (Maryland) ins Spiel. Vielleicht stamme der Erreger ja von dort. Parallel hierzu verbreiteten chinesische „Aktivisten“ das Gerücht, hinter der kurzzeitigen Sperrung der Hochsicherheitslabore in Fort Detrick durch die amerikanische Gesundheitsbehörde Centers for Disease Control and Prevention (CDC) im Juli 2019 habe mehr als nur eine kleine Unregelmäßigkeit bei der Abwasserbehandlung gesteckt.

Immerhin sei es doch kurz darauf zum massenhaften Auftreten der mysteriösen

Lungenkrankheit EVALI in den USA gekommen. Außerdem hieß es, die US-Reservistin Maatje Benassi, welche im Oktober 2019 an den Military World Games in Wuhan teilnahm, habe das Coronavirus überhaupt erst nach China eingeschleppt.

Allerdings hielt sich das offizielle Peking dann im weiteren Verlaufe des Jahres 2020 zurück, um die Glaubwürdigkeit der eigenen Behauptungen hinsichtlich des natürlichen Ursprungs des SARS-CoV-2-Erregers nicht unnötig zu erschüttern. Als jedoch auch Donald Trumps Amtsnachfolger Joe Biden Untersuchungen zur Überprüfung der Wuhan-Laborlecke-Theorie ankündigte und die Weltgesundheitsorganisation WHO mitteilte, man ermittle nach wie vor in alle Richtungen, war es mit der Contenance im Reich der Mitte vorbei.

So forderte Zhao Lijian von der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums die USA im Mai 2021 auf, die wahre Herkunft des Virus gemeinsam mit der WHO auf dem eigenen Staatsgebiet zu suchen.

China fühlte sich provoziert

Vier Wochen später verkündete der chinesische Botschafter in Frankreich, Lu Shaye, in einem Interview mit der Pariser Tageszeitung „L'Opinion“: „Die Vereinigten Staaten provozieren uns, aber China übt Zurückhaltung. Sonst wären wir schon im Krieg.“ Danach meinte der Diplomat, es gebe eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen der Vorgehensweise Washingtons zur Rechtfertigung des Irakkrieges und der Unterstellung, China sei für die Corona-Pandemie verantwortlich.

Parallel hierzu brachte die Leiterin der Informationsabteilung im Pekinger Außenministerium, Hua Chunying, erneut die US-Labore in Fort Detrick und anderswo ins Spiel: „China hat die US-Seite wiederholt zu einer umfassenden Aufklärung über ihre biomilitärischen Aktivitäten im In- und Ausland gedrängt ... Doch leider hat die US-Seite bisher keine sinnvolle Antwort gegeben.“ Außerdem warf sie den Vereinigten Staaten „biologische Kriegsführung“ und „Bioterrorismus“ unter Nutzung der Gentechnologie vor.

Und jetzt veröffentlichte die regierungsnahen chinesische Zeitung „Global Times“ zusätzlich noch einen offenen Brief von rund 500.000 Internetnutzern aus dem Reich der Mitte. In diesem wird gefordert, dass die WHO endlich auch Fort Detrick inspiziere. **W. Kaufmann**

VON KONRAD BADENHEUER

In Deutschland und weiteren Ländern sind die Preise zuletzt deutlich gestiegen. Alles spricht dafür, dass die Inflation weiter anzieht. Eigentlich müsste das die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan rufen, doch die gibt sich gelassen, fast abgebrüht. Tatsächlich hätte sie auch kaum mehr Möglichkeiten, die absehbare Inflationswelle zu verhindern.

Die Zahl lässt Böses ahnen: Die Erzeugerpreise in Deutschland lagen im Juni um stolze 8,5 Prozent höher als vor einem Jahr. So hoch war diese Rate zuletzt im Krisenjahr 1982. Vor allem die massiv gestiegenen Rohstoffpreise, aber auch höhere Energie- und Arbeitskosten haben den Preisschub verursacht. Zuletzt kletterte diese Rate in „Euroland“ sogar auf noch nie dagewesene 10,2 Prozent.

Alles spricht dafür, dass die höheren Erzeugerpreise schon bald an die Verbraucher weitergegeben werden. Diese haben in der Zeit des Lockdown wenig ausgeben können. Jetzt sitzt bei vielen das Geld etwas lockerer und der Handel kann seine höheren Einkaufspreise auf die Endkunden überwälzen.

Ein Blick ins Ausland bestätigt, dass die von vielen totgeglaubte Inflation wieder da ist. Die USA meldeten im Juni eine Rate von 5,4 Prozent, im Januar waren es erst 1,4 Prozent gewesen. Auch mehrere Euroländer verzeichnen jetzt Inflationsraten von deutlich über drei Prozent.

EZB reagiert gelassen

Die EZB hat auf diese Zahlen mehr als gelassen reagiert. Sie hat sogar zu verstehen gegeben, dass ihr etwas mehr Inflation geradezu willkommen ist. Lautete das sogenannte Inflationsziel der EZB bisher knapp unter zwei Prozent, so verkündete EZB-Präsidentin Christine Lagarde zuletzt, dass die EZB nun eine Inflationsrate von zwei Prozent im mehrjährigen Durchschnitt anstrebe. Da die Preise in Euro-land in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt nur um ein Prozent jährlich angestiegen sind, heißt das im Klartext, dass die Verantwortlichen für den Euro eine Geldentwertung von rund zehn Prozent im Laufe mehrere Jahre hinnehmen würden – zusätzlich zu den ohnehin angestrebten zwei Prozent im Jahr.

Für Sparer sind das schlechte Nachrichten. Gerade die Deutschen halten große Beträge auf Girokonten oder in Form von Sparbriefen, Anleihen und Rentenfonds mit vielfach negativen Zinssätzen. Auch Girokonten haben inzwischen faktisch negative Zinssätze, weil fast alle Banken Kontoführungsgebühren verlan-



Tanken in Deutschland: Benzinpreise befinden sich seit Wochen im Dauerhoch

Foto: pa

INFLATION

Die Notenbanken in der Zwickmühle

Höhere Preisanstiege sind kaum noch zu vermeiden – Eine Umverteilung und Entwertung von Sparerguthaben sind daher absehbar

gen. Und bei größeren Beträgen werden direkt „Verwahrentgelte“ für das angelegte Geld in Rechnung gestellt.

Es ist eine simple Rechnung: Wer eine zehnjährige Bundesanleihe mit einer Verzinsung von minus 0,5 Prozent jährlich hat, bei dem sind die ersten fünf Prozent Wertverlust fest vereinbart. Kommen dazu drei Prozent Inflation pro Jahr, so ergibt sich ein am Ende ein massiver realer Verlust von 35 Prozent.

Viele Anleger warten deswegen darauf, dass die Notenbanken endlich reagieren und die historisch beispiellos niedrigen Zinsen anheben. Das allerdings würde zu massiven Verwerfungen führen: Der Konsum und die Konjunktur würden einbrechen und viele Staaten könnten ihre

Schulden kaum mehr bedienen. Erkennbar auch deswegen hält die EZB an ihrer Politik des leichten Geldes fest.

Bis zu 35 Prozent realer Verlust

Allerdings könnten die Zinsen am Ende sogar ganz ohne Zutun der Notenbanken kräftig steigen. Wenn viele Anleger gleichzeitig Angst vor Inflation bekommen und deswegen langlaufende Anleihen verkaufen, denn sinken deren Kurse. Das führt unmittelbar zum Anstieg der entsprechenden Renditen, also der langfristigen Zinsen. Die Notenbanken könnten gegen diese Entwicklung praktisch nichts mehr tun: So viele Anleihen können sie gar nicht aufkaufen. Schon der bloße Versuch wäre mit einem explosionsartigen Anstieg

der Geldmenge verbunden und mit einer dann nur noch schneller steigenden Inflation.

Letzte Ursache für dieses Dilemma der Notenbanken ist die extrem lockere Geldpolitik seit der Weltfinanzkrise des Jahres 2009. Die Eurogeldmenge stieg seitdem von vier auf knapp elf Billionen Euro – viel schneller als die reale Wirtschaft. Die Menge der in Umlauf befindlichen Dollars (die sogenannte Geldmenge M1) explodierte im selben Zeitraum sogar von zwei auf 19 Billionen. Irgendwo dazwischen liegt die Expansion der Geldmenge in Großbritannien und Japan. Damit wurde weltweit die Grundlage für eine kräftige Geldentwertung gelegt, die nun kaum mehr zu verhindern ist.

PHARMAINDUSTRIE

Viele Risiken und Nebenwirkungen

Pfizer und Co. nutzten die Pandemie aus, um Knebelverträge auszuhandeln

Die zu Beginn der Corona-Pandemie herrschende Panik hat der US-Impfstoffhersteller Pfizer, der gemeinsam mit dem deutschen Unternehmen Biontech und dem chinesischen Pharmakonzern Fosun das mRNA-Vakzin Comirnaty alias Tozinameran entwickelte, möglicherweise genutzt, um kaufwilligen Staaten sittenwidrige Knebelverträge aufzuzwingen. Darauf deutet zumindest der als „Vertraulich“ eingestufte Entwurf eines „Herstellungs- und Liefervertrages“ hin, der von albanischen Regierungskritikern unter der Adresse gogo.al ins Internet gestellt wurde und nach deren Darstellung im Vorfeld der ersten Comirnaty-Lieferungen an das Balkanland entstand.

In dem von dem britischen IT-Sicherheitsexperten Ehden Biber weiterverbreiteten und jetzt noch um einen nahezu identischen Vertragsentwurf für das Geschäft mit Brasilien ergänzten Text heißt

es zunächst, dass praktisch alle Risiken, welche mit der Herstellung, dem Vertrieb und dem Einsatz des Vakzins verbunden seien, von dem Käuferstaat getragen werden müssten. Das gelte auch für den Fall jeglicher Nebenwirkungen und Impfschäden. Außerdem steht explizit in dem Papier: „Der Käufer erkennt an, dass die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind.“

Höchst aufschlussreich ist des Weiteren auch folgende Passage: Der Produzent des Impfstoffes hafte weder für nicht eingehaltene Liefertermine noch für unterschrittene Liefermengen oder unbrauchbare Chargen. Darüber hinaus enthalten die beiden angeblichen Entwürfe noch eine Klausel, welche faktisch darauf hinausläuft, dass der Käuferstaat die aus-

drückliche Verpflichtung eingeht, andere Medikamente oder Impfstoffe gegen Covid-19 so lange vom Markt fernzuhalten, bis das Vakzin von Pfizer/Biontech/Fosun fertig entwickelt und einsatzbereit ist.

Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei den beiden Vertragsentwürfen – sofern diese tatsächlich authentisch sind, worauf zumindest im Falle der brasilianischen Variante eine eindeutige elektronische Signatur hindeutet – um keine Einzelstücke handelt, sondern andere Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland Vergleichbares vorgelegt bekamen und vielleicht auch unterzeichnet haben.

Allerdings könnten dann noch geschlagene zehn Jahre vergehen, bis die Öffentlichkeit hierzulande Näheres darüber erfährt, denn in den Vertragstexten heißt es jeweils, der Inhalt der Abmachung solle mindestens zehn Jahre lang geheim bleiben. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Klage gegen Bankgebühren

Berlin – Laut einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) dürfen Banken ihren Kunden nur dann Kontogebühren berechnen, wenn diese zuvor ihre Zustimmung gegeben haben. Kreditinstitute müssen auch im Nachhinein die Zustimmung zu aktuellen Gebühren einholen. Klaus Müller, Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) befürchtet, dass die Kreditinstitute dazu übergehen könnten, Kunden, die zu viel gezahlte Gebühren zurückverlangen, mit der Kündigung ihrer Konten zu drohen. In Einzelfällen ist das schon geschehen. Eine Sparkasse hatte eine Kontobeziehung mit einem Kunden aufgelöst, was laut vzbv unzulässig ist und dem gesetzlichen Grundversorgungsauftrag der Sparkassen widerspricht. Sollte dieses Beispiel Schule machen, drohen die Verbraucherschützer mit einer Klage gegen die betroffenen Banken. *MRK*

Kreml fürchtet hohe Verluste

Moskau – Russland will sich an den Klimazielen der EU beteiligen und hat wegen der hohen Luftverschmutzung durch die Schwerindustrie ein Programm zur Verbesserung der Luftqualität aufgelegt. Probleme bereitet dem Kreml allerdings die Einführung einer CO₂-Grenzsteuer (CBAM). Diese ist Teil des europäischen Klimaschutzprogramms, das Importe aus Ländern, die weniger strengen Klimaschutz betreiben, mit Abgaben belegt. Russland, das als Europas größter Öl- und Gaslieferant die energieintensivsten Produkte in die EU exportiert – 2019 lieferte das Land Düngemittel, Aluminium, Stahl, Strom und Zement für rund zehn Milliarden Euro – sieht darin eine Wettbewerbsbeschränkung. Wegen der befürchteten Verluste bereitet es eine Klage bei der Welthandelsorganisation vor. Im günstigsten Fall würde die Umsetzung von CBAM das Land 6,6 Milliarden Euro kosten. Moskau fühlt sich auch deshalb benachteiligt, weil die riesigen Waldbestände des Landes nicht in die Berechnung der Grenzsteuer einfließen. *MRK*

ANZEIGE

Drei Gründe, warum Sie jetzt AfD wählen sollten:

X Für unsere Kinder und Enkel.

Familie bedeutet Geborgenheit. Doch immer weniger junge Menschen trauen sich heute noch Familien zu gründen – zu groß sind da die Zukunftsängste, zu gering ist die Unterstützung der Politik. Wir halten den Familien den Rücken frei – mit umfangreichen Familienleistungen und einer familienfreundlichen Steuerpolitik. Damit sich junge Paare zuversichtlich für Kinder entscheiden können.

Für unsere Zukunft.

X Für unsere Sicherheit.

Allerorts sehen wir die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung. Unsere Städte werden teurer und gleichzeitig verwahrlosten ganze Bezirke. Viele Bürger fühlen sich nicht mehr sicher auf deutschen Straßen. Die innere Sicherheit hat für uns allerhöchste Priorität. Wir stärken Rettungsdiensten, Polizei und Justiz den Rücken – mit angemessener Besoldung, modernster Ausrüstung und einem konsequenten Migrationsrecht.

Für unsere Sicherheit.

X Für unsere Arbeitsplätze.

Wir alle wollen mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Dazu brauchen wir sichere Arbeitsplätze und verlässliche Infrastruktur. Noch ist Deutschlands Industrie robust. Doch mehr sehen sich die Sorgen vor dem wirtschaftlichen Niedergang. Die Lockdown-Politik der Bundesregierung hat einen Scherbenhaufen hinterlassen. Selbstständige, kleine Unternehmen und der Mittelstand spüren es bereits am eigenen Leib. Zusammen mit der Wirtschaft kämpfen wir für jeden Arbeitsplatz.

Für unseren Wohlstand.

Deutschland. Aber normal.

V.i.S.d.P.: AfD-Bundesgeschäftsführer, H. H. Malcomeß, Schülstraße 9, 10785 Berlin.

KOMMENTAR

Eine Gefahr für die Bildungsnation

JOSEF KRAUS

Seit Jahrzehnten schieben die Bundesländer, namentlich deren Bildungsminister, ein gewaltiges Problem vor sich her: die unzureichende Versorgung der Schulen mit genügend und mit gut qualifizierten Lehrern. Offenbar sind die politisch Verantwortlichen nicht willens, dieses Problem vorausschauend anzugehen. Sprich: Die Landesregierungen schauen selten über das Ende einer Legislaturperiode hinaus. Mit fatalen Folgen für die deutsche Bildungsnation.

Dabei wären die Planzahlen recht gut fixierbar. Man kennt alle fünf Umstände, die den Lehrerberuf ausmachen, recht konkret. Man weiß erstens, wie alt Deutschlands Lehrer im Durchschnitt sind und wie viele in den nächsten 15 bis 20 Jahren ersetzt werden müssen. Man weiß zweitens auf mindestens 15 Jahre hinaus, wie viele Schüler es geben wird. Der Grundschüler des Jahres 2027 ist schon geboren, der Gymnasiast des Jahres 2031 und der Berufsschüler des Jahres 2037 ebenso. Drei weitere Größen, die den Lehrerberuf ausmachen, sind politische Setzungen: die Zahl der Wochenstunden, die Lehrer unterrichten müssen; die Größe der Klassen, die man haben will; und die Zahl an Stunden, die eine Klassenstufe pro Woche unterrichtet werden soll.

Ergo: Der Bedarf an Lehrpersonal ist zumindest auf mittlere Sicht sehr gut überschaubar. Er unterliegt keinen größeren Schwankungen und wäre somit besser planbar als der Personalbedarf der Wirtschaft, die oft rasch sich verändernden Konjunkturzyklen unterliegt. Hausgemachte, also landesspezifische Fehler und Versäumnisse kommen hinzu, wenn etwa manche Bundesländer die Rahmenumstände des Lehrerberufes so miserabel gestalten, dass ihnen die Lehrer davonlaufen und ihr Auskommen in anderen Bundesländern suchen.

Grundsätzlich gilt aber auch: Der Lehrerberuf ist für leistungs- und karriereorientierte junge Leute oft nicht mehr attraktiv: aufgrund schlechter Statusbedingungen, aber auch wegen der Überfrachtung von Schule mit gesellschaftlichen Problemen: Verhaltensauffälligkeiten, mangelnder familiärer Rückhalt, hoher Migrantenanteil usw.

Was ist zu tun? Kurz- und mittelfristig ist ein konkretes Maßnahmenbündel notwendig.

Werbung für den Beruf: Die Kultusministerien sind aufgefordert, unter den Abiturienten für den Lehrerberuf zu werben. Dies muss in einer Weise geschehen, die den Bedarf schulformspezifisch, fächerspezifisch, länderspezifisch und berufsspezifisch differenziert. Erforderlich ist auch eine Image-Kampagne für den Lehrerberuf. Für viele potentielle Lehramtskandidaten ist die ideelle Anerkennung ebenso wichtig wie die materielle. Gesellschaft, Öffentlichkeit und Politik müssen hier Abstand nehmen von Vorurteilen über den Lehrerberuf und sich öffentlich zu seiner Bedeutung bekennen.

Steigerung der Attraktivität: Der Lehrerberuf muss materiell so ausgestattet sein, dass er mit anderen akademischen Berufen hinsichtlich Besoldung und Leistungsanreizen mithalten kann. Das gilt auch für die Anwärterbezüge; sie müssen so dotiert sein, dass sie konkurrenzfähig sind mit der Entlohnung von Berufsanfängern im außerschulischen Bereich.

Umsteigerprogramme: In begrenztem Umfang ist eine Rekrutierung von Lehrern durch Umsteigerprogramme denkbar. Das heißt, die Ministerien sollten Ausschau halten nach Studenten affiner Fächer, die bereit sind, in ein entsprechendes Lehramtsfach umzusatteln.

Sicherung der Ausbildungskapazitäten: Die universitären und schulpraktischen Ausbildungskapazitäten wurden in den vergangenen Jahren zum Teil reduziert. Sie müssen wiederhergestellt bzw. dem Ausbildungsbedarf angepasst werden.

Förderung der bundesweiten Mobilität der Lehrer: Die Bundesländer sind aufgefordert, die Praxis der gegenseitigen Anerkennung der Lehramtssexamina zu verbessern. Das heißt, dass Bundesländer, die in der Lehrerausbildung Sonderwege beschreiten (siehe Stufenlehramt), von dieser mobilitätshemmenden Praxis Abstand nehmen und wieder zu einer schulfachbezogenen Lehrerbildung zurückkehren.

● **Josef Kraus** war bis 2015 Gymnasialdirektor in Niederbayern sowie von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.



Bankrotterklärung eines Regimes: Am 13. August 1961 riegelte der SED-Staat die innerdeutsche Grenze ab

Foto: pa

LEITARTIKEL

Lehren eines Jahrestags

RENÉ NEHRING

Unter den vielen Gedenktagen der deutschen Geschichte ist der 13. August – der Tag, an dem 1961 die Berliner Mauer errichtet wurde – einzigartig. Das „Exklusive“ an diesem Tag ist jedoch weniger, dass er für die gewaltsame Teilung des Vaterlandes steht. Auch andere Länder und Nationen waren oder sind als Folge religiöser, ethnischer oder politischer Konflikte geteilt, man denke an den US-amerikanischen Sezessionskrieg oder an den Russischen Bürgerkrieg in den 1920er Jahren oder an den Korea-Krieg. Auch die Teilung einer Weltstadt gab es andersorts, siehe Jerusalem.

Was den 13. August 1961 so besonders macht ist die offene Kapitulation eines Regimes vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Zwar feierte die DDR-Propaganda die Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ als Triumph gegen die „imperialistische Hetze“ des Westens – doch bedeutete die Errichtung von Mauer und Stacheldraht samt Schießbefehl nichts anderes als das Eingeständnis der kommunistischen Machthaber in Ost-Berlin, dass sie selbst nicht mehr daran glaubten, ihre Bürger ohne Gewalt im Land halten zu können. Wie verzweifelt muss eine Staatsführung sein, damit sie vor den Augen der Welt zu einem solchen Mittel greift?

Geflohen sind die Bürger vor einem Regime, das sie nicht nur politisch entmündigte, sondern ihnen bis in alle Lebensbereiche hinein vorschrieb, was sie zu tun und zu lassen hatten. Es waren ja nicht nur die politisch Andersdenkenden, die es im „Arbeiter- und Bauernparadies“ nicht mehr aushielten. Die Enteignungen und ideologischen Vorgaben in der Wirtschaft trieben Unternehmer und Fachleute aus dem Land. Vermieter verloren das Interesse an Investitionen in ihre Häuser, weil diese mehr kosteten als sie im Land der festen Mieten einbrachten. Innovationen blieben zunehmend aus, weil Entwickler allzu oft erfuhren, dass diese nicht gewollt waren. Generell erstarb jegliche Eigeninitiative, weil sie von den Herrschenden nicht toleriert wurde. Das alles trieb die Menschen vor dem Mauerbau aus dem Lande – danach trieb es die Verbliebenen in die innere Emigration.

Bedenkliche Entwicklungen

Die Bedeutung der Mauer wurde nicht zuletzt in dem Moment deutlich, als sie wieder verschwand. Als am 9. November 1989 die innerdeutsche Grenze geöffnet wurde, waren die Tage des SED-Staats gezählt. Ohne äußeren Zwang war dieser schlicht nicht überlebensfähig.

Natürlich hinken historische Vergleiche immer, und natürlich ist die Bundesrepublik Deutschland – nicht nur zeitlich

– weit von den Verhältnissen des Jahres 1961 entfernt. Und doch gab und gibt es gerade in jüngerer Zeit Ereignisse, die nachdenklich stimmen müssen.

So wurden in den letzten Jahren immer wieder fundamentale Weichenstellungen wie die „Euro-Rettung“ für „alternativlos“ erklärt. In Thüringen wurde im vergangenen Jahr der demokratisch gewählte Ministerpräsident einer demokratischen Partei auf Zuruf der Bundeskanzlerin zum Rücktritt genötigt, weil er in geheimer Wahl Stimmen von der falschen Seite erhalten hatte. In Berlin hat die von dem früheren SED-Mitglied Andreas Geisel geführte Polizei wiederholt Gewalt gegen regierungskritische Demonstranten eingesetzt, sodass sich inzwischen sogar ein Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen einschaltete. Ebenfalls in Berlin versucht der Senat unter dem Vorwand günstiger Mieten ein Zurück zum sozialistischen Wohnungsbau. Und deutschlandweit wird seit Jahren die gesamte Volkswirtschaft umgekrempelt – und zwar nicht aufgrund ökonomischer Entwicklungen und Erfahrungen, sondern aufgrund politischer Vorgaben (Stichworte: Energie- und Verkehrswende mitsamt deren vielfältigen Begleiterscheinungen).

Wie gesagt: Historische Vergleiche hinken immer. Aber manchmal sind die Parallelen doch größer als es den Zeitgenossen bewusst ist.

PORTRÄT

Der Risiko-Abwäger

Ist jemand ein Impfgegner, der seinen minderjährigen Enkeln davon abrät, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen? In den Verdacht geriete schnell jeder, hieße er nicht **Thomas Mertens**. Der Mann ist Vorsitzender der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert Koch-Institut und stellte in der Talkshow von Markus Lanz auf dessen Frage nach den Enkeln klar: „Nein, gesunde Kinder würde ich jetzt im Augenblick nicht impfen lassen.“

Damit stellt sich der 71-jährige Virologe so ziemlich gegen alle, die bei der Impfdebatte in Politik und Medien den Ton angeben. Gerade zu Beginn des Schuljahres wird allerorten die Durchimpfung von Jugendlichen gefordert, weil sonst im Falle von Corona-Ausbrüchen wieder Schulschließungen drohen.

Doch Mertens, dieser Fels in der Brandung, warnt vor vorschnellem politischen Aktionismus. Die Studienlage gebe noch

keinen klaren Beleg darüber her, dass Jugendliche ab zwölf Jahren nicht doch schwere Nebenwirkungen durch das Impfen bekommen könnten. Und selbst wenn sie an COVID-19 erkranken, sei der Verlauf meistens sehr milde. Wozu also das Risiko einer Impfung eingehen?

Bei der Risikoabwägung hat sich Mertens seine von politischen Positionen un-

abhängige Stellung als Wissenschaftler bewahrt. Das ist fast schon einzigartig in einer Zeit, in der sich viele Virologen und Epidemiologen von der Politik vereinnahmen lassen. Der aus Freiburg stammende Hochschulprofessor und Experte für Herpesviren, der bis zu seiner Emeritierung 2018 das Institut für Virologie am Universitätsklinikum Ulm leitete, ist seit 2017 STIKO-Chef. Wohl auch deshalb, weil er Politikern nicht nach dem Mund redet, ist ein Umbau der Gesundheitsgremien im Gespräch. Ein neues Bundesgesundheitsamt soll zukünftig alle Strukturen bündeln. Ein solches gab es bereits bis 1994, wurde dann aber wegen eines Skandals um HIV-verseuchte Blutpräparate aufgelöst und in drei Nachfolgeinstitute aufgeteilt, darunter das Robert-Koch-Institut mit der STIKO. So dürfte jede künftige Regierung einen Querkopf wie Mertens besser im Griff haben.

H. Tews



FOTO: IMAGO IMAGES/SPIN

STIKO-Chef: Thomas Mertens

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der Glaube ist die beste Medizin

Die Franckeschen Stiftungen in Halle zeigen eindrucksvoll, wie „Heilen an Leib und Seele“ funktionierte

VON VEIT-MARION THIEDE

Bislang wurden die in Halle an der Saale angesiedelten Franckeschen Stiftungen ausschließlich als Schulstadt wahrgenommen. Nun aber steht erstmals ihre Gesundheitstopographie im Blickpunkt.

Anlass ist ein Jubiläum: Der vom preußischen Kurfürst Friedrich III. sowie seinem Sohn und Nachfolger König Friedrich Wilhelm I. in seinen pädagogischen, sozialen und religiösen Bestrebungen geförderte August Hermann Francke (1663–1727) legte vor 300 Jahren in seiner Schulstadt den Grundstein zu Deutschlands erstem Kinderkrankenhaus. Das Jubiläum feiern die Franckeschen Stiftungen im Historischen Waisenhaus mit der Sonderausstellung „Heilen an Leib und Seele“. Sie stellt uns das Kinderkrankenhaus sowie das Gesundheitskonzept des von dem evangelischen Theologen, Universitätsprofessor, Stifter wie Bauherren Francke und seinen Mitstreitern ins Leben gerufenen Halleschen Pietismus vor.

Francke gründete 1698 die später nach ihm benannte Schulstadt zum Zweck der Reform der Gesellschaft durch breite Bildung und Erziehung zur Selbstverantwortung nach christlichen Maßstäben. Seine Schulen und Internate besuchten Jungen und Mädchen. Unter ihnen waren Waisen sowie die Kinder von Armen, Bürgern und Adligen. Etwas abgerückt von den Schulgebäuden steht das ehemalige Kinderkrankenhaus. In ihm ist heute das Seel-sorgeseminar der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland untergebracht.

Früher wies das Gebäude im Ober- und Dachgeschoss sechs Räume für die Krankenpflege mit insgesamt 20 Betten auf. Ausgestellt ist der Nachbau eines Bettes, der sich an einer historischen Planzeichnung orientiert. Während damals üblicherweise mehrere Kinder zusammen in einem Bett schliefen, legte Francke fest, dass alle in der Schulstadt wohnenden Kinder über ein Einzelbett verfügten.



„Er vertraute Gott“: Das von Christian Daniel Rauch geschaffene Bronzedenkmal August Hermann Franckes Foto: Mauritius

Denn auf Hygiene legte er großen Wert. Und so war auch das Kinderkrankenhaus selbstverständlich an das für damalige Verhältnisse neuartige Röhrensystem angeschlossen, das die Gebäude der Schulstadt mit Frischwasser versorgte.

Ein Gebet vor der Arzneieinnahme

Zu Franckes Zeiten war der preußische Hofrat Johann Juncker leitender Arzt der Schulstadt. Er organisierte den Bau des Kinderkrankenhauses und besetzte dortige Pflegestellen mit Studenten der Universität von Halle. Die der Theologie kümmerten sich um die seelischen Leiden der Patienten, während Medizinstudenten am Kinderkrankenbett praktische Erfahrungen sammelten – und ebenso in

den von Juncker regelmäßig im Historischen Waisenhaus abgehaltenen kostenlosen Armensprechstunden. Das war eine für damalige Verhältnisse ungewöhnliche Sozialleistung, die allmonatlich um die 1000 Bedürftigen nebst den in den Laboren der Schulstadt hergestellten „Waisenhaus-Arzneien“ zugutekam. Die aber waren weit über Halle hinaus sehr begehrt. Der florierende Versandhandel der „Medikamenten-Expedition“ versorgte bis nach Russland, Indien und Nordamerika Kunden mit der Medizin der Halleschen Pietisten. Die Einkünfte trugen wesentlich zum Unterhalt der Schulstadt bei.

Neben Laborgeräten ist eine Rezeptsammlung zu den Waisenhaus-Medikamenten ausgestellt. Aufgeschlagen ist die

Doppelseite mit der Anleitung zur Herstellung der „Essentia dulcis“. Diese „Süße Essenz“ war der große Verkaufsschlager unter den Waisenhaus-Arzneien. Es handelte sich bei ihr um feinstverteilte Goldpartikel in Weingeist. Der Mediziner und pietische Theologe Christian Friedrich Richter hatte diese Goldtinktur auf der Grundlage eines Rezeptes entwickelt, das Francke geschenkt bekommen hatte. Richter erklärte die Essentia dulcis zur „in allen Krankheiten sicher zu gebrauchenden Universal-Arzney“. Sie habe eine enorm stärkende Wirkung auf den menschlichen Lebensgeist, den Richter mit der Seele gleichsetzte.

Ausstellungskurator Thomas Grunewald weist auf eine Besonderheit im Um-

gang mit den Waisenhaus-Medikamenten hin: Die Halleschen Pietisten verkündeten per Beipackzettel, dass die Patienten vor und nach der Einnahme der Medizin beten müssen, denn nur dann könne sie ihre Wirkung entfalten. Daher bezeichnet Grunewald sie als „Medikamente zur Heilung der Seele“.

Und gerade auf die Heilung der Seele kam es nach Auffassung der Halleschen Pietisten an. Die Seele steuere die Lebensfunktionen des Körpers und verbinde den Menschen mit Gott.

Grunewalds Mitkurator Holger Zaunstöck erklärt: „Wenn ein Mensch von einer Krankheit heimgesucht werde, so sei dies eine ernste göttliche Ermahnung, seine innere Glaubensverfassung zu prüfen. Auf dem Weg der Heilung war deshalb neben dem Körper auch der Zustand der Seele ins Lot zu bringen.“ Deshalb hielten die Halleschen Pietisten einen gefestigten Glauben und unbeirrbares Gottvertrauen für die beste Medizin.

Als Verkörperung dieses auf das Leibliche wie seelische Wohlergehen bedachten Gesundheitsprinzips tritt August Hermann Francke im Lindenhof der Stiftungen in Erscheinung. Sein hier 1829 enthaltene Bronzedenkmal entwarf der berühmte Bildhauer Christian Daniel Rauch. Auf hohem Sockel steht der Begründer des Kinderkrankenhauses in Begleitung eines Mädchens und eines Jungen. Er wendet sich den Kindern zu und zeigt dabei zum Himmel. Die Inschrift des Sockels lautet: „August Hermann Francke. Er vertraute Gott.“

● **Bis 13. Oktober** im Historischen Waisenhaus der Franckeschen Stiftungen, Halle an der Saale, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr. Eintritt: 6 Euro. Die Webseite www.francke-halle.de informiert darüber, ob und unter welchen Bedingungen das Museum geöffnet hat. Sollte es geschlossen sein, ist die digitale Version der Ausstellung jederzeit offen: www.francke-halle.de/de/ausstellungen-online

LITERATUR

Ein schwankendes Dichteridol

Mitbegründer des Historischen Romans – Vor 250 Jahren wurde der Schotte Sir Walter Scott geboren

Die Schotten schwanken noch. Sollen sie den „Scexit“ wagen, den schottischen Exit vom Vereinigten Königreich, um wieder der EU angehören zu können? Die Unabhängigkeitsbefürworter haben dazu als Propagandamittel ihr Dichteridol Sir Walter Scott auf den – allerdings sehr schwankenden – Schild gehoben. Mit ihm werben die Nationalisten für die Loslösung vom Königreich. An der Freiheitsliebe des am 15. August 1771 in Edinburgh geborenen Juristensohns gibt es keine Zweifel, an seiner Loyalität zum britischen König aber auch nicht.

In einigen seiner historischen Romane thematisiert Scott die früheren Freiheitskämpfe seiner Landsleute. So geht es in seinem Erstling „Waverly“ um den Jakobitenaufstand von 1745 des Bonnie Prince Charlie, wie Charles Edward vom schottischen Haus Stuart genannt wurde. Sein Versuch, den britischen Thron zu erobern wurde jedoch niedergemetzelt.

Im Zentrum des Romans steht aber eine fiktive Gestalt, dessen Name Waverly schon Programm ist, denn „waver“ heißt

übersetzt „schwanken“. Anfangs auf der Seite der Jakobiten, der konservativen Tories und einer heißblütigen Highlanderin entscheidet sich der Held am Ende für die progressiven Whigs, den Engländern und einem stillen häuslichen Blondchen.

Scott selbst war ähnlich hin- und hergerissen. Zeit seines beruflichen Lebens verfasste er Beiträge für eine Zeitschrift, die als Sprachrohr der schottischen Tories diente. Als er königlicher Hofdichter werden sollte, lehnte er ab, doch die Adelserhebung zum Baronet durch King George IV. aus dem in Schottland verhassten Haus Hannover nahm er dankend an.

In seinem Werk zeigt sich eine ähnliche Unentschlossenheit. In der Mode der Zeit fing er mit Versdichtungen an. Doch als er sich vom Dichterkollegen Lord Byron darin überflügelt sah, nahm er ab 1814 Zuflucht zur Prosa. Die hatte damals einen so schlechten Ruf, dass er „Waverly“ anonym veröffentlichte. Alle folgenden Werke, darunter so namhafte Titel wie „Rob Roy“ über den schottischen Volkshelden, „Das Herz von Midlothian“,

„Ivanhoe“ oder „Die Braut von Lammermoor“, aus der Donizetti später seine bekannte Oper bastelte, erschienen nur mit dem Hinweis: Vom Autor von „Waverly“.

Der auf großem Fuß, aber ständig kurz vorm finanziellen Ruin lebende Scott schrieb wie am Fließband, um sich über Wasser zu halten. In 18 Jahren bis zu sei-



Scotts „Ivanhoe“: Verfilmung von 1952 mit Robert Taylor und Elizabeth Taylor

nem Tod 1832 verfasste er neben 28 Romanen eine dicke „Geschichte Schottlands“ und eine neunbändige Napoleon-Biographie. Mit seinen Romanen entwickelte er jedoch ein neues Genre: den Historischen Roman, in dem er eine fiktive Gestalt in einer realen Vergangenheit auftreten ließ.

Das passte in die Zeit der Romantik, in der sich die nationale Identität aus einem Geschichtsbewusstsein heraus bildete. Manzoni in Italien, Stendhal, Dumas und Hugo in Frankreich, Puschkin und Tolstoj in Russland oder Hauff, Freytag und Fontane in Deutschland sollten diesem Vorbild folgen. Dabei hat der germanophile Scott, der den „Erlkönig“ und „Götz“ von Goethe ins Englische übertrug und mit ihm auch korrespondierte, seinerseits auf ein deutsches Vorbild zurückgegriffen. Er kannte die Romane der Leipziger Autorin Benedikte Naubert (1752–1819), die als Erste solche historische Romane schrieb. Während sie und ihre Werke heute vergessen sind, wurde der Name Scott zum Markenzeichen. So schwankend kann Literaturgeschichte sein. Harald Tews

● MELDUNG

Kollwitz gibt Antworten

Köln – Das Käthe-Kollwitz-Museum präsentiert vom 19. August an zwei neue Ausstellungen. Bis zum 29. August ist Jan Kollwitz, der Urenkel der ostpreußischen Bildhauerin Käthe Kollwitz, zu Gast mit „Feuer und Erde“. Gezeigt werden Keramikarbeiten, die er in traditionell japanischer Technik anfertigte und in einem originalen Anagama-Ofen brannte. Jan Kollwitz wird während der gesamten Ausstellungsdauer im Museum anwesend sein und den Besuchern im persönlichen Gespräch Einblick in seine Arbeit geben. Bis zum 26. September ist die Ausstellung „Der Ausdruck der Augen vergrübelt und fern“ zu sehen, in der Porträts der Künstlerin von namhaften Politikern, Künstlerkollegen, aber auch von unbekanntem Frauen und Männern im Fokus stehen. Erstmals gezeigt wird auch eine in der Kollwitz-Sammlung jüngst eingegangene Dauerleihgabe: ein Ölgemälde, das den jungen Neffen der Künstlerin zeigt. Internet: www.kollwitz.de tws

FRIEDENSVERTRAG

Berlin statt
Versailles

Der Gegensatz zwischen den beiden US-Präsidenten Donald Trump und Joe Biden zeigt es symptomatisch: Die Republikaner neigen tendenziell eher zum Isolationismus und Bilateralismus, die Demokraten eher zum Multilateralismus, Imperialismus und Interventionismus. Ähnlich verhielt es sich bereits vor hundert Jahren. Wäre es nach dem demokratischen Präsidenten Woodrow Wilson gegangen, unter dem die USA in den Ersten Weltkrieg eingetreten wären, wären die USA wohl nicht nur seinem Kind, dem Völkerbund, beigetreten, sondern hätten auch das Versailler Diktat ratifiziert. Nach dem Ersten Weltkrieg ging es bis zur Weltwirtschaftskrise und der Wahl von Franklin D. Roosevelt mit den Demokraten jedoch erst einmal bergab und

Eine bilaterale
Schiedskommission
wie bei TTIP

die US-amerikanische Politik wurde entsprechend isolationistischer.

Aus den 34. Präsidentschaftswahlen vom 2. November 1920 ging der Republikaner Warren G. Harding als Sieger hervor. Bereits einige Monate vorher, am 19. März 1920, hatte der Kongress es mit seiner republikanischen Mehrheit abgelehnt, das Versailler Diktat und das Völkerbundstatut zu ratifizieren. Als Ersatz für die Pariser Vorortverträge strebten die USA Separatfrieden mit den Kriegsverlierern an, denen sie 1917 den Krieg erklärt hatten, beziehungsweise deren Nachfolgestaaten. Verständlicherweise reagierte die deutsche Seite positiv, musste sie doch froh sein über jede Siegermacht, die aus der Phalanx des Versailler Diktats ausschied. Vor 100 Jahren, am 25. August 1921, unterzeichneten der Reichsminister des Auswärtigen, Friedrich Rosen, und der Commissioner der USA in Deutschland, Ellis Loring Dresel, in Berlin den Separatfrieden.

Wenn die Friedensregelung mit den USA auch kein Diktat wie Versailles war, so spiegelt doch auch sie wider, wer den Krieg gewonnen und wer ihn verloren hatte. So erkannte das Reich grundsätzlich die US-amerikanische Position an, dass ihr auch ohne die Ratifizierung von Versailles die in Versailles zugesprochenen Rechte zustünden. Mit der Macht des Siegers setzte Washington bei dieser Friedensregelung einen Regelungsmechanismus durch, den es auch beim nicht zustande gekommenen Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) durchzusetzen versucht hat: die Lösung von Streitigkeiten mittels bilateraler Schiedskommissionen. Als Pfand bis zu einer schiedlichen Lösung behielten die USA in diesem Falle das im Krieg von ihr beschlagnahmte deutsche Vermögen. Die Details wurden am 10. August 1922 in einem diesbezüglichen bilateralen Abkommen geregelt. Die German American Mixed Claims Commission, wie die Schiedskommission in diesem Falle hieß, brauchte zehn Jahre, um über insgesamt 20.000 Ansprüche mit einem Volumen von rund 200 Millionen US-Dollar zu entscheiden. Aufgrund der Entscheidungen der Kommission leistete Deutschland Zahlungen bis in die 70er Jahre. *Manuel Ruoff*

ATLANTIK-CHARTA

Als die USA zur globalen
Führungsmacht wurden

Vor 80 Jahren legten Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill ihre Prinzipien einer weltweiten Kooperation dar. Diese gilt als wichtiger Markstein auf dem Weg zur Gründung der Vereinten Nationen

VON ERIK LOMMATZSCH

Die hehre und zugleich naive Idee, die Menschheit könne einen dauerhaften Weltfrieden herstellen, ist alt. Als konkretes Unterfangen, Kriege zwischen den Staaten künftig ganz zu unterbinden, gelten die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907. Mit seinem 14-Punkte-Programm vom Januar 1918 wollte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson nicht nur das weltkriegerschütterte Europa ordnen, sondern er dachte global und sprach davon, dass eine „allgemeine Gesellschaft der Nationen“ geschaffen werden müsse. Apostrophiert wird Wilson gern als „Initiator des Völkerbundes“, der im Januar 1920 gegründet wurde.

Angesichts des Zweiten Weltkrieges hat der Völkerbund, der formal bis zum April 1946 bestand, bei seiner Hauptaufgabe, der friedlichen Beilegung von Konflikten, versagt. Die Interessengegensätze ließen sich nicht annähernd ausgleichen. Das Deutsche Reich etwa erklärte im Oktober 1933 seinen Austritt, die Sowjetunion wurde 1939 ausgeschlossen, die USA hatten ihm gar nicht erst angehört.

Treffen auf der „Prince of Wales“

Vor 80 Jahren, am 14. August 1941, wurde die Atlantik-Charta bekannt gemacht. Diese Erklärung gilt als maßgeblich für das Zustandekommen der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegründeten Vereinten Nationen (UN). Die Initiative

hatten der britische Premierminister Winston Churchill und abermals ein US-Präsident, Franklin D. Roosevelt, ergriffen. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war der Handlungsdruck verstärkt worden.

Keine zwei Wochen zuvor hatten zudem Vertreter Großbritanniens und anderer Commonwealth-Staaten mit den Repräsentanten von acht Exil-Regierungen sowie Vertretern von France libre (freies Frankreich) in London die Erklärung von St. James verabschiedet. Diese gilt als erste gemeinsame Zielfestlegung von alliierten Verbündeten des Zweiten Weltkrieges. Unter anderem heißt es dort, die einzige Basis eines dauerhaften Friedens sei „die Bereitschaft freier Völker zur Zusam-

menarbeit in einer von der Bedrohung der Aggression befreiten Welt“.

Churchill und Roosevelt waren vom 9. bis zum 12. August 1941 zusammengetroffen, unter höchster Geheimhaltung. Die beiden Regierungschefs vereinbarten auf dem britischen Schlachtschiff „Prince of Wales“ vor der kanadischen Insel Neufundland die Atlantik-Charta.

Im Vorsatz betonten sie, es handle sich um „gewisse allgemeine Grundsätze der nationalen Politik ihrer beiden Länder“, von denen sie „eine bessere Zukunft für die Welt erhoffen“. In acht Punkten erfolgt die Darlegung. Erstens erklären sie, ihre Staaten „streben nach keiner Vergrößerung“, zweitens, sie „wünschen keine territorialen Änderungen, die nicht mit

dem frei zum Ausdruck gebrachten Wunsch der betreffenden Völker übereinstimmen“. Drittens sei es „das Recht aller Völker, sich die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen“, dort, wo die Selbstregierung „mit Gewalt genommen“ wurde, solle sie wieder hergestellt werden. Viertens wird postuliert, dass „künftig alle Staaten ... Zugang zum Handel und den Rohmaterialien der Welt haben“ sollten. Die „engste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet“ wird im fünften Punkt „gewünscht“. Sechstens erklären Roosevelt und Churchill, sie hofften „nach der endgültigen Vernichtung der Nazityrannie ... auf einen Frieden, der allen Nationen die Möglichkeit bietet, innerhalb der eigenen Grenzen sicher zu leben“. Der siebente Punkt führt fort, ein solcher Friede müsse es gestatten, „ungehindert die Meere und Ozeane zu überqueren“. Unter dem abschließenden achten Punkt erklären sie, dass „sie glauben, dass alle Nationen der Welt ... dazu kommen werden, auf Gewaltanwendung zu verzichten“.

Da künftig der Friede nicht aufrechtzuerhalten sei, solange Rüstungen „von Nationen weiterhin zum Angriff außerhalb der Grenzen eingesetzt werden“, hielten sie es für wesentlich, „diese Nationen zu entwaffnen, bis ein umfassenderes und dauerhaftes System der allgemeinen Sicherheit geschaffen wurde“. Zu unterstützen sei jeder Schritt, „der dazu dient, friedliebenden Völkern die erdrückende Last der Rüstung zu erleichtern“.

Wendepunkt in der US-Außenpolitik

Die Atlantik-Charta wird als endgültiger Wendepunkt in der US-Außenpolitik angesehen, die sich zuvor auf Neutralität berufen hatte. Eine Abkehr davon war allerdings schon mit dem im Februar 1941 verabschiedeten Lend-Lease Act (Leih- und Pachtgesetz) deutlich geworden. Damit waren US-amerikanische Waffenlieferungen an Kriegsgegner der Achsenmächte möglich. Im Dezember 1941 traten die USA schließlich selbst in den Krieg ein. Vor allem aber markiert die Atlantik-Charta den Beginn der weltpolitischen Führungsrolle der USA.

Die Sowjetunion, France Libre sowie neun europäische Exilregierungen unterzeichneten die Vereinbarungen am 24. September 1941. Die Declaration by United Nations (Deklaration vereinter Nationen) wurde am 1. Januar 1942 in Washington verabschiedet, auch China unterstützte damit die Prinzipien der Atlantik-Charta.

Mit der Akzeptanz der „Grundsätze“ war es nicht allzu weit her, sofern sie mit Interessen der Unterzeichner kollidierten. So hatte sich Churchill von Anfang an gegen eine Anwendung der Atlantik-Charta auf das Commonwealth verwahrt. Auch die Sowjetunion entschied später über ihren Einflussbereich nach eigenem Gutdünken. Polen wollte seine Ansprüche auf Danzig, Ostpreußen und Oberschlesien ebenso wenig zurückstellen wie die Tschechoslowakei auf das Sudetenland.

Dennoch war beharrlich an der Verfestigung der Idee des abermaligen allumfassenden internationalen Zusammenschlusses gearbeitet worden. Als weitere Stationen auf dem Weg zur UN gelten die Treffen von Vertretern Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz von 1943, auf der Konferenz von Dumbarton Oaks von 1944, hier unter Beteiligung Chinas, sowie Vereinbarungen zwischen Churchill, Roosevelt und Josef Stalin auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945.

Die Charta der Vereinten Nationen trat schließlich am 24. Oktober 1945 in Kraft. Der Verlauf der weiteren Geschichte, die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Staaten bis heute, wenn auch nicht im Weltkriegsmaßstab, sowie die Existenz freiheitsfeindlicher Regime zeigen die engen Grenzen der schlichten Wirksamkeit dieses globalen Zusammenschlusses und dessen Ausnutzbarkeit für Sonderinteressen.

Anglo-amerikanische Staatsführer



Woodrow Wilson war vor Franklin D. Roosevelt der letzte US-Präsident, den die Demokraten stellten. Er amtierte von 1913 bis 1921 (siehe Artikel links).

Franklin D. Roosevelt strebte analog zu seinem Parteifreund Woodrow Wilson für die Nachkriegszeit ein Pendant zum Völkerbund an, die Vereinten Nationen

Winston Churchill war pragmatischer und sowjetkritischer als Roosevelt. Der britische Premier amtierte von 1940 bis 1945 sowie von 1951 bis 1955



Vor 80 Jahren an Bord der „Prince of Wales“: Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill (sitzend, von links)

Foto: Mauritius

TRANSPORTWESEN

Von der Trage zum Automobil

Was wären die Menschen ohne das Rad? Dessen Erfindung entfachte eine ungeahnte Dynamik

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Anbeginn seiner Existenz transportierte der Mensch Dinge von einem Ort zum anderen und bewältigte auch selbst größere Distanzen. Zunächst setzte er dabei Reitbeziehungsweise Tragtiere ein, später wurden Lasten teilweise mittels Rollen oder Schlitten fortbewegt. Dann kam es vor rund 6000 Jahren infolge der Erfindung des Rades zum ersten großen Innovationsschub im „Verkehrswesen“. Noch im Verlauf der Steinzeit begann der Homo sapiens nun, zwei- und vierrädrige Wagen aus Holz zu nutzen.

Lange hieß es, solche Gefährte seien zuerst in Mesopotamien oder Vorderasien gebaut worden. Inzwischen gehen die Prähistoriker aber davon aus, dass das Primat hier wohl eher der nordischen Trichterbecherkultur zukommt, die bereits zwischen 3450 und 3300 v. Chr. Wagen verwendete. Wobei diese offenbar zunächst nur im Rahmen religiöser Riten zum Einsatz kamen und erst später alltagspraktische Bedeutung erlangten.

In der Bronze- und Eisenzeit erfolgten dann sukzessive Modernisierungen der Transportmittel. Zu den wichtigsten zählten dabei die Einführung beweglicher Achsen zur besseren Lenkung sowie leichter Räder mit Speichen. Danach stagnierte die Entwicklung, obwohl Imperien wie das Römische Reich ein ausgedehntes Straßennetz schufen. So gab es dort im Jahre 100 n. Chr. bereits 65.000 Kilometer gepflasterter Straßen, womit bereits die Straßendichte im Imperium Romanum in etwa der Autobahndichte in der Europäischen Union von heute entsprach.

Neu war damals lediglich, dass durch die befestigten Straßen nun auch von Pferden gezogene Kutschen benutzt werden konnten, als deren Erfinder indes nicht die Römer, sondern die Kelten gelten. Andererseits musste der Bau von Straßen aber keineswegs zwingend zur Vervollkommnung der Verkehrsmittel führen, wie das Beispiel der Maya in Mittelamerika zeigt: Deren Sacbéob (Weiße Wege), welche sich manchmal über 100 Kilometer von Siedlung zu Siedlung zogen und eine Breite von bis zu zehn Metern hatten, dienten niemals dem Trans-

port von Gütern oder Personen, sondern lediglich als Prozessionsstraßen.

Während des Mittelalters herrschten die gleichen primitiven Zustände wie zur Zeit der griechisch-römischen Antike. Man beschränkte sich auf den Einsatz von Reit- und Lasttieren, schweren Ochsenkarren und etwas leichteren Pferdekar-

ren Ferdinand Verbiest, welcher um 1670 das funktionsfähige Modell eines „Automobils“ mit Dampfantrieb baute und am Hofe des chinesischen Kaisers Kangxi in Peking vorführte.

Den endgültigen Durchbruch brachte allerdings erst die Industrielle Revolution, die ab etwa 1760 von England ausging.

terter Pisten führten bald immer mehr akribisch geplante und solide gebaute, möglichst geradlinig geführte Chausseen beziehungsweise „Kunststraßen“, bei denen man nunmehr auch den Untergrund befestigt hatte, durch die Landschaft.

Trotzdem setzten sich die selbstfahrenden Straßenfahrzeuge mit Dampfan-

trieb und kontinuierliche Verbesserung des Verbrennungsmotors. Am 26. Oktober 1860 erhielt der aus Salzburg stammende Christian Reithmann mehrere Patente auf einen Viertaktmotor, die er alsbald an Nicolaus Otto veräußerte. Dessen Ottomotor wurde später von Wilhelm Maybach und Gottlieb Daimler zur Seri-



Uralte Menschheitserfindung: Das Rad damals ...



... und heute: Bei E-Autos wollen Automobilfirmen wie VW das Rad neu erfinden

schon sowie Schiffen für den Transport zu Wasser. Stimmen, wie die des Franziskaners Roger Bacon, welcher in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts davon träumte, „Karren zu bauen ..., die sich bewegen und in Bewegung bleiben, ohne geschoben oder von irgendeinem Tier gezogen zu werden“, verhallen ungehört.

Erstes Auto auf vier Rädern um 1670

Zumindest bis zum Aufkommen des Frühkapitalismus im 16. Jahrhundert. Dann machte die engere wirtschaftliche Vernetzung in Europa und die Zunahme des Fernhandels zwingend Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse nötig. Damit schlug jetzt auch die Geburtsstunde der selbstfahrenden Fahrzeuge. Pionier war hier wohl der flämische Jesuiten-Missio-

Auf der einen Seite gab es nun ein bisher nie gekanntes, radikales Streben nach Effektivität, auf der anderen Seite eröffneten sich durch die 1769 von James Watt optimierte Dampfmaschine gänzlich neue Möglichkeiten. Nun konnte man die Muskelkraft von Tier und Mensch tatsächlich komplett durch Technik ersetzen und so quasi „Raum und Zeit vernichten“, wie Heinrich Heine den Vorgang später treffend beschrieb. Infolgedessen entstanden die ersten echten Dampfautomobile wie der „Fardier“ des französischen Artillerieoffiziers Nicholas Joseph Cugnot und die Straßenlokomotive „Puffing Devil“ des britischen Ingenieurs Richard Trevithick.

Gleichzeitig wurde der Straßenbau wieder intensiviert und auf ein höheres Niveau gehoben. Statt einfacher gepflas-

terien Betrieb deutlich höhere Kosten verursachte als der von Pferdekarren, welche zu Beginn des 19. Jahrhunderts immerhin mit zehn Stundenkilometern „dahinfliegen“ konnten.

Dann brach im April 1815 der indonesische Vulkan Tambora aus und schleuderte derart viel Eruptionsmaterial in die Atmosphäre, dass 1816 auf der Nordhalbkugel zum „Jahr ohne Sommer“ geriet. Hierdurch gab es verbreitet Missernten, weswegen viele Pferde wegen Futtermangels starben oder notgeschlachtet werden mussten. Das bewirkte ein Umdenken, was die Attraktivität und Wirtschaftlichkeit von „Selbstfahrern“ aller Art betraf.

Den letzten Ausschlag für den Siegeszug des Automobils gab dabei die Erfin-

denreife gebracht. Die erste Tour mit einem Fahrzeug mit Verbrennungsmotor unternahm allerdings Étienne Lenoir. Das „Hippomobile“ des gebürtigen Luxemburgers bewältigte im September 1863 die gesamte 18 Kilometer lange Strecke von Paris nach Joinville-le-Pont und zurück.

Wirklich praxistauglich war erst der Patent-Motorwagen Nummer 1 des deutschen Automobilpioniers Carl Benz, der am 3. Juli 1886 in Mannheim der staunenden Öffentlichkeit vorgeführt wurde. Und mit dem Nachfolgemodell Benz Velo begann dann 1894 auch der Serienbau von Kraftfahrzeugen für den Verkauf an zahlende Kunden. Damit fand die Hauptphase der Revolutionierung des Transportwesens zu Lande jenseits der Schiene ihren vorläufigen Abschluss.

BUNDESVERDIENSTORDEN

Bei Deutschlands klassenlosem Orden heißen die Klassen „Stufen“

Vor 70 Jahren stiftete Bundespräsident Theodor Heuss die einzige allgemeine Verdienstauszeichnung der Bundesrepublik

Während die erste deutsche Republik gänzlich auf Orden verzichtete, kam die Bundesrepublik nur zwei Jahre ohne aus. Anfänglich versuchte Nachkriegsdeutschland, statt mit Orden mit wertvollen Sachgeschenken seinen Dank zum Ausdruck zu bringen, doch monierte bereits der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, dass Porzellanservice oder Ähnliches sich nicht an den Frack hängen ließen. Der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, betrachtete Orden als eine Hilfe, „breite Volksschichten in eine innere Verbundenheit zum heutigen Staat zu bringen“. Auch die sozialdemokratische Opposition stand einem Verdienstorden nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wünschte die klassenlose Gesellschaft jedoch wenigstens in der Ordensgemeinschaft realisiert zu sehen.

So stiftete der Bundespräsident am zweiten Gründungstag der Bundesrepub-

lik Deutschland einen klassenlosen Verdienstorden „in dem Wunsche, verdienten Männern und Frauen des deutschen Volkes und des Auslandes Anerkennung und Dank sichtbar zum Ausdruck zu bringen“.

Da ungeachtet der von den Sozialdemokraten gewünschten Klassenlosigkeit einige Ordenträger gleicher sein sollten und wollten, wurde als (verlogene) Lösung eine ungewöhnliche Einteilung in Stufen gewählt. Dabei orientierte man sich mehr oder weniger an der traditionellen Klasseneinteilung.

Ursprünglich stand ganz unten das Verdienstkreuz am Bande. Es folgte das an der Brust zu tragende Steckkreuz, das später in Verdienstkreuz 1. Klasse umbenannt wurde.

Oberhalb des Verdienstkreuzes rangiert das Große Verdienstkreuz. Dieses Große Verdienstkreuz wird von Herren am Halsband und von Damen an der Da-



Mit der Sonderstufe des Großkreuzes des Bundesverdienstordens: Elisabeth II. und ihr Ehemann Philip 1992 in Brühl

menschleife getragen. Das nächstfolgende Große Verdienstkreuz mit Stern beinhaltet einen zusätzlichen vierzackigen Bruststern und wurde 1952 noch einmal unterteilt in das Große Verdienstkreuz mit Stern und das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Es folgt das Großkreuz. Bei ihm ist der Bruststern sechszackig und das Schulterband mit Bundesadlern durchwirkt. An der Spitze steht seit 1955 die Sonderstufe des Großkreuzes. Bei ihr hat der Stern acht Spitzen und sind die Bundesadler auf der Schärpe seit 1977 von Hand gestickt. Die Sonderstufe wird grundsätzlich nur an amtierende Staatsoberhäupter und deren Ehegatten verliehen. Eine Ausnahme bildet Michail Gorbatschow, der bei seiner Auszeichnung 1999 schon nicht mehr Staatsoberhaupt war.

Obwohl Adenauer sicherlich der für die Bundesrepublik prägendste Deutsche

war, war für ihn mit dem Großkreuz grundsätzlich Schluss, da er nie die Weihen eines Staatsoberhauptes erreichte. So wurde für ihn 1954 ein Großkreuz in besonderer Ausführung geschaffen, um ihn von den anderen Großkreuzträgern abzusetzen. Bei diesem ist der goldene Schild mit dem Bundesadler im Zentrum des gold eingefassten roten Kreuzes von einem ebenfalls goldenen Lorbeerkranz umgeben. Zudem ist die Rückseite des Schulterbandes rot unterfüttert. Außer Adenauer wurde auch dessen selbsternannter Enkel Helmut Kohl zum Abschluss von dessen politischer Karriere im Jahre 1998 auf diese besondere Weise geehrt.

Auch am unteren Ende der Skala wurde das Stufensystem weiter ausdifferenziert. Als neues Einstiegsmodell wurde 1955 die Verdienstmedaille geschaffen.

Manuel Ruoff

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im Rahmen eines Grußwortes zum 30-jährigen Bestehen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) wies Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. März zum wiederholten Mal auf die Bedeutung des Naturschutzes hin. Der Rückgang der Artenvielfalt müsse aufgehalten werden. Bemerkungen wie diese beinhalten stillschweigend eine kalte Doppelbödigkeit, da die deutschen Wälder offiziell für die Errichtung von Windparks freigegeben wurden und damit unsere wertvollsten Naturschätze, Kohlenstoffspeicher und Klimaanlagen.

Vorgeblich aus öffentlichem Interesse, realiter aber zugunsten gewinnorientierter Unternehmen und Investoren, dürfen in diesen Lebensräumen mit unersetzbaren Funktionen und einer weit größeren Artenvielfalt und Populationsdichte als in den offenen Landschaften Tausende Windräder der neuen Generation von mehr als 200 Metern Höhe errichtet werden. Das geltende Tötungsverbot wird zwangsläufig in noch größerem Maße unterlaufen als bisher schon im Namen der Windindustrie: durch den Schlag von Vögeln, Fledermäusen und Insekten und durch den Druckabfall hinter den Rotoren (Durchmesser bis 150 Meter), der zum Tod der Tiere durch geplatze Lungen und innere Organe führt. Nicht von ungefähr wird die Zahl der getöteten Individuen in den bereits mit Windkraftanlagen bestückten Wäldern absichtlich nicht untersucht oder bekannt gegeben.

Einerseits massive Aufforstung – andererseits großflächige Rodungen auch in gesunden Wäldern: Kein anderes Land der Welt handelt im Namen des Klimaschutzes so rücksichtslos und widersinnig wie Deutschland. Es kann doch nicht weit her sein mit der Liebe der Deutschen zum Wald. Sonst würden wohl überall im Land Bürger dagegen auf die Straße gehen.

Bürger kämpfen um ihren Wald

Südlich von Berlin haben sich Einwohner der aus insgesamt zehn Ortsteilen bestehenden Stadt Zossen (Kreis Teltow-Fläming) sowie aus den Mittenwalder Ortsteilen Töpchin und Motzen (Kreis Dahme-Spreewald) zum Naturschutzverein Freier Wald Zossen e.V. zusammengeschlossen. Sie wollen verhindern, dass der Windkraftbauer Enercon und sein Projektpartner, das in Kallinchen (Stadt Zossen) ansässige Unternehmen Energiequelle, im 1871 Hektar großen Waldgebiet Zossener Heide südlich von Berlin einen Windpark errichtet. Vor zehn Jahren sollte das Gebiet Zossener Heide-Wierachteiche als Landschaftsschutzgebiet zur naturnahen Erholung ausgewiesen werden.

Doch das Vorhaben des Landkreises scheiterte am Regionalplan Havelland-Fläming, durch den der Wald zum Windvorranggebiet herabgestuft wurde. Unbe-



Betonfundamente, so groß wie ein Einfamilienhaus: Windkraftturm im Kreis Teltow-Fläming

Foto: akg images

ARTENSTERBEN

Wie grüne Doppelmoral den deutschen Wald zerstört

Während einerseits für den „Klimaschutz“ massiv aufgeforstet wird, zerfurchen gigantische Windkraftanlagen andernorts artenreiche Waldbiotope. Doch langsam formiert sich Widerstand

greiflich für die ortsansässigen Naturschützer, denn auf dem früheren russischen Truppenübungsplatz hat sich seit Mitte der 90er Jahre ein vielfältiges Mosaik aus Kiefern- und Buchenwäldern, Birken- und Eichenwäldern sowie Espengruppen mit Lichtungen und Totholz entwickelt. Die geschützten Biotope sind durch eine beeindruckende biologische Vielfalt gekennzeichnet.

Das über der Zossener Heide schwebende Damoklesschwert hat den Dorfgemeinschaften nicht gutgetan. Wie überall spaltet auch hier die Windkraft die Gemeinden. Mit den so wohltuenden Waldspaziergängen in unberührter Natur wäre es aus und vorbei. Und das, was den Bürgern als notwendiger Beitrag zum Klimaschutz dargestellt wird, ist bei näherer Betrachtung mit einem ungeheuren Ressourcenverbrauch verbunden. Die „Monster“ würden hoch über die Bäume hinausragen. Für jede Anlage einschließlich der Zufahrtswege müssten 1,5 Hektar Wald

gerodet werden. Moderne Anlagen benötigen ein Fundament von 1500 Kubikmetern Beton, verbaut mit 180 Tonnen Stahl. Große Teile des Turms werden mit Zement hergestellt. Insgesamt hat das Fundament ein Gewicht von 3500 Tonnen, und ein Turm ist 2800 Tonnen schwer.

Gericht bestärkt den Widerstand

Das für den Windpark vorgesehene Gebiet am dicht besiedelten Südring von Berlin liegt in einer unzerschnittenen Waldfläche inmitten von Naturschutz-, Flora-Fauna-Habitat- und Landschaftsschutzgebieten. Zusammen bilden die Flächen einen überregional bedeutsamen Groß-Biotopkomplex mit hohem Naturentwicklungspotential und unersetzbaren Funktionen im Landschaftshaushalt mit Puffer und Filterwirkungen. Sie sind somit ein Garant für die Grundwassererneuerung und -speicherung.

Im Sommer 2013 hatte ein Gutachten über den Fledermausbestand in der Zosse-

ner Heide ergeben, dass dort 14 von 19 in Brandenburg vorkommenden Arten beheimatet sind. Damit gehört das Areal zu den fledermausreichsten Gebieten in Brandenburg. Der Wald ist heute Lebensraum von 80 Brutvogelarten mit bemerkenswerten Beständen seltener und bedrohter Vertreter der Großvogelfauna. Hier leben zahlreiche Schwarzspechte, Heidelerche, Ziegenmelker, Rot- und Schwarzmilane sowie See- und Fischadler.

Die Argumentation der Windpark-Interessenten zielte dennoch darauf ab, den Wald durch ein Gefälligkeitsgutachten als „nicht einzigartig“ und damit als nicht erhaltenswert einzustufen. Zynischer kann man ein artenreiches Ökosystem wohl kaum herabwürdigen – und sich andererseits bei der „taz“ erfolgreich als „Öko“ verkaufen. Das erkannte auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das den Umweltschützern von Freier Wald Zossen 2017 und 2018 recht gab. Diese hatten wiederholt auf streng ge-

schützte Arten hingewiesen und die angefangene Rodung eines Waldstücks beanstandet. Die Stadt Zossen bleibt jedoch bei ihrer Ausweisung eines Waldgebietes von 328 Hektar für eine bisher noch nicht bekannte Anzahl von Windrädern. Es winken hohe Gewerbesteuererinnahmen. Von 300.000 Euro pro Windrad auf 20 Jahre gerechnet ist die Rede.

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 4. März bestärkte den bisherigen Ansatz, dass Windparks auch künftig zum Schutz einzelner Tiere verhindert werden können. Damit wird das bestehende Tötungsverbot bestärkt, und der von der Windbranche gewünschte neue Ansatz, bei Windparkprojekten nur die Populationsgefährdung zu berücksichtigen, wurde verworfen. Das Urteil dürfte Windinvestoren als Warnung dienen, desgleichen weitere Urteile des EuGH, die im Zusammenhang mit der Biodiversitätsstrategie des „European Green Deal“ zu erwarten sind.

PSYCHOLOGIE

Lügner verraten sich selbst

Gesten, Wörter, Blutfluss: Es gibt viele Anzeichen, die einen Schwindler entlarven können

Jeder Mensch lügt mehrmals am Tag. Manche Psychologen beziffern die Zahl der Lügen auf durchschnittlich eine pro Stunde, andere wollen herausgefunden haben, dass wir in einem zehnmütigen Gespräch etwa drei Mal unwahre verbale Botschaften aussenden. Das geschieht oft aus Höflichkeit, Angst oder Egoismus – manchmal wird aber auch ganz systematisch gelogen, um andere zu manipulieren. Insofern kann es sehr hilfreich sein, zu erkennen, wenn das Gegenüber es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt.

Der erste, der in den 1960er Jahren im großen Stil auf diesem Gebiet zu forschen begann, war der Lügenexperte Paul Ekman, welcher zuletzt an der University of

California in San Francisco lehrte und vorrangig auf mimische oder andere nonverbale Merkmale schaute. Dabei entwickelte Ekman sein Konzept der Mikroexpressionen. Das sind extrem flüchtige Gesichtsausdrücke, die nur für Sekundenbruchteile gezeigt werden und verraten, was in einem Menschen tatsächlich vorgeht. Jedoch treten solche Anzeichen für Lügen relativ selten auf und sind zudem auch schwer zu beobachten.

Wenn die Nase rot wird

Deshalb suchten andere Wissenschaftler nach besser geeigneten Signalen und wurden dabei schließlich in mehreren Fällen fündig. Lügner versuchen sich selbst stär-

ker zu kontrollieren, als jemand, der die Wahrheit sagt. Daraus resultieren Einschränkungen bei den Bewegungen der Extremitäten sowie beim Kopfnicken. Zudem nimmt der Blutfluss in Richtung Nase zu. Des Weiteren schaffen es die Schwindler nicht, ihre komplette Mimik zu beherrschen. Das gelingt zumeist nur bei der Mundpartie. Und dann wären da noch die Gesten, welche verräterisch wirken können: Wer die Wahrheit sagt, bevorzugt zeigende Gesten, wohingegen Lügner mehr metaphorische Gesten einsetzen, wie zum Beispiel das Ballen der Faust als Symbol für Stärke oder Wut.

Anderer Lügenforscher konzentrieren sich dahingegen auf den Inhalt und die

Struktur der verbalen Aussagen. Sie vertreten die Ansicht, dass man Falschangaben am ehesten daran erkenne, dass sie relativ vage daherkommen. So falle beispielsweise die übermäßige Verwendung von Wörtern wie „manchmal“, „vielleicht“, „teilweise“, „ziemlich“ oder „wahrscheinlich“ auf.

Signale sind oft schwer zu erkennen

Allerdings versprechen beide Herangehensweisen keine allzu großen Erfolge. Wenn Versuchspersonen, die auf das eine oder das andere achten, Lügen von wahren Aussagen unterscheiden sollen, liegt ihre Trefferquote nur bei 54 Prozent. Da kann man in Prinzip auch raten oder eine

Münze werfen. Das gilt sogar für den Fall, dass Eltern ihre eigenen Kinder beim Lügen ertappen sollen. Und auch vermeintliche Profis wie Richter, Polizisten und Psychiater erzielen keine besseren Ergebnisse.

Das bewog die Sozial- und Rechtspsychologin Kristina Suchotzki von der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz zu einer anderen Taktik: Sie fahndet nun nach kombinierten verbal-nonverbalen Anzeichen für die erhöhte Anstrengung, welche mit dem Lügen einhergeht. Denn wer lüge, so Suchotzki, müsse sowohl seine Gedanken als auch seine Gefühle in den Griff bekommen.

Wolfgang Kaufmann

BADEUNFÄLLE

Viele Urlauber unterschätzen die Gefahr

Strömungen in der Ostsee – In diesem Sommer kam es bereits zu zahlreichen Todesfällen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Begeisterung für die Ostseebäder des nördlichen Ostpreußen hält an. Die Höchsttemperaturen liegen seit Langem bei 34 Grad Celsius. Deshalb hat sich das Wasser in Küstennähe auf 24 Grad erwärmt, was weit über dem Durchschnitt für diese Jahreszeit liegt. Das Schwimmen in den Gewässern der Ostsee birgt jedoch Gefahren. Für viele ist es zu einer tödlichen Falle geworden. Die sogenannte Rip, auch Brandungsrückströmung, stellt eine fast unsichtbare Gefahr für jeden dar, der ins Wasser geht.

In den vergangenen Wochen wurden an den Stränden von Cranz, Pillau und anderen beliebten Badeorten fast täglich Ertrunkene aus dem Wasser gezogen, die den tückischen Strömungen zum Opfer gefallen waren. Und die Zahl derer, die gerettet werden konnten, geht in die Hunderte. Allein an einem Wochenende ertranken fünf Männer wegen einer peitschenden Strömung in der Ostsee. An vielen Stränden wurden Warnflaggen in roter oder schwarzer Farbe angebracht. Während die Bewohner des Königsberger Gebiets solche Gefahren kennen, stürzten sich Besucher aus anderen Regionen der Russischen Föderation ahnungslos in den Abgrund. Infolgedessen sind unter den Toten fast nur Touristen zu finden. Die häufigsten Tragödien ereigneten sich an den Stränden von Cranz, Rauschen, Neukuhren und Pillau.

Es hat auch mehrere bedauerliche Fälle gegeben, in denen Menschen bei dem Versuch, Ertrinkende zu retten, selbst ihr Leben verloren haben. In Weiskitten rettete ein Mann seinen 15-jährigen Sohn aus den Fluten, schaffte es aber nicht mehr, selbst ans Ufer zu gelangen. Ein Mann wurde an einem Strand in Strobjehnen von der Strömung mitgerissen, als er versuchte, seinen kleinen Sohn und zwei Neffen aus dem Wasser zu ziehen. In



Rauschen: Unzählige Urlauber tummeln sich an dem schmalen Strandabschnitt und missachten oft die Baderegeln Foto: J.T.

Cranz versuchte ein Mann zusammen mit anderen Urlaubern, ein Mädchen zu retten, wurde dabei aber von der Strömung ins Meer gerissen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich keine Bademeister mehr am Strand, da sie bereits Feierabend hatten.

Gouverneur erwägt Strafen

Der rasante Anstieg der Unfallzahlen an Wasser war Diskussionsthema bei einer außerordentlichen Sitzung der Regionalregierung. Gouverneur Anton Alichanow sprach sich für eine Verlängerung der Arbeitszeiten der Rettungsschwimmer aus und schlug vor, Geldstrafen für Urlauber zu erwägen, welche die Warnschilder und Gefahrenhinweise beim Baden ignorieren.

Brandungsrückströmungen sind seit vielen Jahren die Hauptursache für Todesfälle in Freizeitgewässern. Warum treten sie so häufig und unerwartet vor der Küste des Königsberger Gebiets auf?

Da der sandige Meeresboden seine Topografie ständig verändert, fließt das Gezeitenwasser mit unterschiedlicher Geschwindigkeit zurück ins Meer. Solche Strömungen können überall an der Ostseeküste unerwartet auftreten. Eine starke Welle reißt dann eine Person einfach mit, wenn sie auf das Meer hinaus oder am Ufer entlang schwimmt und es nicht mehr rechtzeitig zurück ans Ufer schafft. Selbst erfahrene und professionelle Schwimmer haben mit der Strömung zu kämpfen. Der Versuch, gegen die Strö-

mung zum Ufer zurückzuschwimmen, ist sinnlos. Es besteht die Gefahr, ins Wasser gezogen zu werden, selbst wenn man nur hüfttief im Wasser steht und keine Wellen im Wasser zu sehen sind.

Richtiges Verhalten im Ernstfall

Die einzig richtige Verhaltenstaktik im Ernstfall ist die Bewegung parallel zum Ufer. So kann man schnell aus der Strömung herauskommen, sofern sie nicht mehr als fünf Meter breit ist. Wenn ihre Breite jedoch mehr als zehn Meter beträgt, haben oft selbst geübte Schwimmer nicht genügend Kraft, um aus der Stromlinie herauszukommen. Die beste Prävention ist immer noch, auf die offiziellen Warnflaggen zu achten.

ALLENSTEIN

Erweiterte Krebsstation für Kinder

Krankenhaus-Modernisierung bezieht auch die Eltern der kleinen Patienten ein

Ende Juli öffnete das Woiwodschafts-Kinderkrankenhaus in Allenstein die neue klinische Abteilung für pädiatrische Onkologie und Hämatologie für Patienten sowie deren Eltern und Betreuer. Nach Abschluss der Arbeiten hat sich die Fläche der Abteilung fast verdreifacht. Das bedeutet nicht nur eine Optimierung der Qualität der medizinischen Leistungen im Bereich der pädiatrischen Onkologie und Hämatologie des Krankenhauses, sondern vor allem eine Verbesserung des Komforts der Patienten und ihrer Betreuer auf der Station.

Die modernisierte Krankenstation verfügt nun über komfortable Patientenzimmer, darunter Isolierzimmer mit Sanitäranlagen und Schleusen. Die Patientenräume wurden mit Klimaanlage sowie Schränken und Betten für die Eltern ausgestattet. In den Zimmern für die kleinsten Patienten gibt es Säuglingspflege-Sets. Die Abteilung verfügt über zwei Küchen, ein Spielzimmer und eine „Elternzone“. Das ist ein Entspannungsbereich für Eltern, die bei ihren Kindern bleiben.

Die neue Station bietet auch einen Raum für psychologische Beratung. Für den Bau und die Ausstattung der neuen kinder-onkologischen Station, auf der jährlich rund 1500 Patienten behandelt werden, wurden rund eine Million Euro aufgewendet.



Allensteiner Kinderkrankenhaus

Der Ausbau der Station und die Ausstattung des Kinderkrankenhauses mit Geräten für die Behandlung von Krebserkrankungen war die erste Etappe der geplanten Modernisierungen. Das Projekt sieht auch die Ausstattung des Krankenhauses mit moderner medizinischer Ausrüstung wie einen Angiographen mit integriertem Ultraschallgerät vor, einem speziellen Operationsmikroskop, einem Set für die laparoskopische 3D-Krebschirurgie, chirurgischen Instrumenten, Bohrern für die chirurgische Behandlung von Tumoren im kraniofaszialen Bereich und einem integrierten System für die krankenhausinterne Verteilung und Verwaltung von Medikamenten in der Abteilung.

Die zweite Projektphase befindet sich derzeit in der Umsetzung und wird voraussichtlich im März 2022 abgeschlossen sein. Die Station verfügt über 20 Plätze. Sie wird von einem erfahrenen Team von Fachärzten für Hämatologie und pädiatrische Onkologie betreut.

Dawid Kazanski

SCHLOSS STEINORT

Feierlicher Abschluss

Die Lehdorff-Kapelle erstrahlt in neuem Glanz

Auf Schloss Steinort gibt es Anlass zum Feiern: Am 17. August um 20 Uhr wird der Abschluss der baulichen Sanierung der Lehnhoff'schen Erbbegräbniskapelle feierlich begangen, und für den 18. August um 18 Uhr hat Cornelia Pieper, die Generalkonsulin in Danzig, zu einem „Kultursommer auf Schloss Steinort [Sztynort]“ eingeladen. In Anwesenheit des Deutschen Botschafters Arndt Freytag von Loringhoven wird es eine musikalische Lesung aus dem Buch „Doppelleben“ von Antje Vollmer, zuletzt Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, geben. Den Abend begleiten werden der Schauspieler Michael Mendl und die Sopranistin Willa Weber.

Auch wenn die Sanierung von Schloss Steinort noch lange nicht abgeschlossen ist, so gibt es dennoch erste Erfolge bei der Rettung des Kulturerbes zu vermelden. Dank der Initiative von Wolfram Jäger von der Technischen Universität Dresden ist es gelungen, die Lehdorff-Kapelle in Steinort vor dem Verfall zu ret-

MELDUNGEN

Synagoge geht an die Stadt

Wartenburg – Der Kreis Allenstein wurde Eigentümer der früheren Synagoge in Wartenburg. 40 Jahre lang hatte die gemeinnützige Gesellschaft „Kulturelle Seenlandschaft“ das Haus verwaltet, die dort eine Kunstgalerie unterhielt. Der Kreis Allenstein möchte mit der Gesellschaft einen Überlassungsvertrag abschließen, um die satzungsmäßige Tätigkeit weiterzuführen. Für die Renovierung des Gebäudes benötigt der Kreis finanzielle Unterstützung. Als Mitglied des internationalen Netzwerkes „Citta-slow“ könnte er sie von dort erhalten. Die Synagoge soll sich zu einem Ort für Konzerte und Ausstellungen sowie zur Begegnung von Künstlern entwickeln. Ab 1825 gab es in Wartenburg Juden, die zur jüdischen Gemeinde in Allenstein gehörten. Ab August 1939 diente die 1847 errichtete Synagoge nicht mehr religiösen Zwecken. In der „Reichskristallnacht“ hatte sie den Davidstern verloren. In dem Gebäude befand sich in den 1970er Jahren das Museum für Ermeland und Masuren. PAZ

Einlass nur für Geimpfte

Königsberg – In Ostpreußens Hauptstadt gibt es derzeit 14 Bars und Cafés, die auch nachts in der Zeit von Mitternacht bis 6 Uhr früh öffnen dürfen. Die Öffnungsgenehmigungen erteilte das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Industrie und Handel. Allerdings dürfen die Gastronomen nur Gäste einlassen, die eine Impfung gegen das Coronavirus nachweisen können. Damit schafft die Stadt einen Anreiz für die Impfbereitschaft der Bevölkerung. Ansonsten gilt im Königsberger Gebiet ein nächtliches Schankverbot mit Ausnahme von Abholungen und Bestellungen auf Distanz. MRK

EB/MRK



Wir gratulieren...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August

Lask, Karl, aus Kleschen, Czarnia, Kreis Treuburg, am 15. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Berg, Anneliese, geb. **Riedel**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August

Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August

Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August

Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August

Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August

Raths, Ruth, geb. **Kelbsch**, aus Ortelsburg, am 18. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August

Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August

Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August

Ohlendorf, Irmgard, geb. **Bartel**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. August

Pokern, Irene, geb. **Först**, aus Fischhausen, am 14. August

Prawdzyk, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August

Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August

Schrock, Gertrud, aus Mohrun- gen, am 15. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August

Ehlert, Erna, geb. **Rekittke**, aus Drenken, Kreis Mohrun- gen, am 19. August

Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August

Hellwich, Helga, aus Polenz- hof, Kreis Elchniederung, am 19. August

Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August

Jerimowitsch, Inge, geb. **Kalino- wski**, aus Lyck, am 18. August

Kattanek, Paul, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. August

Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August

Radtke, Gerhard, aus Windkeim/ Groß Windkeim, Kreis Heligen- beil, am 13. August

Sauer, Dr. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August

Tabel, Edith, geb. **Oltersdorf**, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 17. August

Wysk, Willy, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. **Freitag**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 16. August

Dorn, Käte, geb. **Kolwe**, aus Gol- densee, Kreis Lötzen, am 19. August

Heine, Toni, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 18. August

Joschka, Helga, Kreisgemein- schaft Lötzen, am 18. August

Kampmann, Fred, aus Weinsdorf, Kreis Mohrun- gen, am 8. August

Kuklinski, Heinz, aus Rauschen- walde, Kreis Lötzen, am 18. August

Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August

Mueller, Irmgard, geb. **Fehr**, aus Prothainen, Kreis Mohrun- gen, am 17. August

Olms, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August

Schlösser, Fritz, aus Stadt- felde, Kreis Ebenrode, am 10. August

Schulz, Elsa, geb. **Beyer**, aus Schwanensee, Kreis Elchniede- rung, am 15. August

Werner, Josefa, geb. **Ziegler**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Ingrid, geb. **Schwahn**, aus Wehlau, am 17. August

Borris, Heinz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 18. August

Bronnert, Werner, aus Birken- heim, Kreis Elchniederung, am 15. August

Kummer, Waltraut, geb. **Kir- stein**, aus Goldbach, Kreis Moh- rungen, am 9. August

Lang, Karl, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 19. August

Moeck, Martin, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. August

Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 13. August

Romanowsky, Hildegard, geb. **Wollkowski**, aus Prothai- nen, Kreis Mohrun- gen, am 16. August

Scheidegger, Herta, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. August

Sembritzki, Kurt, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. August

Wessel, Egon, aus Treuburg, am 19. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fiedler, Eva, geb. **Wittke**, aus Liebstadt, Kreis Mohrun- gen, am 15. August

Gerlach, Jokadia, geb. **Taut**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. August

Glang, Herbert, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 19. August

Krissmann, Evamarie, geb. **Sommerfeld**, aus Groß Herme- nau, Kreis Mohrun- gen, am 14. August

Palluch, Lieselotte, geb. **Maley- ka**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen und aus Gorlau, Kreis Lyck, am 14. August

Radmacher, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. August

Rudloff, Emmy, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August

Urbschat, Horst, aus Wehlau, am 17. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alexy, Käte, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 17. August

Duddeck, Ernst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. August

Ehlert, Dr. Herbert, aus Paul- ken, Kreis Mohrun- gen, am 10. August

Erdt, Hilde Gerda, geb. **Slem- beck**, aus Kandienen, Kreis Nei- denburg, am 16. August

Gille, Erika, geb. **Mostolta**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 16. August

Gimbott, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. August

Kaage, Hans-Armin, aus Lyck, am 18. August

Kieselbach, Brigitte, aus Tilsit, am 15. August

Melcher, Hedwig, geb. **Wohlge- tan**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 16. August

Objartel, Ingeborg, geb. **Wilke- ning**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. August

Spycher, Waltraud, geb. **Glaeske**, aus Klein Hanswalde, Kreis Moh- rungen, am 13. August

Voigtmann, Kriemhild, geb. **Za- charias**, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. August

Weikam, Horst, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 13. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bleckat, Fritz, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 19. August

Bormüller, Reintraut, geb. **Schö- ter**, aus Antonswiese, Kreis Elch- niederung, am 15. August

Braun, Winfried, aus Georgen- burg, Kreis Insterburg, am 16. August

Ewert-Carl, Alice, geb. **Carl**, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, am 13. August

Freiheit, Hildegard, geb. **Guseck**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 13. August

Gloddek, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 13. August

Gralla, Erich, aus Pier- lawken, Kreis Neidenburg, am 17. August

Gregorz, Helmut, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 19. August

Grünhagen, Ursula, geb. **Ebel**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 18. August

Gurski, Hans-Joachim, aus Alt Christburg, Kreis Mohrun- gen, am 14. August

Halbach, Elsa, geb. **Prasvitt**, aus Spallwitten, Kreis Fischhausen, am 18. August

Hellbardt, Ursula, geb. **Kädtler**, aus Lippitz, Kreis Mohrun- gen, am 13. August

Janz, Gerhard, aus Neuginnen- dorf, Kreis Elchniederung, am 13. August

Kalettko, Arnold, aus Neufieß, Kreis Ortelsburg, am 14. August

Kappeler, Gisela, geb. **Waschke- witz**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 15. August

Kühndelt, Gerda, geb. **Wieczor- rek**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 13. August

Pasvahl, Klaus, Kreisgemein- schaft Wehlau, am 17. August

Peyk, Wolfram, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 15. August

Priebe, Gerhard, aus Treuburg, am 16. August

Sass, Hildegard, geb. **Wischnew- ski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 14. August

Steuernagel, Elly, geb. **Marsch- ewski**, aus Großpeppingen, Kreis Neidenburg, am 19. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Vera, geb. **Klemens**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniede- rung, am 16. August

Behrendt, Reinhold, aus Franke- nau, Kreis Neidenburg, am 13. August

Brandstätter, Henner, aus Gind- willen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August

Franz, Edeltraut, geb. **Lach**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 15. August

Hahn, Berta, geb. **Käfer**, aus Tapi- au, Kreis Wehlau, am 19. August

Heissenhuber, Anneliese, geb. **Heller**, aus Reichertswalde, Kreis Mohrun- gen, am 8. August

Hellwich, Helga, geb. **Reichardt**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. August

Jankuhn, Peter, aus Weins- dorf, Kreis Mohrun- gen, am 15. August

Kuhn, Karin, geb. **Helpensteller**, aus Wehlau, am 19. August

Lüttich, Uta, geb. **Hennig**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 15. August

Meyer, Dagmar, geb. **Chrost**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. August

Monetha, Günter, aus Treuburg, am 16. August

Perkuhn, Herbert, aus Kucker- neese, Kreis Elchniederung, am 16. August

Preußner, Christine, geb. **Nowott- ka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 16. August

Rente, Gert, aus Heinrichs- walde, Kreis Elchniederung, am 14. August

Rose, Gisela, geb. **Gedenk**, aus Kreis Lyck, am 15. August

Steinberg, Werner, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 14. August

Tarrach, Margret, geb. **Lange**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 15. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dyck, Gerda van, geb. **Badziong**, aus Hardigswald, Kreis Neiden- burg, am 17. August

Schöneberg, Christel, aus Tapi- au, Kreis Wehlau, am 17. August



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 18. Au- gust, 14.30 Uhr, 3 Euro zzgl. Eintritt (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck): Vortrag „Kant persönlich – Gelehrter und Welt- mann“ im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ mit Tim Kunze.

Professor und Gesellschaf- ter, Spießbürger und Kosmopo- lit – wer war Immanuel Kant, der berühmte Philosoph Kö- nigsberg, persönlich? Äußerlich führte er ein ruhiges bürgerli- ches Leben, gleichzeitig schuf er ein Werk von welthistori- scher Bedeutung. Wie vereinte er beides? Folgte er seinen selbstgesetzten Maximen? Wa- rum verließ Kant seine Heimat- stadt nie?

Tim Kunze, Kurator der neuen Immanuel Kant Abtei- lung des Ostpreußischen Lan- desmuseums mit Deutschbalti- scher Abteilung, gibt Einblick in Kants Charakter und Le- bensweg mit vielen Bildern und mancher Anekdote.

Der Vortrag findet unter Einhaltung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen statt. Auf- grund der begrenzten Perso- nenanzahl von maximal 20 Perso- nen ist eine vorherige Anmel- dung unter E-Mail bildung@ ol-ig.de oder Telefon (04131) 759950 Voraussetzung.

Ostpreußisches Landesmuse- um Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

Zusendungen für die Ausgabe 34/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 34/2021 (Erstverkaufstag 27. August) **bis spätestens Dienstag, den 17. August**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widerspre- chen. Landsmannschaft Ostpreu- ßen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. September: Ge- schichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werk- woche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommu- nalpolitischer Kongress in Allen- stein (geschlossener Teilneh- merkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen- den (geschlossener Teilneh- merkreis)

6./7. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (ge- schlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhisto- risches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Ham- burg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/ lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star- ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele- gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann- schaft Ostpreußen e.V. **infor- miert** und erhalten **Einladun- gen** zu Veranstaltungen und Se- minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes- geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur- zeit 60,- Euro. Den Aufnahme- antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands- mannschaft – www.ostpreu- sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

146. Preußische Tafelrunde

Landesgruppe – Am 28. Juli fand nach zweijähriger Corona-bedingter Pause im Parkhotel Pforzheim die 146. Preußische Tafelrunde statt, die mit 40 Gästen wieder eine gut besuchte Veranstaltung war. Die Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg, Uta Lüttich, referierte über den berühmten deutschen Tierfilmer und Naturschützer Heinz Sielmann, der 1917 in Rheydt (heute Stadtteil von Mönchen-Gladbach) geboren wurde, seine Kindheit und Jugend jedoch in der Heimat seines Vaters, in Königsberg, verbrachte.

Seinen ersten Film, „Vögel über dem Haß“, drehte er auf der Kurischen Nehrung. Für seine Werke erhielt er zahlreiche nationale und internationale Ehrungen. Das Programm wurde durch Königsberger Klopse und musikalische Begleitung abgerundet.

Bei der 1966 gegründeten Veranstaltung werden bedeutende Persönlichkeiten mit Bezug zu Preußen und insbesondere zu Ostpreußen so vorgestellt, dass die Vorträge nicht nur bei Fachkundigen, sondern bei allen am Thema interessierten Gästen Anklang finden. Für das Spätjahr 2021 ist die nächste Veranstaltung geplant. Interessierte können sich gerne jetzt schon formlos per E-Mail bei der Landesgruppe Baden-Württemberg melden, E-Mail: uta.luettich@web.de (Vorsitzende).

www.paz.de



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommerabend

Altmühlfranken. Freitag, 20. August, Kastaniengarten, Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend.



Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Jahreshauptversammlung

Bielefeld – Montag, 16. August, 15 Uhr, Gasthaus Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Jahreshauptversammlung der Ost- und Westpreußen-Gruppe Bielefeld und Umgebung.

Bei dem Heimattag nachmittag bei Kaffee und Kuchen sind folgende Themen geplant: Jahresbericht, Kassenbericht, Wahl eines neuen Beisitzers in den Vorstand, Terminplanung der Treffen und Aktivitäten bis Frühjahr 2022. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder, Bekannte und Freunde, die sich für die Pflege der Geschichte und Kultur unserer Vorfahren interessieren.

Alle Corona-Auflagen werden erfüllt. Zur Kuchenbestellung wird eine Voranmeldung bei Barbara Dörr unter der Telefonnummer

(0521) 82026 erbeten. Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Wiedersehen!



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

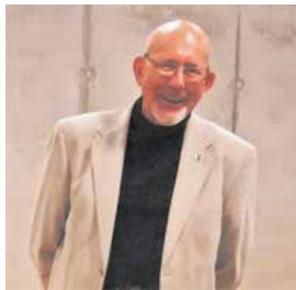
Axel Simanowski

Bad-Schwartau – Zur Person: Axel Simanowski, geb. 1941 in Seehausen/Masuren, ist der Vorsitzende der LO Bad Schwartau mit zurzeit 56 Mitgliedern. Nach Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen ist Axel Simanowski in Munster aufgewachsen, dort zur Schule gegangen und hat dort eine Lehre als Schmied abgeschlossen.

Die Bundeswehrzeit absolvierte er für drei Jahre bei der Bundesmarine. Nach einer weiteren Ausbildung beim CVJM bis zum Jugendsekretär begann und vollendete er ein evangelisches Theologiestudium und war für fünf Jahre Gemeindepfarrer in Neukloster bei Buxtehude.

Danach war er Seelsorger bei der Bundeswehr und ging zur Pensionierung als Militärdekan in den Ruhestand. Eine besondere Beziehung pflegte er zu Ostpreußen, aber auch zu Russland und dessen Anrainerstaaten durch Reisen, zum Teil mit dem Motorrad, und baute deutsch-russische Freundschaften auf. Die Vorträge über seine Reisen waren stets sehr beliebt, so auch bei der LO Bad Schwartau, seinem Ruhesitz, so dass er 2013 hier Mitglied wurde.

Nachdem die Vorsitzende der LO Bad Schwartau, Frau Gronau, aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz 2017 zur Verfügung stellte, konnte sich die Ortsgruppe keinen besseren Vorsitzenden wünschen, der die stabile Gruppe von Frau Gronau weiterführen



Axel Simanowski Foto: LOBS.

würde. Sein unermüdliches Streben und Bemühen, die Ortsgruppe gerade auch in der Corona-Zeit, fast alle vier Wochen durch einen Rundbrief als Lebenszeichen über den Stand der Dinge zu informieren, zeugt davon, wie sicher und ernst er seine Aufgabe nimmt.

Ein gutes Beispiel für sein Engagement war auch die ausgesprochen würdevolle Gestaltung und Durchführung des 70-jährigen Bestehens der Ortsgruppe. Für die Zusammenkünfte hat er stets ein interessantes Thema parat und begeistert seine Mitglieder mit seiner humorvollen Art. Voraussetzend muss aber auch gesagt werden, dass die Erlebnisgeneration durch natürliche Abgänge weniger werden wird, denn das Durchschnittsalter der OG liegt zurzeit bei rund 81 Jahren. Andererseits gibt es aber auch Hoffnung, dass ein „Bund Junger Ostpreußen“ im Entstehen ist, der die Geschichte aufrechterhält, dass hinter „Oder und Neiße eine Region liegt, zu der wir eine sehr enge Bindung haben“ wie Frau Harder es formulierte.

Hans-Albert Eckloff

Treffen wird abgesagt

Neumünster – Aufgrund des erhöhten Inzidenzwertes wird das Treffen im September abgesagt. Auch das Museum bleibt geschlossen und kann nur nach vorheriger Anmeldung und unter Einhaltung der Corona-Regeln besucht werden

Gudrun Christians



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage fallen aus

Rothenburg (W.) – Die steigenden Infektionszahlen und die sich regelmäßig ändernden Corona-Verordnungen erschweren zurzeit die Planungen von Heimatkreistreffen. Der Kreisausschuss hat daher entschieden, die diesjährigen Angerburger Tage am 17./18. September in Rotenburg (Wümme) abzusagen. Auch die im Rahmen dessen vorgesehene Kreistagssitzung (Mitgliederversammlung) wird nicht stattfinden. Da turnusgemäß Wahlen auf der Tagesordnung gestanden hätten, wird von der Regelung des § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht Gebrauch gemacht, wonach die gewählten Vorstände bis zur Durchführung von Neuwahlen im Amt bleiben. Die ordentlichen Mitglieder werden mit besonderem Schreiben informiert. Bitte geben Sie diese Informationen auch an Freunde und Bekannte weiter. Vielen Dank! Michael Meyer



Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlegmail.com

Ebenrode

Zell – Kirchspieltreffen Rodebach, Noreitscher Dorf- und Nachbarkreistreffen, 27. bis 29. August in

Zell a.d. Mosel, Hotel zum grünen Kranz. Anmeldungen bei Daniela Wiemer, E-Mail: d-wiemer@t-online.de), Telefon (0160) 6313415.



Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Kreistreffen und Mitgliederversammlung

Bad Nenndorf – Freitag, 10., bis Sonntag, 12. September, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung.



Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen abgesagt

Herne – Trotz der Lageberuhigung bei der aktuellen Corona-Pandemie haben wir uns seitens des erweiterten Vorstandes schweren Herzens zu einer Absage des Hauptkreistreffens entscheiden müssen. Wir hoffen, dass wir uns nach Rücknahme der Auflagen nach zwei langen Jahren alle wieder im gewohnten Rahmen in unserer Patenstadt Herne treffen können.

In landsmannschaftlicher Verbundenheit grüßen
Marc Plessa und Karola Kalinski

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



**Prämie 2:
Renaissanceglobus**

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

MASUREN

Die Städte zwischen den Seen

Die Arbeitsbriefe der Landsmannschaft Ostpreußen laden ein zum Schmökern, Erinnern, Nachdenken und Staunen



Der Blick vom Kirchturm in Richtung Schlossinsel: Lyck, die Hauptstadt Masurens um 1920
Foto: Bildarchiv Ostpreußen



Am Großen Haensee mit Blick auf den Wasserturm, die Volksschule und das Rathaus: Ortelsburg um 1936
Foto: Sammlung Norbert Haack, Bildarchiv Ostpreußen

Die Städte Masurens, meist auf den Wällen einer alten Pruzzenburg erbaut oder im schützenden Bereich eines Ordenshauses, sind die Schwerpunkte der Kolonisation oder als strategische Punkte des Verteidigungssystems entstanden. Fast alle haben sie vor ihren Toren die blauen Wasser eines Sees oder die grüne Wildnis der weiten Wälder, und so ist in ihren Mauern neben der Fischerei auch die Holzbearbeitung ein beträchtliches Gewerbe. So unterschiedlich in den Größenverhältnissen, so sehr gleichen sich die masurischen Städte in der äußeren Anlage.

Das Schloss der Ordensherren war ihr Kern. Es war der Ausgangspunkt, die Urzelle. Der große, weite Marktplatz, geräumig genug, um im Kriegsfall der Bevölkerung des umliegenden offenen Landes mit Vieh und Gerät noch Zuflucht zu gewähren, lag nie allzuweit ab davon. In Friedenstagen war er der Austauschplatz für die Erzeugnisse handwerklicher Geschicklichkeit und landwirtschaftlichen Fleißes. Um ihn herum waren die Giebelhäuser der Bürger und Ackerbürger gebaut, oft mit Laubenumgängen miteinander verbunden. In der Mitte erhob sich das Rathaus. Von ihm aus, wie von der Ordensburg, nahmen Recht und Freiheit ihren Weg, Sicherheit und Wohlstand. Die Stadtmauer, Wall und Graben, die Türme und Tore schützten die Bewohner.

Margarete Kudnig



Angerburg: Die Postkarte mit einem Poststempel vom 6. Juli 1927 zeigt den Alten Markt 1-8
Foto: Sammlung Gerhard Kibbas, Bildarchiv Ostpreußen



Am Pissekfluss in Johannisburg: Fischernetze zwischen Badeanstalt und Seglerheim um 1920
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

● Aus: „Masuren“, Arbeitsheft der Landsmannschaft Ostpreußen

Rätsel

Ab-schieds-gruß (franz.)	auf-passen	Beamter des gehobenen Dienstes	neben-bei be-merkt	Turner-abteilung	zusammen-zählen	früheres Narkose-mittel	Vorsilbe: gegen (griech.)	Ein-siedler, Klausner	drückende, große Wärme	Bruder Kains	musika-lisches Bühnen-werk	lodernde Flamme; Gerb-rinde	Schiffe in den Haf-en leiten
dt. Kfz-Pionier (Gottlieb)			Schutz für Wunden		Flaum-feder		Blüten-, Frucht-stands-form		flüssiges Speise-fett			wohl, aller-dings	Rauch-kraut
Hellig-keit		Para-dies-vogel-blume		römi-scher Grenz-wall	Hände-auflegen als Heil-kunst	bayeri-scher Winter-sportort	Essen, Speise		Gesangs-stück für drei Stimm-en		Schutz-raum, Unter-stand	stetig fließen, laufen	
Ver-fasser südital. Haf-enstadt in Apulien		blüten-lose Wasser-pflanze		ver-bunden, verknüpft	alt-röm. Liebes-göttin; Planet			heftiger Un-wille		Karpfen-fisch			AOT
wildes Tier, Raubtier		Abk. für Bild-unter-schrift		Teil-strecke	wieder in Ordnung kommen (sich ...)	nord. Schick-sals-göttin	Form des Sauer-stoffs			unge-befener Gast; Teufel		Lobrede	passend, tauglich
Wachs-zellenbau der Bienen		Kehr-gerät			persön-liches Fürwort	gelblich braune Erdart							Erschel-nung, Traum-bild
lat. innen, innen-dig			netz-artiges Gewebe			Muse der ly-rischen Poesie		Dynastie im alten Peru	Schau-spiel-Ballett-schüler				
								Wagen-kolonne; Flücht-lingzug	feiner Spott				
			gekökel-tes Schwein-fleisch	veraltet: junges Pferd	Sohn des Aga-memnon	in der Tiefe			Licht-signal-anlage			österrei-chisch: Pferde-droschke	
			Berufs-sport-veranstalter						Gitter-raum für Tiere				
						kroa-tische Adria-insel	Renn-schlitten	Stadt in Nord-holland			elektr. gelade-nes Teilchen		
			großes Gewäs-ser	Weiß-wal		Wand-, Ofen-platte			Kalifen-name	wasser-dichte Schutz-decke			
			Winter-apfel-sorte					Unter-kunft, Wohn-ung		Ab-wesen-heits-nachweis		Stadt-teil von Berlin	Fisch-er
								altes Getrei-demah					Mineral-oder Gesteins-körnchen
			ein-träg-lich, lohnend		kuban. Politiker: ... Guevara	aus-führen, verrich-ten	Schmuck-stein			griechi-scher Liebes-gott		chem. Zeichen für Gallium	
								Box-kampfstätte					
			fließig; fähig		dies-jährig (süd-deutsch)				deutsche Hanse-stadt				
			erhöhen, aus-zeichnen				Wickel-gewand der Inderin			feste Erdober-fläche			

Magisch: 1. Othello, 2. Gehilfe, 3. Klaffer
aktuell
5. Schwestern, 6. Gesellen, 7. Telefon
2. Narkose, 3. Gewitter, 4. Krauter
Mittelworträtsel: 1. Schwarz
ANS TSC HUN
KUN LAO
ESTCKUNG
MARDER
NE KULANT

Schüttelrätsel:
AV
S
KUN
LAO
ESTCKUNG
MARDER
NE KULANT

So ist's richtig:
AV
S
KUN
LAO
ESTCKUNG
MARDER
NE KULANT

Schüttelrätsel

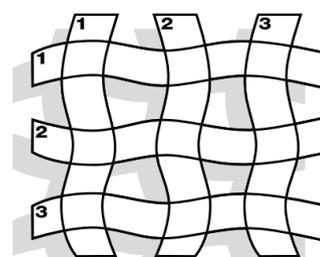
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACEGK NNSTU	AENN	AERST	CEEK	CHRSU	AHTU	ANNU	GOTT
CEHST					AOT		
ADEM RR		AKLN TU					
					HTU		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für derzeit, zeitgemäß.

1	TIEF					TEE
2	VOLL					ARZT
3	HITZE					LUFT
4	GARTEN					BAD
5	KANAL					TOR
6	JUNG					BRIEF
7	AUTO					BUCH



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Figur bei Shakespeare
- 2 Assistent, Beistand
- 3 altes Längen-, Raummaß

HEIMATKREISE

Nachbarschaftsgespräch der Vorstände

Ein gelungener Austausch über die Perspektiven der Heimatarbeit Tilsits, Tilsit-Ragnits und der Elchniederung

Nach zweijähriger Pause konnte im idyllischen Gunzenhausen in Franken die traditionelle Beratung der Vorstände der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Elchniederung und der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. stattfinden. Erwin Feige, der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. hatte zum 30. Juli eingeladen.

Zehn Vorstandsmitglieder und Beauftragte tauschten sich zur Entwicklung und zu Perspektiven der Heimatarbeit in unseren Gemeinschaften aus. Erfreut stellten sie fest, dass unsere ostpreußischen Heimatvereine trotz Corona-bedingter Beschränkungen eine kontinuierliche Arbeit geleistet haben. Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. konnte sogar ein Stadtvertretertreffen mit Präsenz in Chemnitz durchführen. Die beiden Kreisgemeinschaften mussten zwar ihre Mitgliedertreffen verschieben, gleichwohl gelang eine kommunikative Arbeit in deren Kirchspielen und die pünktliche Herausgabe der beliebten Heimatbriefe, zuletzt zu Pfingsten 2021 mit den Heften Nr. 73 „Die Elchniederung“ sowie Nr. 107 „Land an der Memel/Tilsiter Rundbrief (LadM/TR)“. Die anhaltende Spendenbereitschaft unserer Mitglieder sicherte deren Herausgabe; die drei Vorstände danken ihren Mitgliedern für dieses sichtbare Zeichen der Heimmattreue, rufen aber auch auf, nicht nachzulassen, da sowohl die Anzahl der Mitglieder als auch das Spendenaufkommen zurückgegangen sind.

Maßnahmen der Mitgliedergewinnung und der Nachwuchsgewinnung wurden beraten. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V., Dieter Neukamm, konnte von erfolgreichen Bemühungen der Nachwuchsgewinnung berichten. Erfreut registrierten die Teilnehmer die hohe, stabile Mitgliederanzahl



Unter dem Elch vereint: Teilnehmer des Nachbarschaftsgesprächs der Vorstände und Beauftragten der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., der Kreisgemeinschaften Elchniederung e.V. und Tilsit-Ragnit e.V. im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern am 30. Juli (v. l. n. r.): Hans-Joachim Scheer, Hermann Valentin, Fritz Klingsporn, Manfred Romeike, Erwin Feige, Barbara Dawideit, Helmut Subroweit, Bernd Polte, Valentina Manthey, Dieter Neukamm

Foto: Wolfgang Nienke

der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. Auch die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. konnte auf ihrer kürzlich durchgeführten Stadtvertreterversammlung in Chemnitz zwei neue Stadtvertreter vorstellen.

Die Vorstände würdigten die hohe Qualität und die Kompetenz der Redakteure und Schriftführer unserer Heimatbriefe, Barbara Dawideit und Heiner J.

Coenen, und sprechen ihnen ihren Dank aus. Durch unsere Mitglieder und Gastbeiträge wurden in den vergangenen zwei Jahren interessante und informative Beiträge erstellt.

Durch die Einreiseverbote in das Königsberger Gebiet fanden keine Heimatreisen und Treffen mit den Administrationen und den heutigen Bewohnern statt.

Durch die Vorstände und Mitglieder unserer Gemeinschaften wurden dennoch briefliche und virtuelle Kontakte gepflegt, aufrechterhalten und zum Teil neu aufgebaut. So sind der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit drei aktive russische Bürger beigetreten. Erfolgreich verlief hier die Gewinnung junger Mitglieder für die Kreisgemeinschaft und die Heranführung

an zukünftige Führungsaufgaben. Die Kreisgemeinschaft Elchniederung berichtete stolz über die Renovierungsarbeiten an der Heinrichswalder Kirche, die zukünftig auch das dortige Heimatmuseum der Elchniederung beheimaten wird. Die Stadtgemeinschaft Tilsit bereitet die Herausgabe der im Jahre 2020 auf Russisch erschienenen dritten Auflage des Buches „Tilsitskyje Dominanty“ für das Tilsiter Stadtfest 2022 auf Deutsch vor. Die finanziellen Mittel dazu werden durch eine großzügige Spende der verstorbenen Tilsiter Bürgerin, Anne Schiborr bereitgestellt.

Valentina Manthey stellte als Verbindungsfrau der Tilsiter zu Sowjetsk die neuesten Entwicklungen in Tilsit vor.

Die Vorstandsmitglieder stellten viele Gemeinsamkeiten unserer Kreise an der Memel und der Stadt Tilsit fest und berieten Maßnahmen für die Jahre 2022 und 2023. So wurden die Teilnahme an den Ostpreußentreffen, gemeinsame Reisen in die Heimat, Nachbarschaftstreffen und gemeinsame Beratungen terminiert.

Die Vorstände Manfred Romeike, Dieter Neukamm und Erwin Feige zogen eine positive Bilanz des Nachbarschaftsgesprächs. Auch zukünftig werden die gemeinsamen Anstrengungen zur Organisation unserer Heimatarbeit auf der Agenda der Vorstandsarbeit stehen.

Zum Abschluss der Tagung besuchten die Teilnehmer im dortigen eindrucksvollen Ordensschloss das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern, dessen Direktor Wolfgang Freyberg es sich nicht nehmen ließ, selbst durch die mit modernen museumspädagogischen Mitteln ausgestatteten Räume kompetent zu führen.

Günter H. Hertel, Pressesprecher nach einer Textvorlage von Bernd Polte, Stadtvertreter der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

ARBEITSBRIEFE

Von der Entstehung der Nehrung

Die Landsmannschaft Ostpreußen birgt in ihrer Mediathek viele Schätze, so auch zur Frischen Nehrung

Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hat eine umfangreiche Mediathek mit zahlreichen Arbeitsbriefen. Ein kleiner Ausschnitt aus Edward Carstenns Text wird hier leicht verändert wiedergegeben:

Wie einst auf schnellen Seglern von Norden her Vandalen, Burgunder, Rugier und Goten der Danziger Bucht zustreben, wie einst die Lübecker ihre Kriegsschiffe und Handelskoggen hierher lenkten, so ließ später der Reeder seine Segel- und Dampfschiffe in die Danziger Bucht laufen zu den beiden Einfallstoren ins Preußenland: Weichselmündung-Danzig im Westen und Pillau-Königsberg im Osten.

Zwischen beiden dehnt sich die sandreiche Frische Nehrung, eine langgestreckte, schmale Insel, seit alters her der natürliche Schutzwall für die Häfen Danzig, Elbing, Braunsberg und Königsberg. Wechselvoll gestaltete sich das Schicksal dieses Dünenwalls im Laufe der Jahrhunderte. Der Ostsee Wellen, des Weichselstromes Gewalt, der Stürme Wehen, sie zausten und zausten an ihr, zerstörten hier und bauten dort neu auf in ewigem Kampf. Land ringt mit Wasser um den Besitz. Und der kleine Mensch maßt sich an, diesen Kampf als Führer zu meistern.

Es mag jetzt gut fünftausend Jahre her sein, dass die Schlammassen der Weichsel von Süden gegen die preußische Höhe brandeten, sie durchbrachen und sich nordwärts in die weite Ostseebucht er-

gossen zwischen dem Samland im Osten und der Oxhöfter Kämpfe im Westen. Die Gletscher vom Norden hatten der Weichsel diesen Raum freigegeben.

Damals wurde die Frische Nehrung geboren. Wo der Küstenstrom der Ostsee sich mit den Weichselfluten kreuzte, blieb der Schlick des Stromes liegen und wuchs bald empor zu kleinen Inseln bis zum Wasserspiegel. Die Wellen der Ostsee schlugen dagegen, warfen Sand und Steine darauf, ihr Küstenstrom verlagerte den feinen Baustoff nach Osten hin. An breitere Inselteile schlossen sich schmale an. Wind und Sturm ergriffen den Sand und türmten ihn auf zu Dünen gegen die abgetrennte Bucht, das Frische Haff. Dieses wurde zum Auslaufbecken der Weichsel. Deren Strom staut sich hier bei Hochwasser, stürzt gewaltig durch die schmalen Gänge zwischen den Inseln in die See, reißt fort, was der Küstenstrom zutrug, und vertieft die Engen zur willkommenen Fahrstraße für den Seemann. Der Weichselchlick legt sich nieder, langsam baue Jahr um Jahr, Schicht auf Schicht, bis die Südwestbucht des Haffes zugebaut ist, das Land zur Wasserfläche emporsteigt; Land, durchzogen von zahllosen, tiefen Rinnen der Deltaarme. In Jahrhunderten hebt sich langsam die Küste, mit ihr das neue Schwemmland, dann senkt sie sich wieder und gibt dem Wasser Raum, ein Auf und Ab, als atme die Erde. Die Inseln



Wie verwunschen liegen sie da: Wanderdünen bei Pillau. Diese Aufnahme zeigt die Frische Nehrung um 1935

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

wachsen zusammen und lassen nur wenig Auslässe für die Weichselfluten, die Nehrung taucht ein und neue Tiefen entstehen zwischen den hohen Dünen.

Als atme die Erde

Im Sturm leckt die See bis an die Kronen der Sandberge, im Frühjahr türmt die Weichsel ihre Eisschollen hoch, dahinter steigt das Wasser und drückt gegen die

Nehrung. Von beiden Seiten stürmt es gegen das schmale Land und reißt Löcher in den Dünenwall, hinweg über hoffnungsvolle Siedlungen des arbeitenden Menschen, hinweg über Wald, Moor und Schilf, die glaubten, festen Fuß für immer gefasst zu haben. Der täglich blasende Wind, der rasende Sturm tragen Sandkorn um Sandkorn durch die Luft. Und staunend betrachten die Wanderer am

Seestrande den freigelegten Friedhof von längst verschollenem Leben. Unter der Wanderdüne, in Jahrhunderten Pflanzen und Wohnungen der Menschen überrollt, liegt der Ordenshof Vogelsang; im Jahre 1825 verschlang sie die Kirche zu Neukrug, und nur mühevoll konnten Narmeln und Vöglers vor ihr gerettet werden.

Nicht ruht der Mensch im Kampf mit der Natur. Er will sie meistern. Wagemutig fährt er von den hohen Elbinger und Danziger Bergen über das Haff zu den Inseln. Dort stellt er Netze in die reichen Fischgründe, dörrt oder räuchert den Fang, sammelt den Bernstein, bearbeitet ihn und häuft ihn auf für die Händler, die bei ihm nach langer Fahrt über das Meer zur ersten Rast sich schicken. Selbst dem Sande verliert er Wert.

Ihn sucht die Hausfrau zum Scheuern, seiner bedurfte der Gelehrte und der Kaufmann, der Ratsschreiber und Kanzlist neben dem Tintenfass. Gern nahm der fremde Seemann den feinkörnigen Nehrungssand als Ballast mit nach Haus, wenn nicht ertragreichere Ware den Bauch seines Schiffes ganz ausfüllte.

Edward Carstenn

● Den vollständigen Text zur Frischen Nehrung und Arbeitsbriefe zu vielen anderen Themen finden Sie in der Mediathek der LO unter Internet: www.ostpreussen.de/lo/mediathek

DDR

Politischer Widerstand eines gebürtigen Ostpreußen

Am 18. August 1976 entzündete Oskar Brüsewitz seinen mit Benzin getränkten Talar

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das DDR-System kollabierte nicht mit einem Schlag. Vielmehr wurde es schon lange vor 1989 durch spektakuläre Widerstandshandlungen von Einzelpersonen unterminiert. Diese führten dazu, dass sich die Massen nach und nach vom „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden“ sowie dem SED-Regime distanzieren. Eine dieser Aktionen fand am 18. August 1976 statt. An jenem Tage parkte der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz seinen Wartburg 311 vor der Michaeliskirche in Zeitz und stellte einige Plakate auf das Dach des Wagens, die unter anderem verkündeten: „Die Kirche in der D.D.R. klagt den Kommunismus an!“ Anschließend übergoss er seinen Talar mit 20 Litern Benzin und zündete ihn an. Kurz darauf eilten zwei Passanten herbei und erstickten die schon meterhoch lodern den Flammen. Dann trafen auch einige Volkspolizisten vor Ort ein. Diese beschlagnahmten zuerst die Plakate, bevor sie den Schwerverletzten ins Bezirkskrankenhaus Halle-Dörlau bringen ließen. Dort starb der Geistliche am 22. August 1976 aufgrund massivster Verbrennungen am ganzen Körper.

Brüsewitz, der am 30. Mai 1929 als drittes Kind einer armen Handwerkerfamilie in Willkischken im Memelland geboren wurde, hatte zunächst keine geistliche Laufbahn im Sinn. Nach dem Dienst in der Wehrmacht und der Kriegsgefangenschaft in der UdSSR ging er im Herbst 1945 in die sowjetische Besatzungszone und erlernte dort bis 1947 das Schusterhandwerk. Anschließend wechselte Brüsewitz nach Melle in der britischen Besatzungszone, wo er 1951 die Schuhmachermeisterprüfung ablegte. Seine im gleichen Jahr geschlossene Ehe scheiterte 1954, woraufhin er nach Weißenfels in der nunmehrigen DDR zog und dort das Christentum für sich entdeckte. Dennoch arbeitete



Ein streitbarer Prediger: Oskar Brüsewitz mit einem Transparent auf dem Gelände seiner Kirche in Droßdorf/Rippicha bei Zeitz in der Deutschen Demokratischen Republik 1976

Foto: ullstein bild - Kobelt

te Brüsewitz zunächst weiter als Handwerksmeister – organisierte jetzt aber nebenher auch die Evangelisationsarbeit im Kirchenkreis Sömmerda.

Klagt den Kommunismus an

1964 begann der 35-Jährige, die Predigerschule in Erfurt zu besuchen. Nach deren erfolgreicher Absolvierung im Jahre 1969 wurde er 1970 in Wernigerode ordiniert und übernahm danach die Pfarrstelle in der kleinen Gemeinde Droßdorf-Rippicha im Süden des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt. In der Folgezeit erwies

sich Brüsewitz als höchst streitbarer Geistlicher, der die DDR-Behörden unablässig herausforderte. So brachte er ein riesiges Kreuz aus Leuchtstoffröhren an seiner Kirche an und kontierte den SED-Slogan „Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein“ mit einem Plakat, auf dem stand: „Ohne Regen, ohne Gott geht die ganze Welt bankrott.“ Das machte ihn einerseits enorm populär und sorgte für stattliche Besucherzahlen bei den Gottesdiensten, rief aber andererseits auch die „Staatsorgane“ und die Kirchenleitung auf den Plan. Wobei die letz-

tere in Gestalt von Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer Brüsewitz am 23. Juli 1976 empfahl, in eine andere Gemeinde zu wechseln. Parallel hierzu drohte die DDR-Staatssicherheit dem unbequemen Pastor, ihn binnen 24 Stunden in die Bundesrepublik abzuschleppen oder in die Psychiatrie einzuweisen, wenn er seine „staatsfeindlichen Provokationen“ fortsetze. Und dann brach kurz darauf auch noch ein mysteriöser Brand im Pfarrhaus aus. Vor diesem Hintergrund entschloss sich der Geistliche zu seiner Verzweigungstat der Verbrennung.

Die Beerdigung von Brüsewitz fand am 26. August 1976 statt. Zu ihr erschienen trotz scharfer Überwachung durch Polizei und Staatssicherheit 400 evangelische und katholische Kirchenvertreter aus der ganzen Deutschen Demokratischen Republik. Die Trauerrede hielt dabei kein anderer als Brüsewitz' ehemaliger Vorgesetzter Bäumer.

Wenig später, nämlich am 31. August, veröffentlichte die SED-Parteizeitung „Das Neue Deutschland“ einen zutiefst bössartigen Artikel über den toten Pfarrer, in dem es hieß, er habe „nicht alle fünf Sinne beisammen“ gehabt. Dieser Verleumdung folgten absurde Anspielungen auf pädophile Neigungen und Kontakte zum Bundesnachrichtendienst. Das Ganze war eine Reaktion auf Berichte in den westlichen Medien. Bezeichnenderweise beteiligten sich bald auch DDR-Kirchenvertreter an dem Versuch, das „Fanal von Zeitz“ als Tat einer geistig verwirrten Person herunterzuspielen. Beispielsweise bezweifelte der Magdeburger Oberkonsistorialrat Harald Schultze im Interview mit dem ZDF ebenfalls die Zurechnungsfähigkeit von Brüsewitz. Gleichzeitig suchte der damalige Oberkirchenrat und spätere Ministerpräsident des Landes Brandenburg Manfred Stolpe den Schulterchluss mit der SED-Führung, indem er die kirchliche „Solidarität mit dem Staat“ beschwor. Bei den einfachen Gläubigen in der DDR kam dies jedoch alles andere als gut an und verstärkte die Entfremdung zwischen den Kirchenleitungen und der Basis.

Brüsewitz fand später noch zwei Nachahmer. Einer davon verbrannte sich aber nicht aus Protest gegen das DDR-Regime. Vielmehr gab der evangelische Pfarrer Roland Weißelberg, welcher am 31. Oktober 2006 im Erfurter Augustinerkloster auf die gleiche Weise den Tod suchte wie der gebürtige Ostpreuße zwanzig Jahre vor ihm, „Sorge vor der Ausbreitung des Islam“ als Motiv an.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kontinuität auch bei der Königin der Instrumente

Julian Gembalski will der schlesischen Orgel wieder Geltung verschaffen

Zu dem wohl wichtigsten Ereignis für Orgelmusikfreunde zählt die internationale Konzertreihe „Non Sola Scripta“ in der Breslauer Stiftskirche zum Heiligen Kreuz. Hier erklingt im Schatten des Domes an jedem Augustsonntag jeweils um 19 Uhr Orgelmusik, die von namhaften Organisten dargeboten wird. Einer, der sich nicht nur der Orgelmusik selbst, sondern auch dem Erforschen schlesischer Orgelgeschichte verschrieben hat, ist der Komponist und Professor der Karol-Szymanowski-Musikakademie in Kattowitz, Julian Gembalski. „Schlesien ist unglaublich reich, wenn es um die Leistungen der Orgelmeister geht. Breslau war einst ein Zentrum der schlesischen Orgelbaukunst. Später verlor dieses Zentrum an Bedeutung, weil es nach 1945 in Breslau kaum mehr intakte Instrumente gab. Es fehlte auch an Menschen, die über das Wissen um diesen Reichtum verfügten“, sagte der Leiter der Fakultät für Orgel- und Kirchenmusik an der Kattowitzer Musikakademie. Im 18. Jahrhundert, so Gembalski weiter, war Breslau europaweit für die Orgelmusik und den Orgelbau berühmt. Dort wirkten große Meister wie der Breslauer Michael Engler (1688-1760) oder der Sorauer Eugen Casparini (1623-1706).



Gibt seit fast zehn Jahren sein Wissen bei der Konferenz der Schlesischen Orgeln in Oppeln weiter: Professor Julian Gembalski

Foto: C. W. Wagner

„Breslau beeinflusste ganz Mitteleuropa. Doch das Wissen um die schlesische Orgelkultur war im Schlesien der Nachkriegszeit lange unbekannt; erst 30 Jahre nach Kriegsende haben sich polnische Musikologen langsam an das Thema herangetastet“, klagte der aus Laurahütte stammende Musikprofessor.

Der Verlust der kulturellen Kontinuität in Schlesien sei die stärkste Motivation für ihn, sich mit der schlesischen Orgelgeschichte zu beschäftigen, sagt er. „Durch die Nachkriegspolitik der Zerstörung, des Verschacherns von Kulturgütern und der mangelnden Pflege der verbliebenen Orgeln haben wir sehr viele

Instrumente verloren. Es entstanden im gesamten Schlesien große Lücken auch im Wissen um die Orgelgeschichte“, betonte er. Gembalski möchte diese Lücken schließen, auch wenn vieles nicht mehr möglich ist. An seiner Fakultät in Kattowitz gründete er das Museum Schlesischer Orgeln. Dort zeigt er Orgelfragmente, die er während seiner Forschung in Oberschlesien vor dem Verfall retten konnte. Die Objekte ließ er minutiös katalogisieren und sanieren. Zahlreiche Dokumente und Bilder aus Ober- und Niederschlesien erzählen die Geschichte der schlesischen Orgelkunst. Er lässt es sich nicht nehmen, die Besucher selbst durch die Sammlung zu führen. Im Laufe der Zeit wurde sein Orgelmuseum um eine Werkstatt für historische Sanierungen und 2012 ein Archiv erweitert. Gembalski arbeitet seit fast zehn Jahren darauf hin, dass sein Archiv die wichtigste Dokumentationsquelle für schlesische Orgelkultur wird. Ebenfalls seit 2012 ist er der Kopf der Konferenz für Schlesische Orgeln an der Universität Oppeln. In diesem Jahr sprach er mit seinem langjährigen Mitstreiter, dem Geistlichen Grzegorz Poźniak, über das Schaffen der Orgelbau-firma Berschdorf aus Neisse, deren wich-

tigste Schaffensperiode in die Jahrhundertwende fiel. Ihr größtes Instrument ist die 1941 erbaute Orgel in der St. Barbara-Kirche im Oberschlesischen Beuthen.

Aktuelle Orgelkonzerte

Wer das musikalische Können des Orgelliebhabers erleben möchte, muss heute jedoch nach Ostpreußen reisen. Dort sind die Passenheimer (Pasłęk) Orgelkonzerte 2021 im vollen Gange. In der dortigen evangelischen St.-Bartholomäus-Kirche erklingt die 1719 vom Danziger Orgelbau-meister Andreas Hildebrandt erschaffene Orgel. Das einzigartige Instrument ist 2013 grundsaniert worden, und internationale Organisten erfreuen nun das Ohr der Musikfreunde. Am 14. August um 19.30 Uhr bringt Julian Gembalski barocke Musik sowie eigene Kompositionen und Improvisationen zu Gehör.

Orgelmusik in Schlesien kann man zur Zeit in Haynau bei Liegnitz genießen. In der dortigen Peter-und-Paul-Kirche werden am 15. und 28. August um 19 Uhr Orgelvirtuosen aus ganz Schlesien ihr Können unter Beweis stellen. Das Abschlusskonzert des Haynauer Sommer-Orgelfestivals ist für den 26. September anberaumt.

Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

Die Glocke und die unterirdische Stadt auf Wollin

Einzigartiges Zeugnis der Militärgeschichte, 1939 erbaut – Im „Kalten Krieg“ der geheimste Ort Polens

VON ERWIN ROSENTHAL

Swinemünde begeistert seine Besucher nicht nur durch den breitesten Sandstrand der Insel Usedom, seine attraktive Promenade und die Luxus-Hotels, sondern auch durch seine historischen Bauwerke. Die drei Festungen aus dem 19. Jahrhundert, die 1912 erbauten kaiserlichen Kasernen und der während des Krieges entstandene ehemalige Schnellboothafen in Kaseburg gehören zweifellos dazu.

Strandbatterie Goeben

Das architektonisch originellste militärische Bauwerk am Ort ist jedoch die frühere Feuerkommandostelle der Strandbatterie Goeben, wegen seiner Form auch „die Glocke“ genannt. Namensgeber für die Batterie war der preußische Infanterie-General August von Goeben, bekannt geworden durch den Krieg 1870/71. Der im Jahre 1939 erbaute 30 Meter hohe Turm befindet sich auf der Pritterschen Halbinsel, unmittelbar am recht holprigen und relativ einsamen Radweg R 10, der von Swinemünde nach Misdroy führt.

Im Obergeschoss des Turmes befand sich die Kommandozentrale, während weiter unten die Unterkunftsräume der Soldaten und ein Kraftwerksraum untergebracht waren. Die gewaltigen Kanonen der Batterie, deren Geschosse 284 Kilogramm wogen, hatten eine Reichweite von 36 Kilometern. 1940 verlagerte man die Geschütze nach Norwegen. Die „Glocke“ diente jedoch weiter als Feuerkommandostelle der Batterie „Vineta“. Nach dem Krieg nutzte den Turm zunächst die polnische Artillerie, während er heute als Brandschutzbeobachtungsturm dient. Die Modernisierung des Gebäudes wurde im Rahmen der Förderung des deutsch-polnischen Grenzgebietes durch die EU mitfinanziert.

Batterie Vineta

Wenige Kilometer weiter, ebenfalls am Radweg R 10, lädt die auf dem höchsten „Hügel“ des Dünengebietes gelegene frühere Batterie Vineta, auch „die unterirdische Stadt“ genannt, zu einer Besichtigung ein.

Das Interesse ist groß, denn das Objekt bildet ein einzigartiges Zeugnis der Militärgeschichte der Region.

Radarortung bis 70 Kilometer

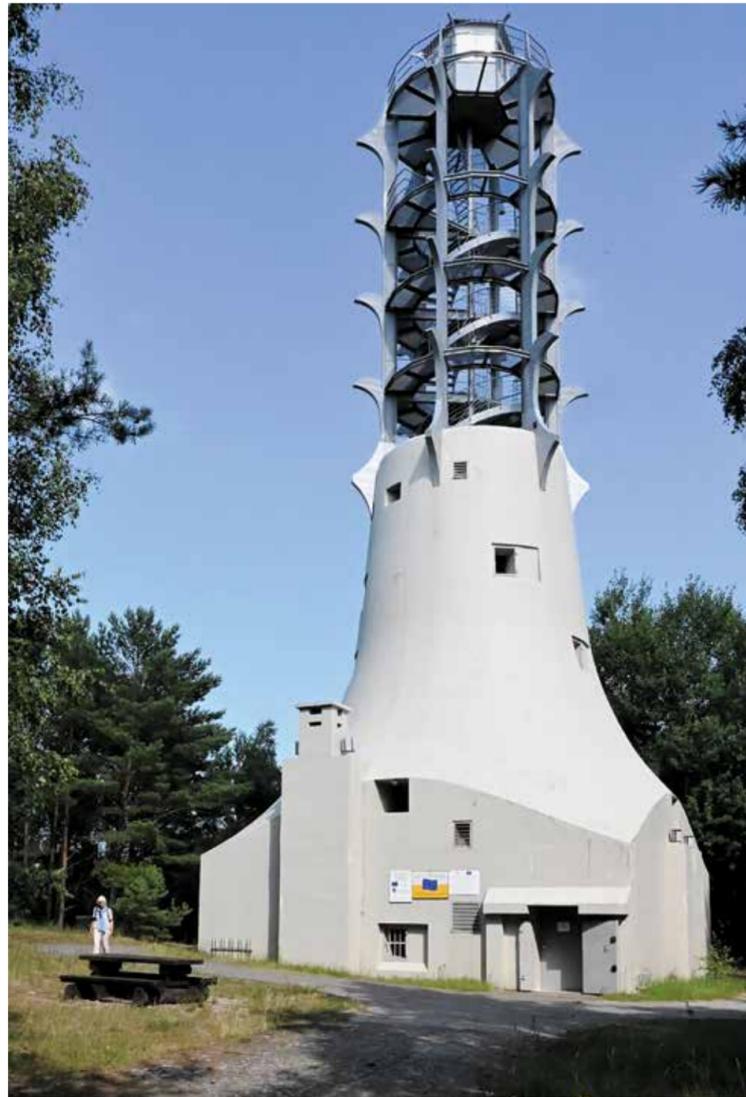
Erbaut wurde die Batterie Vineta im Jahre 1939 als Verteidigungskomplex für die Marinebasis Swinemünde. Die Planungen für das Objekt begannen bereits 1935, die preußische Forstverwaltung hatte sich jedoch zunächst mit Erfolg geweigert, 15 Hektar Wald für einen Spottpreis an das Militär abzutreten. Die wichtigsten Objekte der Batterie waren die vier Kampfbunker, die 120 Soldaten Unterkunft boten. Jeder der Bunker war mit einem 15-cm-Geschütz bestückt. Hinzu kam ein zweistöckiger Kommandobunker mit einer Reihe gepanzerter, mit optischen Geräten ausgerüsteter Kuppeln.

Etwas weiter östlich befanden sich die Maschinenräume und ein Munitionslager. Eine moderne Radaranlage, mit der Objekte bis zu einer Entfernung von 70 Kilometern geortet werden konnten, Wachhäuser, Wohnbaracken und Trafostationen komplettierten die Anlage.

Eine Fehlinvestition

Das Ganze entpuppte sich später – ebenso wie die Batterie Goeben – als Fehlinvestition, denn es gab hier zu dieser Zeit keine Ziele für eine Kanonade. Um die Jahreswende 1940/41 wurden daher die gesamte Besatzung und die Geschütze in die Niederlande verlegt. Die Batterie auf der Insel Wollin fungierte von nun an als Ausbildungsstätte für die stationäre Artillerie der Kriegsmarine. Zudem diente sie als Muster für ähnliche Stellungen in anderen Ländern Europas.

Nachdem im Mai 1945 die Rote Armee Swinemünde eingenommen hatte – die Kanonen der Batterie Vineta hatte die Wehrmacht bereits vor ihrer Flucht gesprengt – wurde das gesamte Areal fast leer geräumt. Um die Jahreswende 1945/46 übergaben die Sowjets das Objekt an die polnische Armee. Bereits in den 1950er Jahren wurde die Batterie zu einem Ersatzkommandoposten für die höchsten Militärbehörden der polnischen Armee umgestaltet. Gesichert wurde das Gelände



30 Meter hohe „Glocke“: Der futuristisch wirkende obere Teil wurde nach dem Krieg modernisiert
Foto: Erwin Rosenthal

mit Flugabwehrkanonen, einer Mörserbatterie, Maschinengewehrstellungen und zwei T-34-Panzern.

In den 1960er Jahren gab es eine weitere Umgestaltung. Die Anlage wurde zur Ausweichleitstelle der polnischen Generalität ausgebaut. Während im Krieg zwischen den Bunkern Laufgräben existiert

hatten, verband man nun die fünf Bunker durch ein mehr als 1000 Meter langes unterirdisches Tunnelsystem aus Beton. Auf diese Weise entstand die unterirdische Stadt mit dem Codenamen 10150, die annähernd ein halbes Jahrhundert eine wichtige Funktion in der Strategie der polnischen Armee innehatte. Es handelte

sich hier um eins der am strengsten gehüteten Geheimnisse des „Kalten Krieges“. Nur wenige – vorrangig die höchsten Offiziere – wussten von dem geheimen Kommandoposten.

Hochrangige polnische Politiker und Kommandeure, etwa der damalige polnische Verteidigungsminister Jaruzelski und der Kommandeur der Kriegsmarine, Admiral Janczyszyn, hielten sich häufig in der Festung auf. Im Kommandobunker befand sich hinter sehr schweren Türen ein Raum, der Schutz vor den Waffen eines modernen Krieges bieten sollte. In den Bunkern hätte die Besatzung ohne Kontakt nach außen mehrere Monate überleben können. Selbstverständlich fehlte auch ein Offiziers-Kasino nicht.

Letzte Militärübung 1995

Die letzten Übungen für die „Stadt 10150“ waren die „Piranha“-Manöver im Jahre 1995. Danach wurde der Komplex stillgelegt und im Jahre 2014 als Filiale des Museums für Küstenverteidigung in Swinemünde für Besucher geöffnet.

Der Rundgang durch die „unterirdische Stadt“ dauert circa 90 Minuten. Ein Mitarbeiter des Museums, der in eine historische polnische Form geschlüpft ist, lässt die Besucher antreten, er kommandiert, singt und erklärt – leider aber nur in polnischer Sprache. Glücklicherweise gibt es ein sehr informatives Falblatt, das in deutscher Sprache ausführlich Information über die Anlage liefert. Zudem antwortete der Museumsmitarbeiter bereitwillig in englischer Sprache auf Fragen der Besucher.

Nicht jedermanns Sache ist hingegen der etwa fünf Minuten dauernde Fußmarsch durch einen engen, völlig dunklen unterirdischen Gang. Angst vor der Dunkelheit oder Platzangst (früher auch Bunkerangst genannt) darf niemand, der sich beim Rundgang durch den Bunker in die deutsche und polnische Geschichte einfühlen möchte, haben.

● **Info** Auf der Internetseite www.podziemne-miasto.pl kann das Flugblatt mit der deutschen Beschreibung des Museums heruntergeladen werden

HEIMATARBEIT

67. Tag der Stettiner in Lübeck

Groß war die Wiedersehensfreude



Circa 50 Teilnehmer waren gerne der Einladung nach Lübeck gefolgt. Das Treffen am 1. August fand erstmalig im Bootshaus/Ruderklub statt, ganz in der Nähe des „Haus Stettin“ am Hüxterdamm 18a.

Die Vorsitzende des Heimatkreises Stettin, Ursula Zander, eröffnete die Veranstaltung und gab der Freude Ausdruck, dass endlich ein Wiedersehen zustande gekommen ist, nachdem im vergangenen Jahr Corona-bedingt kein Treffen stattfinden konnte.

Der Stellvertretende Stadtpräsident der Patenstadt Lübeck, Ulrich Pluschkell, SPD, betonte in seinem Grußwort die lange Verbundenheit zu den Stettinern. Die Stadtverwaltung hatte extra an diesem

Feiertag die Stettiner Flagge am Rathaus hissen lassen. Anhand der weiteren Grußworte konnte man erkennen, dass nicht nur Stettiner gekommen waren, sondern auch der Landesvorsitzende der Pommerischen Landsmannschaft Schleswig-Holstein, Horst Born, Vertreter der Heimatkreise Kolberg/Körlin und ein Familienforscher aus Stolp. Direkt aus Stettin angereist war Monika Szymanik, sie hat das interessante Buch „Altbau Liebe einer Stettinerin“ veröffentlicht (es wurde in der PAZ-Ausgabe Nr. 17 vom 30. April 2021 vorgestellt). Ein neues Buchprojekt hat sie in Vorbereitung.

Eberhard Gaese sprach Worte des Gedenkens. Die altverdienten Stettiner Prof. Kurt Bergunde und der Ehrenvorsitzende Dr. Horst Jeschke trugen mit ihren Kurzbeiträgen ebenfalls zum Gelingen des Treffens bei. Für ihre vielfältigen Verdienste um den Heimatkreis und für das Haus Stettin (zum Beispiel ihr Buch: „Pölit in alten Ansichten“) wurde die 90-jährige Frau Dr. Hilkenbach, geb. Maronn aus



Prof. Dr. Dr. Kuhlmann bei seinem engagierten Vortrag
Foto: B. Stramm

Stettin-Pölit mit dem „Stettiner Frauenorden“ ausgezeichnet.

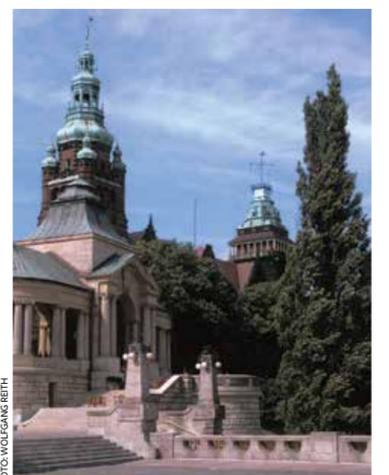
Prof. Dr. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Pastor im Ruhestand und Historiker, hielt den Festvortrag mit dem Thema: Stettiner Bahnhof – von Stettin nach Stettin. Der schilderte die Zeit 1945, als er mit seiner Familie die Heimat verlassen musste mit den ganzen schrecklichen Geschehnissen und stellte weiterhin anhand von

Dokumentationen des englischen Historikers Norman Davis und eines polnischen Historikers klar, dass die Schuldfrage zum Kriegsbeginn keineswegs nur bei den Deutschen lag. Dinge, die passiert sind, müssen beim Namen genannt werden und man müsse sich die Wahrheit sagen.

In seiner an diesem Sonntagvormittag als Pastor gehaltenen Andacht wurde auch gesungen und in seiner Abkündigung nannte er die Namen mit Altersangaben von sechs betagten Altstettinern, die im letzten Halbjahr heimgerufen wurden und die sich sehr für die Heimat in Wort, Schrift und Gesang eingesetzt haben.

Am späten Nachmittag fand die Wahl der HKT/HKA-Mitglieder für die nächsten zwei Jahre statt. Wiedergewählt wurden Wolfgang Dahle, Eberhard Gaese, Max Manke, Heidemarie Stein und die Vorsitzende Ursula Zander. Ein neues Mitglied ist Uwe Burmester aus Greifswald, der über gute Kontakte in die Heimatstadt

Stettin verfügt. Pünktlich zum Heimattreffen ist der „Stettiner Bürgerbrief 2021“ herausgekommen. *Brigitte Stramm*



Heimatstadt Stettin – Die Hakenerrasse und Regierungsgebäude

„Welches sind unsere nationalen Interessen?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Endlich einmal ein Modethema in der PAZ. Gerne mehr davon!“

Gunda Köhler, Leipzig
zum Thema: Der Koffermacher aus Paris (Nr. 30)



Ausgabe Nr. 30

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN SEGEN FÜR UNGARN
ZU: WAS VIKTOR ORBÁN WILL
(NR. 29)

Wahrscheinlich haben viele Politiker und Journalisten das ungarische Gesetz weder gelesen noch richtig verstanden. Es diskriminiert keineswegs Homosexuelle, sondern dient lediglich dem Schutz von Kindern und Jugendlichen, die durch Schulbücher und Filme nicht unnötig verunsichert werden sollen. Muss es wirklich sein, Menschen in der Pubertät beizubringen, dass es neben der Heterosexualität auch andere Lebensformen wie Homo- und Transsexualität gibt?

Man hat seit einigen Jahren ohnehin den Eindruck, dass die homosexuelle Lebensform in der Öffentlichkeit derart übertrieben betont wird, dass sie fast schon als „das Normale“ gilt. Wer hingegen in einer heterosexuellen Beziehung lebt, verheiratet ist und Kinder hat, muss sich fast schon dafür rechtfertigen. Beflügelt wird das alles durch Politiker, die sich öffentlich zur Homosexualität bekennen, sowie Journalisten, die diese Sichtweise noch beflügeln.

Wer homosexuell leben will, soll das tun, ohne es großartig publik zu machen, und dies darf selbstverständlich auch keiner Diskriminierung unterliegen. Kinder und Jugendliche hingegen, die in traditionellen familiären Verhältnissen aufwachsen, sollten damit jedoch nicht schon in ihrer frühen Kindheit konfrontiert werden. Nichts anderes besagt das ungarische Gesetz.

Zudem wird immer wieder bewusst ignoriert, dass die ungarische Regierung unter Viktor Orbán aus demokratischen Wahlen hervorgegangen ist, also die Mehrheit des Volkes hinter sich weiß. Aber das zählt natürlich nicht, wenn sie angeblich gegen westliche Werte und damit gegen die sogenannte „politische Korrektheit“ verstößt. Man muss eben die „richtigen“ Ansichten haben.

Nein, das ungarische Gesetz, das aus einem tiefen christlichen Verständnis entstanden ist, ist keine Schande, sondern ein Segen. *Wolfgang Reith, Neuss*

BÄRENDIENST FÜR UNGARN
ZU: WAS VIKTOR ORBÁN WILL
(NR. 29)

In seiner Kolumne argumentiert der Autor zu Recht gegen Frühsexualisierung von Kleinkindern und Transgender-Wahn. Er übergeht in seiner Auseinandersetzung aber den arglistigen Passus (eines Gesetzes in Ungarn, d. Red.) zur Homosexualität, der mit dem Vorgenannten nichts zu tun hat und der eigentliche Gegenstand der Kritik ist.

Da die aufgezählten Verbote mit „oder“ verbunden sind, gilt nämlich jedes einzelne als strafbar. So ergibt sich: „ist es untersagt, Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Inhalte zugänglich zu machen, die ... Homosexualität propagieren oder darstellen“.

Das heißt, ein 17-Jähriger in Ungarn darf Folgendes nicht lesen: mehrere Dialoge Platons, Gedichte von Rumi und Hafis, Sonette von Shakespeare, korrekte Lebensläufe von Alexander dem Großen, Leonardo da Vinci, Michelangelo und unzähligen anderen, sowie natürlich die antike Mythologie mit den vielen gleichgeschlechtlichen Beziehungen von Zeus, Apollon, Herakles und anderen, sowie wichtige Zeugnisse der modernen Literatur und Kunst.

Ab 14 Jahren beginnt offiziell die Pubertät, einem Jugendlichen, der seine Homosexualität entdeckt, wird in Ungarn vorgespiegelt, so etwas gäbe es nicht, und ein Psychologe, der ihn deshalb behandelt, darf nicht mal Ratgeber empfehlen, die solche Beziehungen darstellen.

Da Eltern von den Verboten nicht ausgenommen sind, trifft es nicht zu, dass es ihrer Erziehung überlassen bleibt, ob sie mit ihren Kindern solche Inhalte behandeln. Auch die Behauptung, das ungarische Gesetz spreche dem „vergesenen deutschen Jugendschutzgesetz“ stimmt nicht. Es entspricht dem aktuellen russischen Gesetz, und so ein zivilisatorischer Rückschritt hat in der EU keinen Platz. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán erweist seinem Land damit einen Bärendienst. *Ulrich Kühn, Bückeburg*

POLITISCHES DESINTERESSE
ZU: URSACHEN UND FOLGEN EINES SCHEITERNS (NR. 30)

Mit großem Interesse habe ich den kritischen Beitrag von Richard Drexel gelesen. Es ist schon fast bemerkenswert zu betonen, dass der Verfasser über sicherheitspolitische Fachkompetenz verfügt im Gegensatz zu vielen Journalisten, die militärisch eher ungebildet sind und das Ziel verfolgen, die Bundeswehr und ihre Einsätze zu diskreditieren.

Nach 30 Dienstjahren bei der Bundeswehr habe ich den Abschluss des militärischen Engagements der NATO als Stabs-offizier und Angehöriger der „Resolute Support Mission“ im Afghanistan-Einsatz bis Ende Juni hautnah erleben können. Wir haben das Camp Marmal in Mazar-e Sharif geordnet und kontrolliert an die afghanischen Kräfte übergeben, und das deutsche Einsatzkontingent hat vor Ort – ohne Unterstützung durch das deutsche Generalkonsulat (Auswärtiges Amt) – dafür gesorgt, dass die afghanischen Übersetzer sowie deren Familien mit Hilfe des Ortskräfteverfahrens ein Visum für die Ausreise nach Deutschland erhalten. Es entspricht definitiv nicht den Tatsachen, die Bundesregierung lasse die afghanischen Helfer der Bundeswehr im Stich, wie vielfach in der Presse berichtet wurde.

Ich stimme dem Verfasser zu, dass es in 20 Jahren Afghanistan offensichtlich kaum eine „halbwegs tragfähige Ausgangsbasis“ gab, auf die die Hilfen der internationalen Staatengemeinschaft hätten aufbauen können. Jahrelanger Bürgerkrieg, fremde Besatzungsmächte und die Herrschaft der Taliban hinterließen ihre Spuren. Ich glaube allerdings nicht, dass sich die Angehörigen der Bundeswehr jemals als Besatzungsmacht gefühlt haben.

Natürlich mussten wir uns schützen, aber die afghanische Seite wurde bei allen interkulturellen Unterschieden immer als Partner verstanden. Und natürlich kann es niemals das vorrangige Ziel eines solchen Einsatzes gewesen sein, Brücken und Mädchenschulen zu bauen, sondern die Sicherheit Deutschlands und seiner

Staatsbürger sollte in erster Linie gefördert werden. Die politischen Ziele der Afghanistan-Konferenzen waren ambitioniert, aber teilweise auch weltfremd. Die afghanische Gesellschaftsstruktur – besonders unter Berücksichtigung der großen Unterschiede zwischen Stadt und Land – hat den Aufbau demokratischer Strukturen nach westlichem Vorbild nur sehr bedingt zugelassen.

Ich verstehe nicht, warum in weiten Teilen der Medien das internationale Engagement in Afghanistan auf den militärischen Einsatz reduziert bleibt. Darin stimme ich mit dem Verfasser überein. Vielleicht liegt es an der Unkenntnis oder Desinteresse an außen- und sicherheitspolitischen Themen in Gesellschaft und Politik? Wenn deutsche Soldaten im Afghanistan-Einsatz beim Besuch von Bundestagsabgeordneten gefragt werden, warum sie eigentlich in Afghanistan sind und was nun genau ihr Auftrag ist, oder wenn die letzte Maschine nach 20 Jahren Bundeswehr-Einsatz auf dem Fliegerhorst in Wunstorf landet und nicht ein einziger Politiker die Heimkehrer begrüßen möchte, scheint das meine These von Unkenntnis und/oder Desinteresse zu stützen.

Für den Mali-Einsatz und alle zukünftigen Einsätze der Bundeswehr bleibt zu hoffen, dass in der Gesellschaft endlich außen- und sicherheitspolitische Themen inhaltsbezogen und nicht ideologisch diskutiert werden. Als Offizier will ich wissen, welches unsere nationalen Interessen bezogen auf den Einsatz sind, für die wir unser Leben aufs Spiel setzen sollen.

Olaf Rönnau, Dresden

SCHNELL ABGESCHRIEBEN
ZU: BAERBOCKS SKANDALE SPALTEN DAS GRÜNE LAGER (NR. 27)

Wer abschreibt, der kann ganz schnell völlig abgeschrieben sein, und der Traum von einer grünen Kanzlerin wird zur reinen Makulatur. Mit den Grünen ist das so, wie zum „Junge-Hunde-Kriegern“: einfach zum Verzweifeln gut und schön.

Riggi Schwarz, Büchenbach

ANZEIGE



2005
Amsantritt



2008
Finanzkrise



2010
Energiewende



2015
Flüchtlingskrise



2020
Corona-Pandemie

Wie eine Elite-Sozialistin Deutschland zerstörte und warum niemand sie aufhalten wollte

■ Sonntag, 22. September 2013, am Tag der Bundestagswahl, Konrad-Adenauer-Haus, kurz nach 18:00 Uhr.

Die Wahlsiegerin Angela Merkel lässt sich im Kreise ihrer Partei feiern. Umringt wird sie unter anderem von Armin Laschet, Ursula von der Leyen und Hermann Gröhe, damals CDU-Generalsekretär. Letzterem wird eine schwarz-rot-goldene Fahne gereicht. Bevor er die Bundesflagge schwenken kann, nimmt die Kanzlerin sie ihm, von sichtlichem Ekel erfüllt, aus der Hand, geht quer über die Bühne und wirft das deutsche Hoheitszeichen und Staatssymbol aus dem Sichtfeld der Kameras, die diese Bilder in alle Welt ausstrahlen.

Danach kehrt sie ins Zentrum der Bühne zurück, nicht ohne Gröhe mit ihren Blicken ins Gebet zu nehmen. Ihre Miene ist die einer Mutti, die ihren ungehorsamen Zögling für dessen Fehlverhalten zuerst tadelt, um ihm dann gnädig Bewährung einzuräumen.

Im Grunde wäre damit schon alles gesagt, was Angela Merkel und ihr Verhältnis zu dem Staat betrifft, dessen Geschichte sie 16 Jahre lang gelenkt hat. Indem die Bundeskanzlerin das nationale Hoheitszeichen Deutschlands symbolisch von der (Welt-)Bühne entfernt und in die Ecke befördert, demonstriert Angela Merkel vor aller Augen ihre ganze Verachtung für das Land, das sie regiert.

Wenn Merkel aber, offen zur Schau gestellt, keine deutschen Interessen vertritt, wessen Interessen vertritt sie dann?

Das Autorenkollektiv um Dr. C.E. Nyder gibt darauf höchst brisante Antworten und beschreibt fundiert, wie sie sich mit einer ganzen Reihe von Vertrags-, Gesetzes- und Verfassungsbrüchen rücksichtslos und ungestraft über den demokratischen Rechtsstaat hinweggesetzt hat. Zudem analysieren die Autoren in nie gekannter Deutlichkeit den Zusammenhang zwischen dem Niedergang Deutschlands und Merkels Regierungskurs.

Das Autorenkollektiv zeigt auf, wie es einer überzeugten Sozialistin gelingen konnte, ins Kanzleramt einzuziehen, und warum niemand – einschließlich der Wähler in Deutschland – sie aufhalten hat, als sie sich anschickte, das ihr so verhasste System Schritt für Schritt in eine Demokratie umzubauen.

„Ich will Sie mal aufklären. Sie haben eine Jungkommunistin, eine überzeugte Jungkommunistin zur Kanzlerin gewählt. Ist Ihnen das überhaupt klar?“ Oskar Lafontaine zum damaligen bayerischen Innenminister Günther Beckstein

Dr. C. E. Nyder: 16 Jahre Angela Merkel • gebunden • 288 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 984 000 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



„GROSSE BÄDER EUROPAS“

Wenn die Kur zur Nebensache wird

In Baden-Baden treffen sich die Reichen und Schönen – Mit zehn weiteren Kurorten zählt die Stadt jetzt zum UNESCO-Welterbe

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die drei traditionsreiche deutsche Kurorte sind zu Welterbestätten ernannt worden. Auf ihrer 44. Sitzung in der chinesischen Stadt Fuzhou im Juli hat das Welterbekomitee Unesco in der ersten Auswahlrunde die deutschen Kurorte Baden-Baden (Baden-Württemberg), Bad Ems (Rheinland-Pfalz) und Bad Kissingen (Bayern) zusammen mit acht weiteren europäischen Kurorten als „Große Bäder Europas“ mit dem Prädikat „Welterbe“ ausgezeichnet: Bath in Großbritannien, Baden in Österreich, Spa in Belgien, Vichy in Frankreich, Karlsbad, Franzensbad und Marienbad in der Tschechischen Republik und Montecatini Terme in Italien.

Natürliche Thermalwasser waren im späten 18. und im 19. Jahrhundert die Grundlage einer einzigartigen Tradition der europäischen Badekultur. Im Stadtbild dieser Kurorte sind bis heute historische Bauten erhalten, die auf medizinische, therapeutische und gesellschaftliche Funktionen ausgerichtet sind.

Unter den deutschen Heilbädern hatte Baden-Baden am Nordweststrand des Schwarzwalds eine herausragende Bedeutung als Modebad und Treffpunkt der eleganten Welt. Seit Ende des 18. Jahrhunderts wurde die von Waldbergen umgebene Bäderstadt im Kesseltal des Flüsschens Oos auf Betreiben des Markgrafen Karl Friedrich (1728–1811) planvoll zu einem attraktiven Kurort für die Hautevolee der damaligen Zeit ausgebaut. Aus ihrer Glanzzeit im 19. Jahrhundert hat sich die Stadt, die bis 1931 Baden oder Baden in Baden hieß, mit ihren heute 54.600 Einwohnern ein facettenreiches und einzigartiges kulturelles Erbe bewahrt.

Anfänge als römisches Soldatenbad

Das Kurhaus, der Musikpavillon, die eleganten Hotels und öffentlichen Thermalbäder, die Trinkhalle, Villenviertel, die Internationalen Galopprennen in Iffezheim und vieles mehr zeugen von der Strahlkraft der Bäderstadt im 19. Jahrhundert bis zum frühen 20. Jahrhundert. Kernzone des Welterbes sind die verschiedenen Stadtquartiere der Altstadt,



Wilhelm I. blickt zufrieden auf das UNESCO-Welterbe: Baden-Badens Trinkhalle mit der Kaiser-Büste

Foto: Shutterstock

die sich vom Mittelalter bis zum frühen 20. Jahrhundert entwickelten.

Bereits in der Antike waren Kurstädte Orte der Erholung und Unterhaltung. Schon im Jahr 220 n. Chr. wird Baden-Baden als Civitas Aurelia Aquensis bezeichnet, als „großer Badeort“ einer römischen Garnison. Die Badruinen unterhalb des 1877 eröffneten Friedrichbades sind Überreste von römischen Soldatenbädern. Der Kurbetrieb gründet sich auf zwölf 44 bis 68 Grad Celsius heiße, mineralhaltige Thermalquellen im Gebiet der Altstadt. Ihr Gebrauch für Trinkkuren, Bäder und Inhalationen sollte gegen Gicht, Rheuma und Atemwegserkrankungen helfen.

Eines der ersten Thermalbäder aus Stein ließ der römische Kaiser Caracalla im Jahr 200 n. Chr. errichten. Daran erinnert die moderne Caracallatherme, eine Kuranlage im Parkgelände des Rotenbachtals. Seit dem Spätmittelalter kam der Badebetrieb infolge von Kriegsereig-

nissen mehrmals für längere Zeit zum Erliegen. Einen Rückschlag brachten der Dreißigjährige Krieg und die Zerstörung von Stadt und Burg im Jahre 1689.

Luise von Preußen als Kurgast

Im Jahr 1804 weilte die preussische Königin Luise von Preußen in Baden-Baden. Nach den napoleonischen Kriegen zog es die Romantiker in den „von herrlichen Wäldern, alten Burgen“ und, wie Clemens von Brentano es formulierte, noch „in tiefer katholischer Einsamkeit“ gelegenen Kurort. Binnen weniger Jahre stieg die Zahl der Besucher sprunghaft an.

Die dynastischen Verbindungen des Hauses Baden mit deutschen und europäischen Fürstenhäusern führten dazu, dass zahlreiche Angehörige des europäischen Hochadels die Sommermonate an dem Schwarzwaldfluss Oos verbrachten. Ihre Anwesenheit zog Diplomaten, Industrielle und Künstler, Gesunde und Kranke

der Oberschicht in den aufblühenden Kurort, um gemeinsam die Vergnügungen und den Nutzen einer Gesellschaftskur zu genießen und Austausch zu pflegen.

Baden-Baden wurde Europas quirlige Sommerhauptstadt. Hier wurden Unterhaltung und Kontaktmöglichkeiten geboten, die sonst nur in Großstädten zu finden waren. Dabei traten die medizinischen Aspekte der Kur oft in den Hintergrund. Auf der 3,5 Kilometer langen Flaniermeile Lichtentaler Allee zwischen dem Hotel Badener Hof und dem Kloster Lichtental am Stadtrand begegneten sich die Sommerfrischler reitend, fahrend und spazierend.

Als zentrale Begegnungsstätte fungierte das von 1821 bis 1824 errichtete Konversationshaus und spätere Kurhaus, ein bis heute international bekanntes Wahrzeichen der Stadt. An den Mittelbau mit der Säulenvorhalle wurde 1853/54 zunächst der linke Seitenflügel angebaut,

um großzügige Räumlichkeiten für die Spielbank, das Casino, zu schaffen. Dieses war für nicht wenige Besucher und Kurgäste Dreh- und Angelpunkt ihres Aufenthalts in der Bäderstadt. In den historischen Spielesälen wird auch gegenwärtig noch gespielt.

Blütezeit durch Glücksspiel

Musiker, Schriftsteller und Künstler von Rang besuchten oder lebten in Baden-Baden. Seit 1860 war Richard Wagner mehrmals Gast im Haus der berühmten Sängerin Pauline Viardot-Garcia. Deren Freundin, die verwitwete Pianistin Clara Schumann, kaufte 1862 für sich und ihre Kinder ein Haus im Ortsteil Lichtental und gab seither häufig Konzerte für Freunde und Kurgäste. Ihre Anwesenheit veranlasste ihren treuen Freund, den Komponisten Johannes Brahms, eine nahe gelegene Wohnung zu mieten. In seiner damaligen Wohnung im Haus Lichtentaler Straße Nr. 8 befindet sich ein biografisches Brahms-Museum.

Im Sommer 1867 trafen sich die russischen Schriftsteller Iwan Turgenjew und Fjodor Dostojewskij in Baden-Baden, wobei sie sich hier wegen unterschiedlicher Weltanschauung in die Haare gerieten. Der Westler Turgenjew lebte als reicher Emigrant in der Stadt, der slawophile Dostojewskij hatte im Casino sein letztes Geld verspielt.

Als das Glücksspiel im Deutschen Reich 1872 verboten wurde, erfand sich die Stadt neu als bedeutendes Kur- und Heilzentrum. In dem nahe bei den Thermalquellen gelegenen Bäderviertel entstanden Prachtbauten im historisierenden Architekturstil mit modernen Therapieeinrichtungen.

Den Ruf als exklusiver Kurort hat sich Baden-Baden seither bewahren können. Nicht zuletzt durch das 1998 eröffnete Festspielhaus mit 2500 Sitzplätzen gilt die Stadt weltweit als unbedingt sehenswerte Reisebestimmung. Hier gelingt laut der städtischen Eigenwerbung „die einzigartige Kombination von großer Vergangenheit mit neuer und internationaler Lebenskultur auf höchstem Niveau“. Der sehr willkommene Welterbetitel unterstreicht diese Einschätzung.

INDUSTRIELLE REVOLUTION

Ein „göttlicher Dampf“ aus Branitz

Der Gartenkünstler als industrieller Visionär – Ausstellung über die Begeisterung, die Fürst Pückler für Dampfmaschinen aufbrachte

Es ist ein gewaltiger Spagat, die industrielle Revolution zu feiern und gleichzeitig ihren Abgesang in eine ungewisse Zukunft hoffnungsvoll zu zelebrieren. Brandenburg wagt den Versuch: Mit über 40 über das Land verteilten Projekten spürt es dem Strukturwandel im Rahmen seines Jahresthemas „Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Bewegung“ aus unterschiedlichen Perspektiven nach, und zwar nostalgisch wie innovativ.

Die Zukunft setzt auf den Erfindergeist des Menschen. Der sowohl vielseitig interessierte, als auch visionäre Fürst von Pückler-Muskau (gestorben 1871 auf Schloss Branitz) fungiert dabei als Leitfigur. Die Ausstellung „Pückler industriös“ im Branitzer Park verbindet die persönliche Anteilnahme des genialen Parkarchitekten am technischen Fortschritt mit einem allgemeinen Rückblick auf die Blüte der Industrialisierung.

Die wohlhabendste und fortschrittlichste Nation Europas war im 18. und

19. Jahrhundert dank seiner raschen Industrialisierung England. Nach englischem Vorbild sollte auch Preußen aufsteigen. Zwar war hier in Pücklers Ge-

burtsjahr 1785 die erste deutsche Dampfmaschine in Betrieb genommen worden, aber es dauerte noch Jahrzehnte, bis die Industrialisierung an Fahrt aufnahm und

den Agrarstaat grundlegend veränderte. Nach Napoleons Sieg und Preußens Zusammenbruch 1806 trugen vor allem die Stein-Hardenbergschen Reformen bis 1815 dazu bei. Anders als in England war es dann nicht die Textilindustrie, sondern Montanindustrie und Eisenbahnbau, welche die Entwicklung vorantrieben.

Die ersten Weltausstellungen 1851 in London und 1855 in Paris bildeten den Auftakt zu einer internationalen Ausstellungsbewegung, die bis in das 20. Jahrhundert das technische und industrielle Selbstverständnis der modernen Zivilisation widerspiegeln sollte. Pückler war einer von den mehreren Millionen Besuchern. Schon in London stellte er fest: „Übrigens bemerkte ich im Allgemeinen, daß in demselben Grade wie wir auf dem Kontinent in Luxus und Komfort seit Napoleons Sturz gestiegen sind, England zurückgegangen ist.“

Im Mittelpunkt stand der „göttliche Dampf“. Auch Pückler träumte von einer

Dampfmaschine, die Fontänen in Branitz sprudeln ließen. Allein ihm fehlte das Geld. Dafür studierte er aufwendig bebilderte Kataloge, die im Zuge der neuen Massenproduktion erstmals erschienen. Eifrig bestellte er deren Produkte und ließ sie sich schicken.

Neuere Techniken wie Eisenkunstguss, Zinkguss und Terrakottafraktion ermöglichten die preiswerte Produktion von Möbeln und Kopien bekannter Skulpturen und Reliefs in großer Zahl. Im Alter jedoch ahnte er bereits, „... daß der Natur unsere Zivilisation, besonders die jetzige industrielle, schauderhaft zuwider sein mag.“

Helga Schnehagen

● **Pückler industriös** läuft bis 31. Oktober. Besichtigung momentan täglich außer dienstags von 11 bis 18 Uhr mit telefonischer Terminbuchung – auch kurzfristig, Telefon (0355) 75150. Alle Ausstellungen zum Themenjahr findet man im Internet unter: www.kulturland-brandenburg.de



Kulturstaatsministerin Monika Grütters „füttert“ in Branitz die Lokomobile „Angelika“

● FÜR SIE GELESEN

Wenig bekannte Orte

Die Idee, Aufmerksamkeit für wenig bekannte oder nahezu unbekannte Orte mit einer besonderen Vergangenheit zu wecken, ist nicht neu. Für eine TV-Fernsehserie („Geheimnisvolle Orte“) hat sie sich bewährt, aber auf literarischem Gebiet ist die Umsetzung ein Novum.

Kleine Abenteuer unterwegs

Mit enormem Aufwand forschte die Geographin und Journalistin Pia Volk für ihr Buch „Deutschlands schrägste Orte. Ein Fremdenführer für Einheimische“ nach solchen speziellen Örtlichkeiten. Die Tipps für ihr Buchprojekt hatte die reiselustige Autorin von Freunden und Bekannten erhalten und sich daraufhin zu den vielversprechendsten Zielen auf den Weg gemacht, als sich im Sommer 2020 aufgrund der entspannten Coronalage die Möglichkeit dazu bot. Dabei erlebte sie kleine Abenteuer und erfuhr von freundlichen, kundigen Mitmenschen spannende Geschichten, die ihr bei einer ausschließlich im virtuellen Raum stattfindenden Recherche entgangen wären. So entstanden anschauliche Berichte über insgesamt 54 sehr unterschiedliche geographische und historische Kuriositäten. Die Auswahl erfolgte unter anderem nach dem Kriterium einer ausgewogenen Verteilung innerhalb Deutschlands.

Die Besonderheit der „obskuren“ Sieben Steinhäuser in der Lüneburger Heide, Grabstätten aus der Jungsteinzeit, besteht vor allem darin, dass sie sich mitten auf dem Truppenübungsplatz Bergen befinden und man sich am Eingang anmelden und ausweisen muss. Schwarzenberg im Westerzgebirge war nach Kriegsende sechs Wochen lang ein „Gebiet zwischen zwei Fronten“. Es bildete sich die Legende von einem machtpolitischen Vakuum. Äußerlich erinnert heute nichts daran, weshalb die Empfehlung an wen auch immer, diese Stadt aufzusuchen, hier eigentlich keinen Sinn macht.

Eiche mit eigener Postleitzahl

Andere Orte wie eine alte Eiche mit eigener Postleitzahl, der Überrest eines alten Treidelpfades am Neckar oder die Reste von Stollen alter Bergwerke sind reale Zeugnisse früherer menschlicher Aktivitäten, die in Augenschein zu nehmen sich allein schon wegen der naturräumlichen Umgebung lohnen dürfte. Unter anderen Vorzeichen gilt dies auch für das Deutsche Zusatzstoffmuseum auf dem Gelände des Hamburger Großmarkts, wo Zusatzstoffe, die in Fertiggerichten stecken, in ihrer chemischen Urform betrachtet werden können. Darüber hinaus bereitet das Lesen all dieser Geschichten viel Vergnügen.

Schade nur, dass der Verlag davon abgesehen hat, die einzelnen Kapitel mit Fotos auszustatten. Auch wäre eine Deutschlandkarte sinnvoll als Ergänzung zu den jedes Mal angegebenen geographischen Koordinaten gewesen. Für alle, die mehr wissen wollen, gibt es eine Literaturliste.

Dagmar Jestrzanski



Pia Volk: „Deutschlands schrägste Orte. Ein Fremdenführer für Einheimische“, Verlag C.H. Beck, München 2021, gebunden, 249 Seiten, 20 Euro

Gedanken an Alexandra

Der gebürtige Italiener Guiseppe Fara nutzt die Erinnerung an die 1969 verstorbene Sängerin mit der melancholischen Stimme, und verbindet Einblicke in ihr kurzes Leben mit eigenen Vorstellungen und Interpretationen

FOTO: IMAGO IMAGES/UNITED ARCHIVES



Emotionale Annäherung 52 Jahre nach dem Unfalltod der beliebten Sängerin Alexandra hat Guiseppe Fara ein ungewöhnliches Buch mit zahlreichen Bildern herausgegeben. Es ist „eine Art surreale Darstellung“, wie er selbst sagt. Er habe Alexandra „den symbolischen Wert eines vollkommenen Frauenideals zugeschrieben“. Der erklärte

Fan der Liedermacherin vermischt Biographisches mit eigenen Assoziationen, die er zu ihren Songtexten entwickelt.

Unterstützung und wichtige Informationen erhielt Fara unter anderem vom Verein Alexandra-Freunde und der Cousine des Stars, Marleen Zaus. *M. Rosenthal-Kappi*



Guiseppe Fara: „Alexandra: zwischen Traum und Wirklichkeit“, Europa Verlagsgruppe, Berlin 2021, kartoniert, 133 Seiten, 13 Euro

ZEITGESCHICHTE

Wie Diktatoren ihre Macht ausüben

Der niederländische Historiker Frank Dikötter beschreibt die Mittel der Gewaltherrscher, mit denen sie ihr Volk in Schach halten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Diktatoren gelangen nicht durch Geburt an die Macht, sondern müssen sich diese erkämpfen und gegen alle Widerstände erhalten, ein Rücktritt wäre lebensgefährlich. Dabei nutzen sie oft das Instrument des Terrors. Das allein genügt allerdings nicht. Vielmehr braucht es gleichermaßen noch andere, „sanftere“ anmutende Techniken. Diese stellt der aus den Niederlanden stammende Zeithistoriker Frank Dikötter, der zu den international führenden Vertretern seiner Zunft zählt und an der SOAS University of London beziehungsweise der Universität Hongkong lehrt, in seinem neuen Buch „Diktator werden“ vor.

Neben der blutigen Verfolgung von Gegnern nutzen Diktatoren vor allem auch die zahlreichen Mittel der Massenmanipulation, die Teile-und-Herrsche-Strategie sowie den Personenkult für ihre Zwecke. Besonders wirksam ist das Erwecken des Eindrucks, der Zwangsherrscher sei bei der Mehrheit seines Volkes beliebt und genieße daher dessen volle Zustimmung. Das demonstriert Dikötter am Beispiel unterschiedlicher Diktatoren, angefangen von den prominenten Figuren Benito Mussolini und Adolf Hitler über die ebenso bekannten Tyrannen Josef Stalin und Mao Zedong bis hin zu den weniger oft erwähnten Despoten Nicolae Ceaușescu und Kim Il-sung.

Dabei stechen zwei Dinge ins Auge: Zum Ersten fanden sich in der Vergangenheit fast immer Journalisten aus demokra-

tisch regierten Ländern, welche die Diktatoren glorifizierten, was vor allem für solche mit kommunistischem Hintergrund galt. Im Falle von Stalin war es der französische Schriftsteller Henri Barbusse, bei Mao der US-Reporter Edgar Snow, Kim Il-sung wurde von dem „New York Times“-Korrespondenten Harrison Salisbury hochgejubelt, und die Lobhudeleien auf Ceaușescu kamen unter anderem aus der Redaktion der italienischen Zeitung „L'Unità“.

Zum Zweiten stützte sich jeder große Diktator des 20. Jahrhunderts auf eine willfährige Presse im eigenen Lande. Und das sollte heute noch zu denken geben: Werden die Medien zu staatsnahe oder üben sie weniger Kritik an den Herrschenden, als angesichts von deren „Leistungen“ angezeigt wäre, dann bildet das offensichtlich den besten Nährboden für Diktaturen aller Art. Diese Erkenntnis gehört jedem Journalisten und Fernsehredakteur in der heutigen Bundesrepublik ins Stammbuch geschrieben. Schließlich zählt es hierzulande ja zu den wichtigsten rhetorischen Übungen aller politisch Korrekten, zu betonen, wie sehr man aus der Vergangenheit gelernt habe.



Frank Dikötter: „Diktator werden. Populisten, Personenkult und die Wege zur Macht“, J.G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart 2020, gebunden, 367 Seiten, 26 Euro

REISEREPORTAGE

Modernste Technik versus Stagnation

Der Historiker und Ostasien-Experte Sören Urbansky erlebte auf seinen Reisen den Unterschied zwischen China und Russland in der Grenzregion

VON DIRK KLOSE

Nicht nur Weltumsegelungen, auch eine Fahrt in und durch Ostasien erlaubt Eindrücke und Erfahrungen, wie man sie sich in Europa kaum noch vorstellen kann. Der Historiker Sören Urbansky, der am Deutschen Historischen Institut in Washington über die Pazifikanrainer forscht, hat die riesige Region um den Amur bereist, der einzige große Strom Sibiriens, der nicht nach Norden fließt, sondern Richtung Osten zum Pazifik. Sein Buch ist eine gelungene, stilistisch und inhaltlich glänzende Mischung aus historischer Darstellung, politischer Reportage und spannendem Reisebericht.

Vom russischen Irkutsk am Baikalsee reiste er in die Mongolei, weiter nach China, dann wieder nach Russland, durch die Mandchurei, erlebte hautnah die nordkoreanische Grenze, um dann über Chabarowsk in Wladiwostok zu landen. Das Wissen des Historikers verbindet sich mit der Neugier des Journalisten. Zu allen Regionen erfährt der Leser viele historische Hintergründe: die jahrhundertelangen Grenzstreitigkeiten zwischen Russland und China, die lange zwischen Russland, Japan und China umstrittene Mandchurei (Japan hatte hier ab den 1930er Jahren bis 1945 seinen Satellitenstaat Mandschukuo etabliert) sowie der Weg der Mongolei zum eigenständigen Staat.

Der perfekt russisch und chinesisch sprechende Autor kam mit unzähligen Menschen ins Gespräch, darunter Wirt-

schaftsbossen, Frauen, die sich und ihre Familien nur mit Mühe durchbringen, korrupten Bürokraten und verkappten Nationalisten, die die Menschen im jeweils anderen Land misstrauisch beäugen und – in China – vor Selbstbewusstsein gegenüber den Nachbarn nur so strotzen. Der Autor erlebte den Unterschied zwischen Russisch-Fernost und China-Nordost: hier althergebrachte Stagnation und Stillstand, dort modernste Technik in Hochgeschwindigkeitszügen, neue Flughäfen, gepflasterte vier- und sechsspürige Straßen.

Urbanskys vorsichtiges Fazit: Das Ungleichgewicht in Ökonomie und Demographie zwischen Russland und China wird immer größer und ist in der Region unmittelbar spürbar. Russland stehe sich selbst im Wege: „Die Bürokratie schadet Russland mehr als alle Sanktionen, sie erstickt jede Initiative“, sagte ihm ein Südkoreaner. Die mentale Kluft zwischen beiden Völkern scheint groß zu sein, trotz aller offiziellen Freundschaftsbeteuerungen. Wenn er eines auf seiner Fahrt gelernt habe, so resümiert der Autor, dann dies: „Je höher die Dichte der Freundschaftsbrücken, desto fremder sind sich die Nachbarn.“



Sören Urbansky: „An den Ufern des Amur. Die vergessene Welt zwischen China und Russland“, C.H. Beck Verlag, München 2021, gebunden, 376 Seiten, 26 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

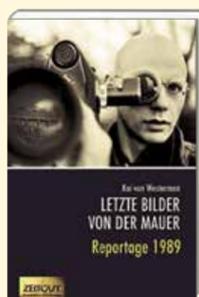
Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Clemens Niedertal
Nahaufnahme
 Fotografierter Alltag in Westberliner Flüchtlingslagern
 100 Seiten, zahlreiche Bilder Gebunden
 Nr. PA1703 Geb. 6,95 €

Rund vier Millionen Menschen verließen zwischen 1949 und 1990 die DDR. Für fast alle fing der Westen in einem Aufnahmehaus an. Für etwa 1,4 Millionen waren es das Notaufnahmehaus in Marienfelde oder andere Westberliner Unterkünfte. Die Flüchtlinge wurden von der Evangelischen Flüchtlingsseelsorge betreut, die zur Dokumentation und publizistischen Unterstützung ihrer Tätigkeit Fotografen anfertigen ließ. Die etwa 2000 Bilder des Archivs spiegeln den Alltag der Lager auf vielfältige Weise wider. Der vorliegende Band erzählt Geschichte und Geschichten des Aufnahmeprozesses unmittelbar aus diesen Bildern heraus. Knapp gehaltene Bildtexte dienen der Orientierung, ein kurzer Essay führt jeweils in die Bilderstrecken ein.



Kai von Westerman
Letzte Bilder von der Mauer
 Reportage 1989
 368 Seiten
 Nr. PA1705 Geb. 6,90 €

Vor seinen Augen veränderte sich die Welt! Ein westdeutscher Kameramann erlebt den Mauerfall in der DDR. Im Herbst 1989 eskalierten die Probleme der DDR. Hunderttausende hatten inzwischen Ausreiseträge gestellt. Nichts klappte mehr richtig, überall fehlten nun erkennbar Fachleute, Ärzte, Pädagogen. Und gerade die Jungen wollten weg, auf die der Staat doch gesetzt hatte und mit denen er sich eine neue Zukunft vorgestellt hatte. Kai von Westermans Reportagebuch „Letzte Bilder von der Mauer“ ist ein packender Erlebnisbericht, der die dramatische Stimmung in der DDR unmittelbar vor der Grenzöffnung fesselnd schildert.



Lo Warnecke
Auf der Flucht
 Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945-1949
 222 Seiten
 Nr. P 533116 Geb. 16,95 €

Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterleben bedeutete, genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab.



Hildegard Rauschenbach
Marjellchen wird Berlinerin
 Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang
 In „Marjellchen wird Berlinerin“ beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989. Und trotz der Herausforderungen des Neubeginns sind die Gedanken auch oft in der alten Heimat. 224 S./Gebunden mit Schutzumschlag.
 Nr. P 1366 12,95 €



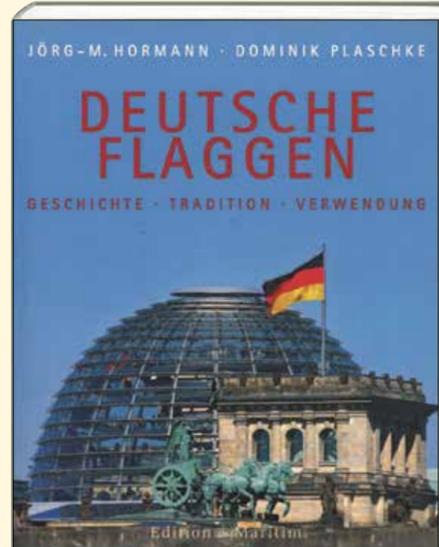
Jürgen Kleindienst
Mauerzeit
 Als fliehen tödlich sein konnte 1961-1989
 320 Seiten
 Nr. PA1707 Geb. 13,90 €

28 Jahre trennen Mauer, Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Minen die Menschen in Ost und West. Und eine ganze Generation wuchs in diesem Zeitraum im Schatten der Mauer neu heran. Sie lebten mit der Sehnsucht, die übrige Welt kennen zu lernen. Und sie hatten Wünsche und Ideen, was alles zu machen wäre, wenn man nur „raus“ käme. Dieses Buch erzählt, was Menschen alles taten, um die innerdeutsche Mauer zu überwinden. Mauerzeit. 1961-1989: Als fliehen tödlich sein konnte: Geschichten und Berichte von Zeitzeugen. 34 Erinnerungen aus Ost und West

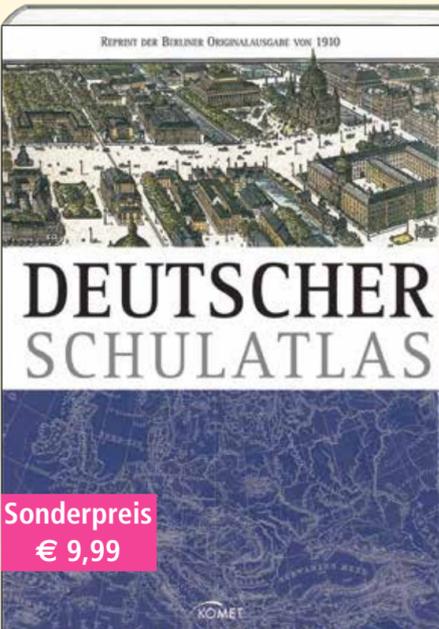


Jürgen Kleindienst
Von hier nach drüben
 Grenzgänge, Reisen und Flüchten 1945-1961
 352 Seiten
 Nr. PA1706 Geb. 12,90 €

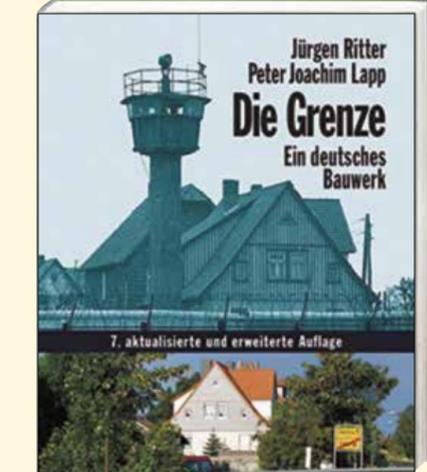
Im Februar 1945 fand die Lehrerin Erika Peters im thüringischen Wahlhausen eine neue Heimat. Hinter ihr lag die Flucht aus Stolp in Pommern. Zwischen 1946 und 1952 wird sie Zeugin der zunehmenden Abriegelung der sowjetischen Besatzungszone, die für die Betroffenen verheerende Folgen hatte. Erika Peters Geschichte zeigt beispielhaft, wie aus der Demarkationslinie zwischen russischer, britischer und amerikanischer Besatzungszone die streng bewachte innerdeutsche Grenze entstand. Bis zum Mauerbau gelang dennoch rund 2,8 Millionen Menschen die Flucht in den Westen. Zeitzeugen berichten in 38 Beiträgen über ihre Grenzgänge, Fluchten und Reisen in den Jahren von 1945 bis 1961 und zeichnen so ein differenziertes Bild über eine Zeit, die heute kaum noch vorstellbar scheint.



Jörg-M. Hormann, Dominik Plaschke
Deutsche Flaggen
 Geschichte Tradition Verwendung
 Seit dem 2. Weltkrieg waren Schwarz – Rot – Gold für beide deutsche Staaten die Nationalfarben, doch erst nach der deutschen Wiedervereinigung wurde der mehr als 200 Jahre geführte Flaggenstreit endgültig beendet. Die häufige Änderung der Nationalfarben im 19. und 20. Jahrhundert, verbunden mit dem Wechsel der Staatssymbolik der jeweiligen Epoche durch Farben, Formen und Zeichen, wird in diesem Buch umfassend dargestellt. – nicht nur durch Geschichten zur Historie deutscher Nationalflaggen, sondern auch durch Hunderte farbiger Darstellungen der verschiedenen Flaggen mit Angaben zu Aussehen, Proportionen und Verwendungszweck. Besonders ausführlich wird auf die Flaggenhistorie der alten und neuen Bundesländer eingegangen. 271 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
 Nr. PA1608 Gebunden mit Schutzumschlag 14,90 €



Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten
 Nr. P. 9965 Gebunden mit Schutzumschlag 9,99 €



Jürgen Ritter, Peter Joachim Lapp
Die Grenze
 Ein deutsches Bauwerk
 Die innerdeutsche Grenze hat über Jahrzehnte Landschaften, Dörfer und Familien zerschnitten. Über 1.393 Kilometer zog sich ein teilweise verminter Sperrstreifen von der Ostseeküste bis nach Bayern. Zehntausende Menschen waren in ihrem täglichen Leben unmittelbar davon betroffen. Jürgen Ritter (Fotos) und Peter Joachim Lapp (Text) legen eine präzise recherchierte Dokumentation dieser erschreckend perfekten Sperranlage vor. Sie informieren nicht nur über die technischen Einzelheiten und die militärischen Konzepte, sondern berichten auch von jenen Menschen, denen diese Grenze zum tödlichen Verhängnis wurde. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer politischen Geschichte, die vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den Versuchen einer juristischen Aufarbeitung nach der deutschen Vereinigung reicht. Der Band dokumentiert die Veränderungen der letzten Jahre und behandelt zugleich Möglichkeiten einer angemessenen historischen Aufarbeitung. 219 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
 Nr. PA1701 Gebunden mit Schutzumschlag 30,00 €



Thomas Wieke
Das DDR-Mark Gedenkbuch
 Geschichten und Anekdoten rund um den Alu-Chip
 62 Seiten/Geb./Sammeltablett
 Nr. PA1622 4,95 €

Die Mark der DDR und was sie bedeutete. Von 1948 bis 1990 war die „Ostmark“ Zahlungsmittel in der DDR und Begleiterin der Planwirtschaft. Dabei stand ihr als Gegenbild immer die D-Mark vor Augen, die bei Staatsfunktionären ebenso wie bei „den kleinen Leuten“ Begehrlichkeit weckte. Schneller als gedacht, verschwand die DDR-Mark dann nach dem Mauerfall. Das DDR-Mark-Nostalgiebuch zeichnet mit einem zwinkernden Auge Höhepunkte in der Biografie der Währung nach, erinnert aber auch an Unbekanntes und Privates. Dem Buch ist ein Sammeltablett für die Kursmünzen beigelegt, die eine währungsgeschichtliche Erinnerung an die Vergangenheit ermöglichen.



Getrennt & vereint
 Vom Mauerbau zum Mauertourismus
 Vor 70 Jahren, am 13. August 1961, wurde die Berliner Mauer errichtet. 28 Jahre lang war sie das Symbol der Teilung. Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 wurde die deutsche Einheit eingeleitet. Diese informative und unterhaltsame Zeitreise führt sie durch fünf Jahrzehnte in West und Ost – mit zahlreichen Abbildungen, Dokumenten, Zitaten, Übersichten und persönlichen Erinnerungen. Neben historischen Hintergründen steht der Alltag im Blickpunkt – Arbeit, Soziales, Bildung, Kultur, Reisen, Freizeit und Sport. Ein buntes bewegendes Kaleidoskop der jüngsten deutschen Geschichte. 191 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abbildungen
 Nr. PA1614 Gebunden 9,95 €



Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989
 Ein biographisches Handbuch
 Zahlreiche Todesfälle an der Berliner Mauer sind durch die Medien bekannt geworden. Doch bis heute sind die Anzahl, die Identität und das Schicksal der Todesopfer weitgehend unbekannt. Wie viele Menschen kamen tatsächlich ums Leben? Wer waren diese Menschen? Wie kamen sie zu Tode? Wie wurde mit den Familienangehörigen und dem Freundeskreis umgegangen? Das biographische Handbuch gibt Antworten auf diese und viele anderen Fragen. Eine ausführliche Dokumentation. 526 Seiten
 Nr. PA1600 Kartoniert 9,95 €



Reinhard Appel
9. November 1989
 Als die Mauer fiel
 Menschen, Schicksale, Erinnerungen
 160 Seiten/Gebunden
 Nr. PA1620 9,95 €

„Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR nach der BRD erfolgen“ – Selten zuvor in der Geschichte hat ein Satz den Lauf der Dinge so einschneidend verändert wie diese Worte Günter Schabowskis am Abend des 09. Novembers 1989. Von diesem historischen Datum, von einer Nacht, die Weltgeschichte schreiben sollte, berichtet dieser Bildband. Reinhard Appel hat Zeitzeugen, Politiker und Prominente eingeladen, von ihren ganz persönlichen Erinnerungen an jene Nacht zu berichten, in der „Wahnsinn“ zum Wort der Stunde werden sollte. Historische Überblickskapitel zur deutschen Teilung seit 1945 sowie zahlreiche Fotodokumente runden diesen Band ab.



Thomas Wieke
Das D-Mark Gedenkbuch
 Unsere Mark in Geschichten und Anekdoten
 62 Seiten/Geb./Sammeltablett
 Nr. PA1621 4,95 €

In ewiger Liebe hängen die Deutschen in Ost und West an ihrer verflorbenen Währung, der D-Mark, die inzwischen zu einem Mythos geworden ist. Das D-Mark-Gedenkbuch fasst die Vorgeschichte der Mark ins Auge und zeichnet die Höhepunkte in der Biografie der Währung nach. Erzählt wird aber auch mit einem zwinkernden Auge Unbekanntes und Privates, kleine Geschichten und Anekdoten, die nostalgische Gefühle aufkommen lassen. Dem Buch ist ein Sammeltablett für die Kursmünzen beigelegt, die eine währungsgeschichtliche Erinnerung an die Vergangenheit darstellen. Farbige Abbildungen der verschiedenen, auch historischen Scheine und Münzen vervollständigen das Werk.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

„Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“ – dieser Ausspruch geht auf ein Gedicht aus dem Jahr 1861 zurück. Im Deutschen Kaiserreich positiv konnotiert, wurden die Worte nach dem Untergang des NS-Regimes in der Regel nur noch spöttisch-negativ und mahndend-kritisch verwendet. Deutschland sollte sich nicht als arroganter Lehrmeister gegenüber anderen Völkern aufspielen. Seit einigen Jahren ist das vergessen, die Bundesregierung sagt beispielsweise Polen oder Ungarn gern, welche Wünsche sie bezüglich deren innerer Politik hegt. Erschreckend tief ausgeprägt ist ein Denken, wonach Deutschland global für Segnungen Sorge zu tragen habe, bei Jens Spahn (CDU). Anlässlich des Vorhabens, Corona-Impfstoff an eine Initiative zu spenden, welche die Vakzine an Entwicklungsländer verteilt, äußerte der Bundesgesundheitsminister vergangene Woche: „Es ist in unserem ureigenen nationalen Interesse, die Welt zu impfen.“ Die „Welt“ – darunter scheint es nicht zu gehen. Kann man hier bereits von Größenwahn sprechen? E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Peter Tiede prangert in der „Bild“-Zeitung (7. August) die Einseitigkeit der staatlichen Medien-Anstalten an:

„Knapp 90 Prozent der ARD-Volontäre (Journalisten-Azubis) würden Rot-Grün-Rot wählen (Umfrage) – die meisten ARD-Anstalten senden genau mit dieser Schlagseite. Es wird elitär-arrogant ‚gedendert‘, obwohl 71 Prozent der Deutschen dagegen sind! ... ARD und ZDF, ihr habt jedes Maß und das Gefühl für die Verhältnisse im Land verloren.“

Sinkender R-Wert, kaum noch Intensivpatienten, täglich steigender Anteil Geimpfter: Viel Positives lässt sich von der Corona-Front berichten. Doch kaum einer tut es – darüber wundert sich der Rechtswissenschaftler Horst Dreier in der „Welt am Sonntag“ (8. August):

„Aus welchem Grund werden all die ermutigenden Zeichen nicht stärker gewürdigt, warum wird stattdessen von Long Covid (hier verfügen wir praktisch über keine validen Daten), der Gefährlichkeit der Delta-Variante (sie ist nur ansteckender, nicht tödlicher) und vierter Welle gemenetekelt? ... Man kann nur spekulieren. Möchten sich die Politiker das eindrucksvolle Instrumentarium an Freiheitseinschränkungen, das sie sich in den letzten anderthalb Jahren geschaffen haben, nicht so rasch wieder wegnehmen lassen?“

Dirk Maxeiner fühlt sich von den Klima-Katastrophikern an die Denkweise des Mittelalters erinnert. Auf „achgut.de“ (8. August) schreibt er:

„Heute ist alles schuldhaft vom homo sapiens verursacht, egal ob zuviel Regen oder zuwenig, Hitze oder Kälte, zuviel Schnee oder zuwenig (Frage: Was müssten Eis und Schnee eigentlich tun, um eine Klimaabkühlung zu zeigen?) ... Die Logik erinnert ein wenig an den mittelalterlichen Gottesbeweis: Wenn eine gefesselte Hexe im Wasser unterging, war sie keine Zauberin, aber dennoch tot. Schwamm sie obenauf, dann handelte es sich hingegen eindeutig um eine Hexe, woraufhin sie ebenfalls vom Leben in den Tod befördert wurde.“

Eckhard Kuhla beleuchtet im Netzportal „Freiewelt.net“ (10. August) das Schicksal der Kinder – er nennt sie „Coronakinder“ –, die unter Kita- und Schulschließungen, Isolation und anderen Folgen der Pandemie-Maßnahmen nun schon anderthalb Jahre lang leiden mussten:

„Wir können wahrscheinlich die Nöte der Coronakinder kaum erahnen. Zudem scheint in diesem komplexen Prozess das Wort ‚Liebe‘ ein Fremdwort zu sein. Vielleicht sind wir auch deswegen nicht in der Lage, mehr Mitleid mit den Kindern zu empfinden.“

● WORT DER WOCHE

„ARD und ZDF schwelgen nun in nie dagewesenem Luxus: Sie können selbst ihren Geldbedarf festlegen. Die Parlamente können dazu nur noch Ja sagen.“

Ulrich Reitz auf „Focus online“ (5. August) zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erhöhung der Rundfunkgebühr

DER WOCHENRÜCKBLICK

Selber bezahlen!

Warum Baerbock nicht da war, und wie uns die Impfdebatte das Tor zum autoritären Staat öffnet

VON HANS HECKEL

Die spannendste Frage nach drei Wochen Abwesenheit vom journalistischen Getriebe lautet natürlich: Was sich wohl alles verändert hat in der Zwischenzeit? Schließlich sind drei Wochen in der Politik eine lange Spanne. Welthistorische Umwälzungen vollziehen sich bekanntlich nicht selten in wenigen Tagen oder nur Stunden.

Besonders aufregend ist das sommerliche Wiederauftauchen in den Jahren einer Bundestagswahl. Da zieht man im trägen Sommerloch davon und springt mitten im vibrierenden Wahlkampf wieder hinein. Das ganze Land ist dann von einer febrilen Atmosphäre erfüllt, die Gespräche der Leute sind deutlich politischer geworden und heizen sich viel schneller auf als sonst. Alle ahnen: Jetzt wird Geschichte geschrieben, die Zukunft aufs Gleis gesetzt, doch keiner weiß, auf welches. Eine tolle, aufregende Zeit erwartet einen bis zum schicksalhaften Urnengang.

So wäre es normalerweise, so war es eigentlich immer – jedenfalls früher einmal. Und heute, 2021? Man kommt sich vor wie einer, der zu einem Galakonzert erschienen ist und nun alleine im leeren Saal herumlungert. Nämlich, weil ihm keiner gesagt hat, dass die Veranstaltung abgesagt wurde. Wo spielt die Musik? Wo bleiben die anderen alle? Schreckliche Enttäuschung.

Erst runterkommen, wenn sie weg sind

Wie abgesagt erscheint auch der „Wahlkampf“ 2021. Er kommt dermaßen fade daher, dass sogar Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock die Lust verloren zu haben scheint. Beim ZDF-Sommerinterview, wo wir sie eigentlich erwartet hatten, trat überraschend ihr Nebenmann Habeck auf.

Oder durfte Baerbock gar nicht kommen? Vielleicht haben sich die Grünen entschieden, ihre Kanzlerkandidatin lieber zu verstecken, damit die nicht noch mehr Schaden anrichtet. So wie man ein peinliches Familienmitglied nach oben schiebt, wenn Besuch kommt: Und erst wieder runterkommen, wenn sie weg sind, verstanden?

Die Furcht vor weiteren Blamagen durch die 40-Jährige hat sich tief eingegraben in die gemarterte Seele der grünen Wahlkämpfer. Im Interview ließ Habeck sogar verlauten, dass man das Kanzleramt im Grund gar nicht mehr anstrebe. Es reichten ein paar Schlüs-

selministerien, die obersten Posten überlasse man gern einem Koalitionspartner.

Diese bemerkenswerte Selbstbescheidung drängt einen Schluss auf: Erstmals haben sich die Strategen in der Grünen-Zentrale ernsthaft ausgemalt, was die 40-jährige Kandidatin auf dem Kanzlerstuhl so alles anrichten könnte – und wurden von kaltem Grausen erfasst.

Grüne im Gelobten Land

Und wir müssen uns ja auch ehrlich fragen: Was will die Grüne da überhaupt? Erstens ist das Bundeskanzleramt ein selten hässlicher Bau. Möchten Sie da arbeiten? Eben. Zweitens konnten die Grünen in 16 Merkeljahren alle ihre Forderungen auch so durchsetzen, das erledigte einfach eine CDU-Kanzlerin für sie, ohne dass sie sich dafür krumm machen mussten. Sie selbst mussten dafür nicht einmal auf die Regierungsbank. Ist doch viel bequemer!

Eines allerdings ist den Grünen in den Oppositionsjahren durch die Lappen gegangen, und das schmerzt doch ganz gewaltig: Die vielen prächtig vergüteten Posten, die so eine Regierungsbeteiligung abwirft. Wir wollen ja nicht vergessen, dass es keine andere Partei so trefflich versteht, ihre eigenen Genossen in lukrative Positionen zu heiven wie die Grünen. Einmal an der Regierung, können sie zudem nicht nur ihre Leute in den Apparat bugsieren, sie verfügen auch über Milliarden, welche sie den vielen befreundeten „Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft“ zukommen lassen können.

Außerdem sollten die Grünen auch deshalb endlich wieder mitregieren, weil es einfach ihre Zeit ist, diese Gegenwart, die Deutschland gerade erlebt. Nichts entzückt jene Partei bekanntlich so sehr wie das Erlassen von Verboten, und noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war so vieles verboten wie heute. Wann sind Sie das letzte Mal unbefangen durch Straßen, Läden, Cafés oder über Veranstaltungen gewandelt, ohne sich unterschwellig immerzu zu fragen, ob Sie womöglich gerade irgendeine „Hygiene-Vorschrift“ verletzen? Ohne das leise Mitschwingen der Sorge, im nächsten Moment ermahnt oder gar zu einem Ordnungsgeld verdonnert zu werden? Na? Die Anhänger der Verbotsparterie müssen sich fühlen wie endlich angekommen im Gelobten Land.

Um dieses Paradies zu erhalten, muss man darauf achten, dass einem die Feindbil-

der nicht ausgehen. Die benötigt man, um die scheue Masse bei der Stange und pausenlos in Atem zu halten. Wer als Nächstes drankommt als Feindbild, ist schon ausgemacht: Die Impfmuffel oder gar -verweigerer.

Selbstverständlich soll niemand dazu gezwungen werden, sich impfen zu lassen. Das zu betonen gehört zur liberalen Tünche, mit der sich die autoritären Impfbefehlshaber weichzeichnen. Nur wer sich weigert, der muss eben mit den Folgen leben, welche die Impfbefehlshaber derzeit aushecken.

Tests selber zahlen ist noch das Mindeste. Durch die Debatten geistert schon seit Monaten überdies der Vorschlag, einem Impfverweigerer, der an Covid erkrankt, sogar die Behandlung selber zahlen zu lassen statt von der Kasse. Er wäre ja auch selber schuld. Ein interessanter Gedanke, den man durchaus weiterspinnen sollte, was einen zu bemerkenswerten Resultaten führen kann. Wie steht es beispielsweise dann um einen Geimpften, der nach einer gewissen Zeit plötzlich an ungeahnten Spätfolgen seiner Vakzination leidet? Soll der seine Behandlung dann auch selbst berappen?

Was ist mit Sportlern?

Schließlich hat der sich ja ebenfalls „freiwillig“ in diese Situation gebracht, keiner hat ihn genötigt. Wir haben keinen Impfwang – wir türmen nur gewichtige Nachteile für Nichtgeimpfte aufeinander, aber das ist ja ganz etwas anderes.

Das Prinzip könnte man in allen Bereichen anwenden: Etwa für Sportunfälle. Diesem Risiko setzt sich der Sportler ja auch freiwillig aus – selber bezahlen! Selbst Klimaschützer, die sich beim Klimaschützen ein Bein brechen, könnten nach dieser Regel zur Kasse gebeten werden. Auch sie hatte niemand zu ihrer Aktivität gezwungen.

Spätestens beim Beispiel Klimaschützer merken wir jedoch, dass es so nicht geht. Wie löst man das Problem? Am besten wäre eine staatliche Stelle, die genau bestimmt, was staatlich erwünschtes und was unerwünschtes Verhalten ist. Danach würde dann entschieden, ob jemand Anspruch auf öffentlichen Gesundheitsschutz genießt oder nicht. Dieses Gremium könnte dann über das Leben der Bürger bestimmen.

So öffnet uns die Corona-Debatte über Impfverweigerer unversehens das Tor zu einem autoritären System im Namen des Gemeinwohls.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de